

OSI-ZEITUNG

DAS MAGAZIN AM OTTO-SUHR-INSTITUT

OSI-ZEITUNG 25. AUSGABE - WINTERSEMESTER 2022/23

Ist die Demokratie auf dem Rückzug?

Michael Zürn im Gespräch

DEBATTE

Drei Berufspolitiker über einen Job, der sie fertig macht

KAMPF UM DEMOKRATIE

Gabor Steingart fordert mehr Toleranz gegenüber Andersdenkenden

LEUTE

Alice Brauner beschwört die demokratische Kraft des Films



CHRISTINE KOLMAR

COLIN IVORY MEYER

FINJA SCHÜRMAN

CHRISTIAN WALTHER

REDAKTIONSLEITUNG UND HERAUSGEBER DER OSI-ZEITUNG.

Die Pflicht zur Hoffnung

Ein Leben in Freiheit, relativem Wohlstand und Demokratie – Die meisten von uns in den westlichen Staaten haben das für eine Selbstverständlichkeit gehalten. Es war ein Irrtum, und das zeigt sich jeden Tag deutlicher. In der Ukraine kämpfen die Menschen um ihre Souveränität, die Amerikaner für mehr Vertrauen in demokratische Prozesse, die liberalen Israelis gegen die Beschädigung der Gewaltenteilung, um nur einige Beispiele zu nennen. Klar ist: Demokratie ist kein Selbstläufer. Wenn wir sie behalten wollen, müssen wir sie pflegen, uns für sie stark machen, ja um sie kämpfen.

Alle unsere Gesprächspartner und Autoren dieser Ausgabe – wie immer ausschließlich Studierende, Absolventen, Professoren oder Beschäftigte des OSI – sorgen sich um den Zustand der Demokratie und denken über Strategien nach, um sie zu bewahren.

Die Analyse von Michael Zürn führt vor Augen, wie zum einen autoritärer Populismus die Abrissarbeiten an den institutionellen Sicherungen der Demokratie befördert und zum anderen Autokratien zunehmend akzeptiert werden, wenn sie nur ein Wohlfahrtsversprechen gegenüber den Bürgern einlösen. Drei Europaabgeordnete fürchten, dass das erstmals angewandte Mittel der finanziellen Sanktionen gegen Demokratieabweichler in der EU das Problem nicht an der Wurzel packen wird. Tanja Börzel beschreibt,

wie die Abkopplung der weitreichenden EU-Entscheidungen die demokratischen Funktionsweisen der Mitgliedstaaten unterwandert und die Bürger von der Politik entfernt. Aber es gibt auch Hoffnungsschimmer.

Gabor Steingart glaubt, dass wir im Westen eine Demokratisierung in allen Lebensbereichen gerade erst vor uns haben, deren Zeitzeugen wir sind und fordert mehr Toleranz gegenüber Andersdenkenden, solange diese das demokratische System nicht über Bord werfen. Und Bernd Ladwig schreibt, nichts weise zweifelsfrei auf ein fatales Ende hin. Er erinnert daran, dass auch das Freiheitsstreben der Frauen im Iran oder der Menschen, die sich ihre Bündnispartner selbst aussuchen wollen, Geschichte machen kann. Die Hoffnung darauf sporne an und werde somit zur Pflicht.

Diese nehmen wir ernst mit unseren weiteren Geschichten im Magazin, etwa bei der Suche nach der demokratischen Kraft des Films, bei der Frage nach der Demokratie an der Uni und bei einem anregenden Gespräch mit Philipp Lepenies über die Angst vor Verbot und Verzicht.

Dies und vieles mehr auf den nächsten Seiten. Wir wünschen viel Vergnügen und Erkenntnis beim Lesen. Die nächste Ausgabe erscheint zum Ende des Sommersemesters. Und übrigens: Über personellen Zuwachs, Kritik und Anregungen freuen wir uns immer.

KAMPF UM DEMOKRATIE?

- Die Krise der liberalen Demokratie – und wie man ihr entgegenwirken kann** **5**
 Demokratieforscher Michael Zürn im Gespräch
 VON LEO BRANDT
- Wer hat die Wahl?** **11**
 Ist das amerikanische Wahlsystem eine Gefahr für die US-Demokratie?
 VON COLIN IVORY MEYER & LULU RECKERS
- Brüssel auf dem Prüfstand** **16**
 Was muss getan werden, um die europäische Demokratie zu schützen?
 VON CLARA BALDUS, SASKIA KABELITZ & FINJA SCHÜRMAN
- »Unsere Demokratie hat noch das Betriebssystem des 20. Jahrhunderts«** **22**
 Medienunternehmer Gabor Steingart im Interview
 VON CHRISTINE KOLMAR & FINJA SCHÜRMAN
- »Den Gedanken der Demokratie halte ich für universell«** **27**
 Regionalforscherin Anja Osei zu Demokratisierung in Afrika
 VON AMELIE DIETRICH
- Die Moral in der Geschichte** **31**
 Warum wir trotz des tristen Weltgeschehens, der Hoffnung folgen müssen
 VON BERND LADWIG

OSI-LEUTE

- Auf der letzten Seite** **35**
 Krisenbesuch bei Henry Lohmar, dem Chefredakteur der MAZ
 VON COLIN IVORY MEYER
- Die Filmokratin** **40**
 Filmproduzentin Alice Brauner zur demokratischen Kraft des Films
 VON TILL HENNIGES
- Filmwelt auf Politologisch** **45**
 Lobbyist Björn Böhning über seinen Neustart in der Filmwirtschaft
 VON SOFIE EIFERTINGER
- Ein klareres Bild voneinander bekommen** **48**
 Besuch bei Frank Hartmann, dem deutschen Botschafter in Ägypten
 VON LAURA VOSSEN
- Mehr Elefant sein** **51**
 Menschenrechtsaktivist Peter Steudtner blickt zurück
 VON LEAN MÜLLER

DEBATTE

- Woher kommt die Angst vor Verbot und Verzicht?** **56**
Gedankenaustausch mit dem Ökonomen Philipp Lepenies
VON LEO BRANDT
- Wenn Politik dich fertig macht** **61**
Drei Berufspolitiker über Kritik, Stress und Belastung im Job
VON FINJA SCHÜRMANN & CHRISTIAN WALTHER
- Eine Promenade für die Botschafterin statt Straße für das Kanonenboot** **67**
Update zur Straßenumbenennung
VON CHRISTIAN WALTHER

CAMPUS

- Haben wir Macht?** **70**
Wie funktioniert Hochschulpolitik und was kann sie bewegen?
VON ANTON BRÄUNING & STELLA KIRSCH
- Zwischen Büchern Zuhause** **76**
Die neue Leiterin der OSI-Bibliothek Verena Paetow im Porträt
VON ANJA MIELKE

KULTUR & CO

- Die Kraft der Musik erkennen** **80**
Kulturjournalist Esteban Engel über Politik und Klassik
VON DENIZE STUTINS
- Hinter der Leinwand** **83**
Ein Besuch im Alliiertenmuseum in Dahlem
VON JULIA WITZKU



MICHAEL ZÜRN

»Das große politische Projekt des 21. Jahrhunderts ist die Demokratisierung der europäischen und der internationalen Institutionen.«

Michael Zürn über die Krise der liberalen Demokratie – und wie man ihr entgegenreten kann.

VON LEO BRANDT

OSI-Zeitung: Herr Zürn, 1989 prognostizierte der Politikwissenschaftler Francis Fukuyama bekanntlich das »Ende der Geschichte.« Dahinter stand die Auffassung, dass der Siegeszug der liberalen Demokratie nach dem Kalten Krieg vollkommen und unumkehrbar wäre. Wie Sie in Ihrem Buch erwähnen, ist die Zahl der Demokratien in jüngster Zeit jedoch zurückgegangen. Was ist passiert?

Michael Zürn: Also vorab man muss zur Verteidigung von Francis Fukuyama, Steven Pinker und anderen, die diese Fortschrittstheorie vertreten haben, anmerken, dass sich dafür zunächst eine starke empirische Unterstützung finden ließ, denn seit 1940 gab es einen kontinuierlichen Anstieg der Anzahl der Demokratien und auch des Anteils der Demokratie an allen politischen Staatsformen. Dieser Prozess hat erst in den letzten zehn Jahren eine Delle erhalten. Aber die Delle hat sich vertieft und deutet auf einen Abschwung hin, der sich in seinem Ausmaß und seiner Intensität gar nicht so groß von dem der 1930er Jahre unterscheidet. Die Frage nach dem Warum möchte ich mit Verweis auf zwei sehr allgemeine Gegenentwicklungen beantworten. Da ist zum einen der Aufstieg des Modells China, also die Koppelung eines autoritären politischen Systems mit einer dynamischen, kapitalistischen Ökonomie. Das

hat bisher ungekannten Erfolg gehabt. In den letzten 30 Jahren hat kein Segment in der Weltgesellschaft so große Wohlfahrtszuwächse zu verzeichnen gehabt wie der Mittelstand in China. Die Welt hat also erfahren, dass es die Möglichkeit gibt, außerhalb einer liberalen Demokratie in Wohlstand zu leben – nicht in Freiheit, aber in Wohlstand. Der andere Punkt ist, dass die Globalisierung eben auch viele Verlierer produziert hat und die bündeln sich im unteren Mittelstand und der Arbeiterschaft in den westlichen Demokratien. Diese Menschen haben in den letzten 30 Jahren keine Wohlfahrtszuwächse erfahren. Daraus ergeben sich die beiden Gegnerschaften, die an der normativen und praktischen Vorherrschaft der liberalen Demokratie kratzen: autoritär-kapitalistische politische Systeme und die autoritären Populisten innerhalb der Demokratien.

Sie schreiben, dass mit der demokratischen Regression nicht nur ein numerischer Rückgang, sondern auch ein qualitativer Abwärtstrend gemeint ist. Worin zeigt sich dieser?

Im Buch nehmen wir ganz konkret die Daten von V-Dem, das ist ein relativ großes Projekt mit vielen Indikatoren und Expertenbefragungen über einen längeren Zeitraum.

Wir sehen, dass die Werte von Demokratien, die wir eigentlich als relativ liberal und konsolidiert angesehen haben, beispielsweise Polen, deutlich zurückgehen, wenn autoritäre Populisten an der Macht sind – und das nicht nur vier Jahre. Denn dann können sie ihr Programm umsetzen, das aus der Außerkraftsetzung der Unabhängigkeit der Justiz, der Kontrolle über die Medien und zunehmenden Erschwernissen für oppositionelle Parteien besteht. Das fängt auch schon in der ersten Amtsperiode an: Wir haben auch in den USA in den vier Trump-Jahren eine deutliche Verschlechterung der Demokratie beobachten können.

Muss man bei all den Gefahren, die vom autoritären Populismus für die Demokratie ausgehen, nicht aber auch konstatieren, dass erst sein Aufstieg auf demokratische Defizite und Unzufriedenheit aufmerksam gemacht hat? Führt die neue Konkurrenz nicht womöglich dazu, dass die traditionellen Parteien des demokratischen Spektrums ihre Politik stärker an den sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Menschen orientieren?

Das kann man so konstatieren, wenn man will. Die entscheidende Frage ist jedoch, ob man dem Populismus selbst eine demokratisierende Kraft zuschreibt. Ein erheblicher Teil der Forschung, verbunden mit Namen wie Cas Mudde oder Cristóbal Rovira Kaltwasser, sieht den Populismus als dünne Ideologie, die sich dadurch auszeichnet, dass der Gegensatz zwischen der einfachen Bevölkerung und einer tendenziell korrupten Elite permanent betont und ausgenutzt wird. Wenn man Populismus so versteht, dann ist das ein breites Phänomen, welches auch demokratisierende Kräfte beinhaltet: etwa die grassroots-democracy in den USA im 19. Jahrhundert und auch die frühen Grünen der 1980er Jahre. Und natürlich auch die Leipziger Demonstrationen 1989. Da hieß es schließlich ganz explizit: »Wir sind das Volk und die da oben, dieser

korrupte Laden in Wandlitz, der muss weg.« Wir leben aber nicht im Zeitalter des Populismus, sondern im Zeitalter des autoritären Populismus. Der autoritäre Populismus macht sich fest an einem starken Nationalismus, an einer Exklusion von all den Lebensformen, die nicht der »Leitkultur« entsprechen, der Ablehnung internationaler Institutionen und einem starken Dezisionismus. Der autoritäre Populismus greift zwar die bestehenden Institutionen im Namen des Volkes und der Demokratie an, aber er hat kein demokratisierendes Potential. Ganz im Gegenteil: Wenn er an die Macht kommt, starten die Abrissarbeiten an den institutionellen Sicherungen der Demokratie.

Neben einem autoritären, eher rechtsgerichteten Populismus lässt sich auch Gegenteiliges beobachten. So konnte z.B. Jean-Luc Mélenchon in Frankreich beachtliche Erfolge erzielen. Besteht – gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Energiekrise – auch in Deutschland ein Potential für einen starken Linkspopulismus?

Der autoritäre Populismus ist nicht notwendigerweise rechts. Autoritärer Populismus kann in einer linken und in einer rechten Form daherkommen. Es hat sich in den modernen Gesellschaften eine neue Konfliktlinie entwickelt, die orthogonal zur alten Unterscheidung zwischen links und rechts steht. In dieser zweiten Konfliktlinie stehen weltoffene, liberal-kosmopolitische Kräfte autoritären und nationalistischen Kräften gegenüber. Der Blick nach Venezuela zeigt, dass wir mit Hugo Chávez und Nicolás Maduro eine Extremform des autoritären Populismus sehen können unter ökonomisch sehr linken Vorzeichen. Also auch innerhalb des autoritären Populismus gibt es die Möglichkeit »links oder rechts.« Im Hinblick auf Mélenchon und Teile der Linkspartei in Deutschland würde ich sagen, dass es Elemente des autoritären Populismus gibt, etwa die Ablehnung von

Migration und der Offenheit von Grenzen. Insofern ist links und autoritär-populistisch nicht unbedingt ein Gegensatz. Generell: Ich würde sagen, wenn die Krise weitergeht, besteht die Möglichkeit, dass wieder ökonomisch linke Parteien stärker werden, möglicherweise in einer autoritären oder auch in der nicht-autoritären Version.

Der populistische Aufstieg lässt sich ihrer Auffassung nach nicht nur durch eine wachsende Zahl ökonomischer Globalisierungsverlierer oder durch kulturelle Entfremdungsprozesse erklären. Sie weisen explizit auch auf Repräsentationsdefizite hin, die zu einem Vertrauensverlust in demokratische Strukturen führen. Wieso sind diese ein guter Nährboden für Populisten?

Dieser Prozess steht für das Gefühl der Entfremdung von politischen Prozessen, weil wir durch die Verlagerung von Entscheidungen in europäische Institutionen, in viele nicht-majoritäre Institutionen [Anmerkung der Redaktion: Institutionen, die dem politischen Prozess entzogen sind und sich nicht durch demokratische Wahlen, sondern durch Expertise oder Individualrechtsschutz legitimieren, z.B. Zentralbanken oder Verfassungsgerichte] de facto die Parlamente entmachten. Um Churchill zu zitieren: »der kleine Mann in der Kabine« hat eben keinen Einfluss auf die Zusammensetzung der Europäischen Kommission oder der Europäischen Zentralbank.

Insofern werden Entscheidungen zunehmend in Institutionen getroffen, die nicht mehr durch die national organisierten Wahlen abgedeckt sind. Das führt dann zu einem Entfremdungsprozess, besonders in Krisenzeiten. Die Finanzkrise verbinden wir heute mit dem Namen Draghi. Wir sehen also, dass gerade in solchen Krisen die Entmachtung der Parlamente voranschreitet. Und die Erfahrung, dass die Parlamente nicht mehr responsiv sind, führt dann zu diesem Gefühl,

hier gebe es eine politische Klasse, die abgekoppelt von uns agiert.

Daraus rekurriert sich dann die Rhetorik der »politischen Klasse«, der »Lügenpresse«, der »Systemparteien«, die wir bei den autoritären populistischen Parteien ganz oft sehen.

Ein anderes Beispiel für Repräsentationsdefizite in der deutschen Demokratie, das Sie in Ihrem Buch erwähnen, betrifft die Dominanz von Akademikern in Parlamenten. Welche Auswirkungen hat so eine homogene Zusammensetzung eines Parlaments auf die dann tatsächlich durchgesetzte Politik?

Die Studien von Armin Schäfer und seinen Kollegen in Münster zeigen, dass Parlamente heutzutage Entscheidungen treffen, die eigentlich fast immer mit den Präferenzen der Gebildeten übereinstimmen. Jetzt kann man sagen, dass dies vielleicht noch nie anders war. Und in der Tat gibt es diesen wunderbaren Satz vom amerikanischen Politikwissenschaftler Elmer Schattschneider, dass Parlamente schon immer mit einem Upper Class Accent gesungen haben. Es besteht aber ein wichtiger Unterschied. Auch in den 1960er Jahren waren die meisten Entscheidungen der Parlamente zugunsten des Bürgertums, die Arbeiterschaft aber hatte durch die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien eine auch habituell klar erkennbare Repräsentation im Parlament. Heutzutage haben die Globalisierungsverlierer, also oftmals die weniger gut Ausgebildeten, keine vergleichbare Repräsentation. Und selbst diejenigen, die sich wirklich authentisch für diese Gruppe einsetzen – ich nehme da gerne Hubertus Heil als Beispiel – kommen trotzdem vom Habitus anders, als integraler Bestandteil der politischen Klasse daher. Dieses Gefühl, dass der Maurer durch den Maurer repräsentiert wird und die Aldi-KassiererIn durch die Aldi-KassiererIn, das ist natürlich viel weniger der Fall als in den 1960er Jahren.

Brauchen wir demnach Quoten, um gegenzusteuern?

Da bin ich skeptisch, weil Quoten natürlich zu einer unendlichen Multiplikation führen können, bei der es irgendwann keine Wahl mehr gibt. Stattdessen gilt mein Appell den Parteien. Sie sollten selbstständig überlegen, von wem sie gewählt werden wollen und wie sie auf ihren Listen ein passendes Angebot machen können. Das scheint mir der plausiblere Weg zu sein, als jetzt neben Geschlechter- auch Bildungsstatusquoten einzuführen. Das würde irgendwann dem Grundgedanken des Parlaments, das eben nicht bestimmte Gruppen, sondern frei wählbare Positionen repräsentieren soll, widersprechen.

Was ebenfalls aufhorchen lässt, ist die Tatsache, dass 2021 nur noch knapp die Hälfte der Deutschen angab, das Gefühl zu haben, die politische Meinung in Deutschland könne frei geäußert werden. Hat sich der Meinungskorridor tatsächlich verengt? Wenn ja, wodurch? Und wenn nein, woher kommt dieser Eindruck?

In unserem Buch argumentieren wir, dass wir reale Veränderungen in der Demokratie haben, die diesen Eindruck befeuern. Nichtsdestotrotz kommt es dann zu maßlosen Übertreibungen. Welche kognitiven Mechanismen da im Gange sind, weiß ich nicht. Aber sie haben einfach viel mit dieser Wahrnehmung zu tun, dass wir eine politische Klasse haben, die nicht mehr zugänglich ist. Und das hat etwas damit zu tun, dass Entscheidungen hinein verlagert werden in Fach- und Sachorgane. Da sind wir wieder bei den nicht-majoritären Institutionen, die dann häufig eine Sprache sprechen, die nicht verstanden wird. Dann haben wir in internationalen Institutionen die Dominanz des Englischen. Wir haben eine klimatische Verlagerung der politischen Landschaft aber auch der ökonomischen Schwerpunktsetzungen raus aus dem breiten Land in einige wenige Zentren rein. All das führt zu diesen Entfremdungserfahrungen

gen und stärkt das Gefühl, durch die Expertise regiert zu werden. Das hat aber weniger mit einer Verengung des Meinungskorridors zu tun. Die These von der mangelnden Meinungsbreite in den Massenmedien lässt sich empirisch nicht halten. Die Rede von der Lügenpresse ist Teil der politischen Strategie von autoritären Gruppierungen; die These von der »von oben gemachten Meinung« ist eher das Resultat eines gekränkten Narzissmus.

Armin Schäfer und Sie geben in Ihrem Buch eine Reihe von Empfehlungen ab, wie der Tendenz demokratischer Regression entgegengesteuert werden könnte. Können Sie zwei oder drei Punkte kurz skizzieren, die Ihnen besonders wichtig erscheinen?

An erster Stelle ist es mir wichtig, deutlich zu machen, dass die Klage über die mangelnde demokratische Kontrolle von nicht-majoritären, europäischen und internationalen Institutionen nicht populistisch oder nationalistisch gelesen werden soll. Es geht nicht darum, zu sagen, dass wir diese Institution nicht brauchen. Wir brauchen sie dringender denn je. Die zentralen Gegenwartsfragen – Klima, politische Kontrolle der digitalen Giganten, Besteuerung von Großunternehmen und Regulierung von Finanzmärkten – sind allesamt nicht mehr im nationalen Rahmen zu stemmen. Die autoritär-populistische Antwort, wir bräuchten eine Renationalisierung, kann in meinen Augen nicht funktionieren, weil die Entstehung einer Weltgesellschaft, die gemeinsame Probleme produziert, längst zu weit fortgeschritten ist. Daher ist das große politische Projekt des 21. Jahrhunderts die Demokratisierung der europäischen und der internationalen Institutionen. Das würde ich an erster Stelle nennen.

Zweitens ist die Ungleichheitsfrage relevant und sie muss angegangen werden. Und vielleicht als Drittes, dass wir in der gesamten politischen Bildung nicht nur die normativen

Grundlagen der Demokratie lehren, diskutieren und pflegen, sondern tatsächlich auch ein Bewusstsein dafür schaffen, wie ambivalent die Welt ist und wie schwierig manche Zielkonflikte aufzulösen sind. Dass Politik eben doch immer wieder Kompromiss bedeutet und gerade in einer globalen Welt immer wieder komplexe Situationen entstehen, in denen man einfach eine gewisse Toleranz gegenüber Ambivalenzen aufbringen muss.

Zu guter Letzt möchte ich mit Ihnen einen kleinen Ausblick auf die Zukunft der liberalen Demokratie wagen. Geben die mutigen Proteste im Iran oder jüngst auch in China nicht Hoffnung, dass ein Streben nach Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung in gewisser Weise dem Menschen per se innewohnt? Und kommt es daher womöglich bald schon zu einer neuen Demokratisierungswelle?

Wir haben unser Exzellenzcluster bewusst nicht »das Ende des Liberalen Skripts« genannt. Zwar wird es fundamental herausgefordert, aber das ist in der Geschichte ja auch nicht das erste Mal. Zudem leben wir in einer Welt, in der eben nicht nur liberale Demokratien unter Druck stehen und herausgefordert sind, sondern auch die autoritären politischen Systeme. Das sehen wir gerade in den letzten 24 Monaten. Wladimir Putin ist sicherlich wackliger denn je. Die neuen autoritären Tendenzen in China, nämlich die Rücknahme von Autonomierechten im wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Bereich, entspringen mit hoher Wahrscheinlichkeit der Angst, dass sich der Freiheitsgedanke weiter verbreitet. Iran ist genannt worden, auch Belarus. Es ist jetzt nicht so, dass derzeit alles in die Hände der Autoritären spielt. Wenn beide, autoritäre politische System und Demokratien gemeinsam unter Druck stehen, dann könnte man provokativ fragen, was die Gemeinsamkeiten der Demokratien und der Autokratien sind und ob diese für die Ausbreitung der

politischen Krisen verantwortlich sind. Eine Gemeinsamkeit ist die nationalstaatliche Organisation, die keine Lösungen für die globalen Probleme bereitstellen können. Und das Zweite ist, dass sie alle auf der Grundlage einer ausgeprägt großkapitalistischen Ökonomie agieren. Vielleicht sind das die beiden Ansatzpunkte, die eigentlich Veränderungen bedürfen, damit politische Systeme wieder mehr Unterstützung erfahren.

Prof. Dr. Michael Zürn ist Professor für Internationale Beziehungen am OSI. Er leitet die Abteilung Global Governance am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) und ist zudem Ko-Sprecher des DFG-geförderten Exzellenzclusters »Contestations of the Liberal Script« (SCRIPTS). Mit seinem Mainzer Kollegen Armin Schäfer veröffentlichte er 2021 das Buch »Die demokratische Regression,« das die Krise der liberalen Demokratie und den Aufstieg autoritärer Populisten politisch erklärt.



Wer hat die Wahl?

**Das amerikanische Wahlsystem ist ein polarisierendes Politikum.
Ist es zur Gefahr für die Demokratie geworden?**

VON COLIN IVORY MEYER UND LULU RECKERS

Während die Gründerväter die Grundlagen des amerikanischen Wahlsystems in der Verfassung verankern, schreibt Mozart seine vorletzte Symphonie und die Französische Revolution ist noch Zukunftsmusik. Seitdem wurden vier Verfassungszusätze verabschiedet, die Schwarzen, Frauen und Menschen ab 18 das Wählen ermöglichten. In seiner Struktur blieb das Wahlsystem jedoch fast unangestastet und so blieben antidemokratische Elemente. Sie belasten die US-Demokratie heute schwer. Gleichzeitig ist das Wahlsystem ein umkämpftes Politikum und es herrscht weit verbreitetes Misstrauen gegenüber der Wahl selbst. Wie konnte es dazu kommen? Und wie geht es weiter?

Undemokratisch und reformresistent

»Die USA haben schon sehr starke anti-demokratische Mechanismen in die Verfassungsstruktur integriert, die erst peu à peu aufgebrochen wurden.« sagt Christian Lammert, Professor für Nordamerikastudien am John-F.-Kennedy-Institut.

Doch entscheidend sind die, die nie aufgebrochen wurden. Bei der Präsidentschaftswahl 2016 zum Beispiel hatte Trump rund drei Millionen weniger Wählerstimmen als seine Konkurrentin Clinton. Trotzdem gewann er, denn eine Mehrheit in der Bevölkerung ist nicht entscheidend. Stattdessen bestimmt die Anzahl an Stimmen im Electoral College über den Sieg. »Mit dem Electoral College haben wir immer noch ein archaisches Instrument, um den Wählerwillen einzuschränken«, meint Lammert.

Es ist ein Prozess, bei dem jeder Bundesstaat eine bestimmte Anzahl an Wählern für die Wahl des Präsidenten nach Washington schickt. Da aber durch das the-winner-takes-it-all-Prinzip, welches in 48 der 50 Bundesstaaten gilt, alle Wähler für den gleichen Kandidaten stimmen, kommt es dazu, dass die Kandidatin mit den meisten Wählerstimmen nicht zwingend Präsidentin wird. Gleichzeitig verschiebt dieses Prinzip bei Präsidentschaftswahlen das Gewicht zu einer kleinen Wählergruppe, den Wechselwählern in sogenannten Swing States. Denn bei Wahlen entscheiden oft nur ein paar tausend Stimmen in bestimmten Bundesstaaten über die politische Ausrichtung des Landes. Zusätzlich herrscht ein generelles demokratisches Missverhältnis im Senat, da jedem Bundesstaat unabhängig von seiner Bevölkerungszahl zwei Senatoren zustehen. Roland Nelles, Korrespondent beim Spiegel in Washington erklärt: »Das ist bewusst in der US-Verfassung so angelegt, um den Ausgleich zwischen den bevölkerungsstarken und weniger stark bevölkerten Gegenden zu gewährleisten.« Aber, problematisiert er: »In der heutigen Polarisierung führt es dazu, dass die Republikaner im Senat mehr Macht haben als ihnen eigentlich zustehen würde.« Bei den Midterms 2018 zum Beispiel gewannen die Demokraten im Rennen um den Senat 18 Millionen Stimmen mehr als die Republikaner. Trotzdem verloren sie zwei Sitze. Hinzu kommt, dass alle zehn Jahre die Wahlkreisgrenzen neu gezogen werden können.

Das geschieht oft nicht im Konsens, sondern nach parteipolitischen Interessen. Wahlkreise werden also strategisch so zugeschnitten, dass sie der im Bundesstaat regierenden Partei auch bei den nationalen Wahlen maximale Erfolgchancen ermöglichen: Das sogenannte Gerrymandering. Deswegen »steht in vielen Bezirken oft schon fest, wer gewinnen wird«, erzählt Felix Barbieri, OSI-Student aus Maryland. Auch deswegen habe er bei den letzten Midterms nicht gewählt.

Um diese Defizite zu korrigieren, braucht es eine Verfassungsänderung. Eine Mehrheit dafür sieht Lammert nicht, denn »für die Republikaner gibt es ein politisches Machtinteresse, hier nichts zu reformieren. Allein das Electoral College und die Einteilung der Wahlkreise gibt den Republikanern momentan einen Vorteil von 5 bis 8 Prozentpunkten.«



Prof. Dr. Christian Lammert ist Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt politische Systeme Nordamerikas. Er lehrt am John-F.-Kennedy-Institut und am OSI. 2002 promovierte er an der Goethe Universität Frankfurt. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehört die Einkommens- und Wohlstandsungleichheit in entwickelten Demokratien.

Eine Lüge mit mächtigen Verbündeten

Doch nicht nur die institutionellen Mängel des Wahlsystems schwächen die US-Demokratie. Am 6. Januar 2021 wurde die Wahl endgültig zum politischen hot-button issue. Der Election Denialism war zum landesweiten Phänomen geworden, daraufhin stürmten Trumps Anhänger das Kapitol. Der Ex-Präsident verbreitete vor allem in sozialen Medien die Lüge der gestohlenen Wahl. »Alle haben einen Onkel oder eine Tante, die in dieser Denke, in diesem rabbit hole, gefangen sind«, berichtet Felix. Es sei zu einer gemeinsamen Erfahrung geworden.

Viele Kandidaten, die die Lüge der gestohlenen Wahl zu ihrem Wahlkampfthema machten, verloren bei den Midterms. Trotzdem sei die gesellschaftliche Verankerung des Verschwörungsmythos' nicht zu unterschätzen, meint Nelles. Er halte sich so nachhaltig, weil Ex-Präsident Trump als zentrale politische Figur die Lüge während und nach seiner Amtszeit propagierte. »Der amerikanische Präsident ist seit Jahrhunderten eine Respektsperson und hat für viele auch eine gewisse Unfehlbarkeit. Diese Machtstellung hat Trump ausgenutzt«, sagt Nelles.

Lammert weist auf die langfristige Gefahr des Vorwurfs von Wahlbetrug hin. Denn das Misstrauen in den Wahlprozess erleichtere Eingriffe in das Wahlrecht – durch Instrumente wie die Einführung einer Voter Registration ID. Da es in den USA keine flächendeckenden Ausweisdokumente gibt, erhöht die Einführung die bürokratischen Hürden. Sie stellt sich den Bemühungen entgegen, mehr Menschen an die Wahlurnen zu bringen. Unter dem Vorwand, die Wahlen fälschungssicherer zu machen, »schließt sie jedoch in erster Linie untere Einkommensschichten, Afroamerikaner oder Hispanics aus und wenn man sich die Parteizugehörigkeiten anschaut, würde das überproportional die demokratische Partei schwächen.« erläutert er.



Roland Nelles ist Chefkorrespondent und Büroleiter des Spiegels in Washington. Er studierte von 1994 bis 1999 am OSI. Danach war er unter anderem bei Welt und Woche tätig. Von 2011 bis 2017 war er Mitglied der Chefredaktion bei SPIEGEL ONLINE.

Lange Wege zum und lange Wartezeiten vor dem nächsten Wahllokal können sich viele Menschen an einem Arbeitstag – traditionell wird in den USA am Dienstag gewählt – nicht leisten. Dass sich daran nichts ändert, ist auch politisches Kalkül. »So wird das demokratische System insgesamt delegitimiert.« sagt Lammert. Der Verlust von Vertrauen in politische Institutionen sei ein Trend, der schon länger zu beobachten ist und nicht nur die USA, sondern alle modernen Demokratien betreffe. »Man sieht, dass eine Unzufriedenheit generell da ist, die durch solche Rhetorik natürlich noch mal verstärkt wird. Das kann dazu führen, dass autoritäre Positionen im politischen System gestärkt werden.« warnt Lammert.

Es wird weiter gerungen

Am 7. Dezember fand die erste Anhörung des Supreme Courts im Fall *Moore vs Harper* statt. Eigentlich ein Rechtsstreit um Wahlkreisgrenzen in North Carolina, der nun aber weitreichende Folgen für das US-Wahlrecht haben könnte.

Der Oberste Gerichtshof im Südstaat hatte die von den Republikanern zugeschnittenen Wahlbezirke als verfassungswidrig beurteilt. Die aber zogen vor den Supreme Court und gruben eine weitgehend abgelehnte Rechts-theorie aus, die zuerst bei der Präsidentschaftswahl 2000 von Anwälten des Kandidaten Bush genutzt wurde. Es geht um die sogenannte Independence State Legislator Theory: »Die Theorie besagt, dass die Legislative in den Einzelstaaten ausschließliche Kompetenzen bekommt, das Wahlergebnis zu zertifizieren. Das würde die zentralen Mechanismen der Checks and Balances völlig außer Kraft setzen«, erklärt Lammert. Die Theorie propagiert eine Entmachtung der Obersten Gerichte der Bundesstaaten in Fragen des Wahlrechts, also beim Zuschnitt der Wahlkreise und der Bestätigung von Wahlergebnissen.

Es geht, wie so oft in der amerikanischen Geschichte, um die Auslegung eines uralten Satzes in der amerikanischen Verfassung, der unterschiedlichste Interpretation zulässt. Das Urteil wird erst im Frühjahr erwartet. Sollte der in seiner Zusammensetzung sehr konservativ geprägte oberste Gerichtshof der Theorie folgen, dann »ist Wahlbetrug von Seiten der politischen Mehrheiten in den Einzelstaaten bei den nächsten Wahlen Tür und Tor geöffnet«, so Lammert.

Wer entscheidet in Zukunft?

Das amerikanische Wahlsystem hat noch nie die ganze US-Bevölkerung repräsentiert. Es bewahrt einen Status-quo, der demokratischen Ansprüchen von heute nicht gerecht wird.

Denn »die Qualität von Demokratien hängt davon ab, dass im Idealfall alle Menschen an Wahlen teilnehmen können«, sagt Lamert. Die Vereinigten Staaten befinden sich in einem demografischen Wandel, der den Einfluss des konservativen, weißen Amerikas schwächt. Doch in seiner Struktur schränkt das Wahlsystem den Willen des Souveräns ein, indem es bestimmte Bevölkerungsgruppen unterrepräsentiert. Die Lüge der gestohlenen Wahl und der versuchte Coup am Kapitol lassen sich auch als Reaktion auf die schwindende weiße Vormachtstellung lesen. Die Menschen, die nach dem 6. Januar belangt worden sind, gehören in großen Teilen zu nationalistischen Gruppen, die rechtsextrêmes und rassistisches Gedankengut propagieren. Wahl und Wahlsystem sind darüber hinaus erneut zum Gegenstand parteipolitischer Kämpfe geworden. Beide Parteien fordern »Demokratisierung«: Die Demokraten mit dem Ziel, das Wählen zu erleichtern. Die Republikaner mit dem Ziel, Wahlfälschung zu erschweren. Diese parteipolitische Auseinandersetzung ist gefährlich, denn sie schwächt die Wahl selbst. Eine Entscheidung des Supreme Courts zugunsten der Independent State Legislature Theory würde das beschädigte Vertrauen in demokratische Prozesse erneut erschüttern.

Dennoch wagt Nelles Optimismus: »Die amerikanische Demokratie ist mehr als zweihundert Jahre alt. Die wissen, was sie tun. Das Land ist in seinem Kern, in seiner Seele demokratisch.« Felix schließt sich an: »Das System hat seine Resilienz bewiesen.«

Bei der Präsidentschaftswahl im November nächsten Jahres will er auf jeden Fall wählen, auch wenn er dafür in die Berliner US-Botschaft gehen muss. Das Wahlsystem und die Demokratie werden dann wieder auf die Probe gestellt.



Felix Barbieri studiert am OSI. Er ist Deutsch-Amerikaner und wuchs in Takoma Park, Maryland auf. Mit 18 zog er nach Berlin.



552
96
441
00:04

Conférence et parlement Europe

Conference on the Future of Europe
2 DECEMBER 2022

LUKAS F.

Brüssel auf dem Prüfstand

Die Europäische Union ringt mit ihrem Demokratiedefizit und illiberalen Mitgliedstaaten. Was tun, um Demokratie in der EU zu schützen?

VON CLARA BALDUS, SASKIA KABELITZ UND FINJA SCHÜRMAN

Zunehmend ist sowohl in der Politik als auch der Wissenschaft vom »democratic backsliding« die Rede, also der Abkehr von Demokratie. Diese Entwicklung macht auch vor Europa nicht Halt: Der EU wird immer wieder ein Demokratiedefizit unterstellt, vor allem wird das fehlende Initiativrecht des Europäischen Parlaments, das Einstimmigkeitsprinzip im Rat der EU, sowie die Bedrohung durch Rechtspopulist:innen, insbesondere in Polen und Ungarn, bemängelt.

Zum Zustand der Demokratie in Europa haben wir Prof. Tanja Börzel, Inhaberin des Lehrstuhls für Europäische Integration am OSI, sowie drei OSI-Alumni und Mitglieder des Europäischen Parlaments befragt: Gabriele Bischoff (SPD), Hildegard Bentele (CDU) und Martin Schirdewan (Linke).

Starke nationale Parlamente, statt mehr Mitspracherechte auf EU-Ebene

Zuerst die Perspektive aus dem OSI: Tanja Börzel sieht das Problem nicht beim institutionellen Aufbau der EU, sondern vielmehr auf nationalstaatlicher Ebene der Mitgliedsstaaten. Dadurch, dass immer mehr Entscheidungen auf EU-Ebene getroffen werden, sieht sie die nationalen Parlamente nicht mehr als ultimative Entscheidungsinstanz, sondern lediglich als »Instanzen, die Entscheidungen, die woanders getroffen werden, bestenfalls in nationales Recht umsetzen.«

Das bedeutet, dass »die Art und Weise, wie die EU funktioniert, demokratische Prozesse in den Mitgliedstaaten unterminiert.« Diese Entmachtung der nationalen und regionalen Parlamente habe zur Folge, dass die Entfernung der Bürger:innen zu ihren gewählten Vertreter:innen, die die meisten Entscheidungen treffen, zu groß sei.



Prof. Dr. Tanja A. Börzel lehrt europäische Integration am OSI. Sie hat Verwaltungs- und Politikwissenschaft in Konstanz studiert und promovierte 1999 am European University Institute in Florenz. Seit 2004 ist sie Professorin am OSI und seit 2018 Direktorin des Exzellenzclusters »Contestation of the Liberal Script« (SCRIPTS).

Das Problem wird laut Börzel dadurch verstärkt, dass nationale Parlamentarier:innen sich ihrer Entmachtung nicht widersetzen, sondern stattdessen mehr Mitspracherechte auf EU-Ebene fordern. Allerdings können »Mitspracherechte Alleinentscheidungsrechte nur bedingt kompensieren.« Insgesamt seien nationale Parlamentarier:innen gar nicht in der Lage, alles, was auf europäischer Ebene passiert, mitzuverfolgen, was sich auch darin ausdrücke, dass sie in ihrer Vermittlungsrolle zwischen EU und ihren Bürger:innen versagen.

Zur Lösung dieser Probleme schlägt Börzel die Einführung transnationaler Wahllisten und eine transnationale Organisation der Parteien vor, weil es kaum zielführend sei, für eine supranationale Institution nationale Wahlkämpfe abzuhalten. Außerdem sollen nationale Parlamente Entscheidungen aus Brüssel in die breite Öffentlichkeit ihrer Mitgliedstaaten tragen. Dafür sei es in Deutschland überlegenswert, den Europaausschuss des Deutschen Bundestages aufzulösen und die Stellungnahme zu europäischen Beschlüssen auf die übrigen Fachausschüsse aufzuteilen, da europäische Themen alle betreffen und gemeinsam diskutiert werden sollten. Zu mehr Diskussionen innerhalb der Bevölkerung könnte ebenfalls europäisch gedachter Journalismus beitragen. Insgesamt sollte Europapolitik niemals separat betrachtet werden, sondern in den Mittelpunkt des Denkens jedes Europäers gestellt werden: »Wir müssen Europa jetzt endlich mainstreamen«, meint Tanja Börzel.

Ein Weckruf für Europa

Nun nach Brüssel: Die Angst vor einem Bröckeln der Demokratien in Europa wächst bei den Europaabgeordneten – sie sind unisono beunruhigt: »Die Demokratie in der EU ist real gefährdet«, meint die Sozialdemokratin Gabriele Bischoff. Die Europäische Union ist mehr als eine bloße Staatengemeinschaft, sie selbst versteht sich auch als Wertegemeinschaft.



Gabriele Bischoff vertritt als Mitglied der S&D Fraktion seit 2019 ihren Wahlkreis in Berlin im Europaparlament. Dort setzt sich die Sozialdemokratin insbesondere für Demokratieförderung und Arbeitnehmerrechte ein. 1988 schloss sie am OSI mit einem Politologie-Diplom ab. Bischoff war den Großteil ihres Berufslebens als Gewerkschafterin tätig.

Der Demokratie wird dabei eine prominente Rolle zuteil: Neben Freiheit, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und Menschenwürde zählt sie zu den proklamierten europäischen Grundwerten. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit werden zur Zeit auf unterschiedlichste Weise angegriffen. Besonders augenfällig ist das in Polen und Ungarn. Martin Schirdewan von der Linken nennt sie »illiberale Demokratien.« In Ungarn wird die Demokratie auf legale Weise untergraben, indem die Fidesz-Partei 2011 eine neue Verfassung erlassen hat und damit maßgeblich in das ungarische Rechtssystem eingriff. Auf die Frage, ob dies mit EU-Ansprüchen vereinbar ist, hat Schirdewan eine eindeutige Antwort: Nein. Es sei nun wichtig, die Rechtsstaatlichkeit zu schützen und die demokratische Ordnung zu verteidigen.

Bischoff schließt sich diesem Urteil an: Es gibt »Berichte sowohl von der Kommission als auch vom Europaparlament, die klar besagen, dass die Rechtsstaatlichkeit sowohl in Ungarn als auch in Polen nicht gewährleistet ist.« Wie soll die EU mit dieser schwierigen Situation in den eigenen Reihen umgehen?

Die Abgeordneten sind sich einig, dass die EU gezielte Maßnahmen zur Demokratieförderung ergreifen sollte, um diesem Trend entgegenzuwirken. Das Stichwort lautet Konditionalität. Die Konditionalitätsverordnung ist mit dem Rechtsstaatsprinzip verknüpft und bedeutet: Bei der Feststellung von Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit kann die EU Zahlungen aussetzen. So beschloss die EU Ende Dezember erstmals in ihrer Geschichte, Fördergelder für Ungarn in Höhe von 22 Milliarden Euro zurückzuhalten, bis die rechtsstaatlichen Kriterien erfüllt werden. Wie Bischoff und Schirdewan befürwortet Christdemokratin Hildegard Bentele die Umsetzung der Verordnung, um »Druck ausüben zu können«, bedauert jedoch zugleich: »Wir haben nur die Möglichkeit, finanzielle Mittel zurückzuhalten; mehr können wir als Parlament nicht tun.« Schirdewan ist überzeugt, dass Sanktionen ein »scharfes Schwert sind, um die Demokratie zu verteidigen.« Doch ist eine Symptombekämpfung in Form von finanziellen Strafzahlungen für Demokratieabweichler ausreichend, oder braucht es einen systemischen Ansatz?

Demokratie muss gelebt werden

»Demokratie ist nichts, was man einfach statisch betrachten kann. Nur weil man ein bestimmtes Demokratie-Level erreicht hat, heißt das nicht, dass es gesichert ist.« Mit dieser Erkenntnis trifft Bischoff den Kern des derzeitigen Konflikts: Demokratie muss gelebt werden – von jedem einzelnen Menschen – ansonsten geht sie verloren. Vielleicht ist die EU gerade dabei, genau dieses

demokratische Grundprinzip fallen zu lassen. Für Bentele stellen die »Populisten, wie wir sie in Frankreich, in Italien, in Bulgarien haben« eine der größten Bedrohungen dar, weil diese »mit einfachen Parolen über komplexe Probleme hinweggehen.« Populismus führt zu Polarisierung, zu Misstrauen in die Politik und nicht zuletzt auch zu einer abnehmenden Wahlbeteiligung sowie Protest-Wähler:innen. Nur: Was tun gegen die Bedrohung durch den Populismus?

Eine Lösung sehen die Abgeordneten in aktiver Bürgerbeteiligung. Dazu beitragen sollen mehr direktdemokratische Elemente wie Bürgerinitiativen und Referenden. Mit der in 2021 EU-weit durchgeführten Zukunftskonferenz konnte eine neue Form der Bürgerbeteiligung initiiert werden. Zu diesem Zweck wurde eine interaktive Online-Plattform eingerichtet, verschiedene Veranstaltungen und Diskussionsforen durchgeführt und eine Konferenz mit 800 zufällig ausgelosten Bürger:innen einberufen. Nahbarer und greifbarer werden – die EU »erfahrbarer machen«, wie Bischoff es ausdrückt. So weit, so gut. Ernüchternd ist allerdings die geringe Partizipationsbereitschaft auf europäischer Ebene. Bei einer mehrsprachigen Plattform, auf der Bürger:innen ihre eigenen Ideen und Vorschläge niedrigschwellig einbringen konnten, haben laut Bentele nur 50.000 Personen teilgenommen: »Das ist leider sehr wenig für ein online-Angebot in allen EU-Sprachen.« Woran liegt das?

Bürgerinitiativen selbst werden erst in Anspruch genommen, so lässt sich vermuten, wenn Bürger:innen die EU auch als relevanten und souveränen politischen Akteur sehen. Schirdewan ist klar, dass die alle fünf Jahre stattfindenden Wahlen zum Europaparlament »low interest Wahlen« seien, »die die Zustimmung und Glaubwürdigkeit von EU-Politik nicht untermauern.« Neben mehr direktdemokratischen Elementen plädiert er insbesondere

dafür, dass »auch Medien einen größeren Fokus darauf legen, aus Brüssel und Straßburg zu berichten.« Wie kann Brüssel in den Medien und Köpfen der Menschen präsenter werden?

»Wir müssen unsere Hausaufgaben machen«

Es reicht nicht aus, stillschweigend zuzusehen, wie die Demokratie innerhalb der EU zerbricht. »Wir müssen unsere eigenen Hausaufgaben machen, um die Demokratie in der EU und die Mitbestimmung zu stärken«, findet Bischoff. Dafür sollten wir zuallererst ins Innere der Organisationen blicken. Bentele findet es »wichtig, dass das Spitzenkandidatenmodell angewandt wird und die Kommissionsspitze so eine demokratische Legitimation durch die Bürgerinnen und Bürger erhält.«



Dr. Martin Schirdewan sitzt als Abgeordneter der Linken im Europaparlament und ist seit 2022 außerdem Co-Vorsitzender der Linkspartei auf Bundesebene. Er wurde 2007 am OSI zum Dr. rer. pol. promoviert. Danach war Schirdewan mitunter knapp zehn Jahre lang als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundestag tätig. Im EP widmet er sich der Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Regelmäßig wird kritisiert, dass die Kommission nicht demokratisch legitimiert ist, da die Kommissar:innen zwar vom Europaparlament geprüft und bestätigt werden müssen, jedoch, anders als die Parlamentarier:innen, nicht direkt vom Volk gewählt werden. Das Debakel um die Spitzenkandidat:innen nach der letzten Wahl, auf das Bentele anspielt, hat diese Kritik weiter befeuert: Nachdem sich der Europäische Rat nicht auf eine der vorab festgelegten Spitzenkandidat:innen für den Posten des oder der Kommissionspräsidenten einigen konnte, übernahm kurzerhand Ursula von der Leyen, die gar nicht kandidiert hatte, die Spitzenposition. Zudem hält das Einstimmigkeitsprinzip die Handlungsfähigkeit der EU in Fesseln. Einstimmigkeit ist erforderlich bei Angelegenheiten, die die Mitgliedsstaaten als sensibel erachten, mitunter EU-Mitgliedschaft und die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Dadurch kommt es immer wieder zu Veto-Blockaden, beispielsweise verhinderte der ungarische Regierungschef Viktor Orban EU-Sanktionen gegen Russland. Unter den drei Abgeordneten herrscht fraktionsübergreifende Einigkeit, dass die Einstimmigkeit in entscheidenden Politikbereichen – für Bentele ist das insbesondere die Außenpolitik – abgeschafft werden sollte. Die Abschaffung der Einstimmigkeit sei eine »Kernforderung«, erklärt Bischoff und verweist auf entsprechende Vertragsänderungen, die derzeit vom Parlament gefordert werden.

Brüssel in Bewegung: Reformen für ein starkes Parlament

Auch in den Augen der Abgeordneten sollte die Stellung des Parlaments gestärkt werden. Was im Bundestag ein Grundpfeiler ist, nämlich das Recht, Gesetze vorzuschlagen, fehlt im Europaparlament – es ist einzig der Kommission vorbehalten. Schirdewan bringt es auf den Punkt: »Ohne Initiativrecht ist es nur ein halbes Parlament.«

Die Forderung weiter Teile des Parlaments nach einem eigenen Gesetzesinitiativrecht steht schon lange im Raum – bisher wurde sie von anderen EU-Institutionen allerdings kaum beachtet. Dazu wären schließlich komplexe Vertragsänderungen nötig. Dass sich im Rahmen der Zukunftskonferenz nun auch das Gros der beteiligten Bürger:innen dafür ausgesprochen hat, verleiht der Sache Auftrieb. Im Juni vergangenen Jahres stimmten die Europaabgeordneten mit großer Mehrheit für einen Bericht, der eine entsprechende Reform fordert. Der Spielball liegt nun beim Rat, einen Konvent zur Überarbeitung der Verträge einzusetzen, doch der hält bislang die Füße still. Sofern der Präsident des Europäischen Rats den besagten Konvent nicht einberuft und der Rat nicht mit einer einfachen Mehrheit über die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips abstimmt, wird das Reformvorhaben ein bloßer Traum bleiben.



Hildegard Bentele ist Parlamentarierin für die EVP-Fraktion. Sie studierte in Heidelberg, Paris und am OSI in Berlin. 2002 trat sie in den Auswärtigen Dienst ein und war unter anderem in Zagreb und Teheran tätig. Später saß sie acht Jahre für die CDU im Abgeordnetenhaus von Berlin. 2019 wechselte sie nach Brüssel und ist dort entwicklungspolitische Sprecherin ihrer Fraktion.

Mitte Dezember kam es mit dem Korruptions-skandal zu einem Paukenschlag, der nicht nur das Europaparlament, sondern auch das Vertrauen der Bürger:innen in die EU erschütterte. Einige Parlamentsangehörige, darunter auch die ehemalige Vizepräsidentin Eva Kaili, sollen von Vertretern der katarischen Regierung hohe Summen an Schmiergeldern entgegengenommen haben. Schirdewan bereitet das auch im Hinblick auf die kommende Europawahl 2024 große Sorgen: »Wenn sich der Skandal hinzieht, dann wird das auf jeden Fall Wasser auf die Mühlen von rechten Grundpositionen sein, die sagen: abgehoben, bürokratisch, korrupt und wir machen nichts. Das entspricht nur in geringsten Teilen der Realität.«

Die EU muss nun umfassende Reformen auf den Weg bringen – sowohl zur Korruptionsbekämpfung als auch zur Förderung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie.

Um zu verhindern, dass die Integrität der EU weiter unterminiert wird, die ohnehin schon geringe Wahlbeteiligung weiter fällt und autoritäre Kräfte in Europa einen Aufschwung erleben, ist es nun wichtig, dass die EU Vertrauen zurückgewinnt und es ihr gelingt, aufzuzeigen, welche große Relevanz sie für das tägliche Leben aller Menschen in Europa hat.



GABOR STEINGART

»Unsere Demokratie hat noch das Betriebssystem des 20. Jahrhunderts«

ThePioneer-Chef Gabor Steingart im Gespräch.

VON CHRISTINE KOLMAR UND FINJA SCHÜRMAN

OSI-Zeitung: Herr Steingart, die Qualität der Demokratien geht zurück und auch die Zahl der demokratischen Staaten. Ist das ein Grund zur Beunruhigung?

Gabor Steingart: Ich würde die These nicht teilen. Ich glaube, dass wir im Westen eine Demokratisierung in allen Lebensbereichen gerade vor uns haben, deren Zeitzeugen wir sind. Die Universität, die Schulen, der Medienkonsument werden demokratisiert und wer nicht dabei ist, der fliegt raus: Der alte, autoritäre Berufszweig – Chefredakteur erzählt, was Sache ist und der Rest darf Leserbriefe schreiben –, der ist vorbei. Facebook hat angefangen und wir – unser Projekt – ist auch dem demokratischen Journalismus verpflichtet, wo Partizipation eine große Rolle spielt.

Früher schien freier Markt und Wohlstand nur mit Demokratie zu funktionieren. Schaut man jetzt nach Asien, sieht man in totalitären Staaten erfolgreiche Armutsbekämpfung und erhebliche technologische und gesellschaftliche Fortschritte. Ein Alarmsignal für die Demokratie?

Nicht ängstigen. Es gibt andere Visionen als unsere. Es gibt auch andere Weltreligionen. Es gibt auch andere soziale Rechte: Die Chinesen definieren Sozialrechte kollektiver, während wir sie individueller definieren.

Das ist eine Debatte, die ich führen würde, anstatt sich abzuschotten. Was die Amerikaner gerade präferieren, ist Abschottung. Wir Europäer machen das hoffentlich nicht, denn das wird zu nichts Gutem führen und schon gar nicht zu dem, was wir eigentlich wollen: zur Demokratisierung.

Auch in Deutschland kann man ein Sich-Abwenden von Demokratie diagnostizieren – Reichsbürger sind da nur ein Beispiel. Auch aus der Mitte der Gesellschaft selbst von Staatsdienern melden sich Verschwörung, Hass und Ablehnung. Wie erklären Sie sich das?

In der Vergangenheit hat es ein breitflächiges Abwenden von Demokratie in der Zeit von '33 bis '45 gegeben – in der brutalsten Art! Die Reichsbürger kommen für mich nicht aus der Mitte der Gesellschaft, sondern von einem politisch prekären Rand. In der Mitte sehe ich, dass wir eine Vielfalt von politischen Parteien wie nie zuvor haben. Die vielen Nichtwähler sind nicht bei den Reichsbürgern, die sind bewusst auch nicht bei der AfD. Sie sind der größte Wählerblock – fast 25 Prozent aller erwachsenen Menschen in Deutschland wählen nicht. Dieser Block hat sich entschieden, nicht links und nicht rechts zu gehen, sondern ein Zeichen zu setzen, dass er anders beteiligt werden möchte als alle vier Jahre zu wählen und zu gucken, was bei raus kommt.

Wie kann man sie anders beteiligen? Mehr direktdemokratische Elemente?

Glaube ich schon. Da sind Leute, die unzufrieden mit Politik sind. Wer grün gewählt hat, hat eigentlich den Ausstieg aus fossilen Energien gewählt. Wenn er irgendetwas wollte, dann auf keinen Fall, dass sein Minister nach Katar fährt und das Zeug einkauft. Diese Art Programmverkehrung haben wir alle Nase lang. Es wird etwas ganz anderes versprochen als dann kommt. Diese Form der Demokratie ist zu indirekt: Gebt mir Eure Stimme und ich gucke dann mal, was wir daraus machen. Diese Verschuldung hat auch niemand gewählt, die wir jetzt haben. Das stand auf keinem Plakat: Wir gehen in die Vollen.

Aber der Krieg hat alles verändert. Da kann man nicht sagen: Wir haben da etwas versprochen, jetzt werden wir kein Gas mehr kaufen, wir lassen die Bevölkerung frieren. Man muss doch handeln.

Ich weiß, aber ich versuche zu verstehen, weshalb so viele Menschen nicht wählen gehen. Denen ist das zu indirekt.

Sie sind für mehr Volksabstimmungen auf Bundesebene, die dann auch verpflichtend sind?

Ja, wie in der Schweiz. Das funktioniert wunderbar – deutlich höhere Wahlbeteiligung, das Land steht ökonomisch viel besser da als wir. Das heißt, wenn wir Menschen befragen, dann entscheiden die nicht unvernünftig, wie hier immer der Verdacht ist. Es gibt gar keinen Hinweis darauf, dass Schweizer unvernünftig entscheiden.

Langwierige Volksentscheide, die auch eine gewisse Informiertheit voraussetzen. Das dauert doch?

Nein, das glaube ich nicht. Im Übrigen standen 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr auch in keinem einzigen Wahlprogramm.

Wie sollte es auch?

Naja, war ja schon vorher von den Amerikanern gewünscht, dass wir mehr in Rüstung investieren. Putin hat auch schon vorher die Krim genommen. Das war nicht ganz neu. Die Zeit wäre gewesen, das Volk zu befragen. Wir werden es ja auch in Berlin erleben: Die Wiederholung einer Wahl dauert Wochen. Wenn man es digital machen würde: einen Tag.

Digitalisierung kriegen wir auch nicht hin.

Nein, Digitalisierung kriegen wir auch nicht hin. Dieser Staat ist total analog. Die Demokratie hat das Betriebssystem des 20. Jahrhunderts. Aber deswegen ist nicht die Demokratie out-dated, sondern nur diese Version der Demokratie, wie wir sie in Weimar entwickelt haben. Nach diesem Zivilisationsbruch haben wir sie wieder reaktiviert und nicht stark verändert. Die wichtigen Veränderungen, die der Parlamentarische Rat vorgenommen hat, misstrauen dem Volk. Es sollte nie wieder ein Führerstaat sein. Daraus resultiert ein Bundespräsident, der nur Reden halten darf. Daraus resultiert die Abneigung zu Volksbefragungen, weil die in der Weimarer Republik auch einen polarisierenden Charakter hatten. Daraus resultiert eine Parlamentsarmee. Das ist mal langwierig. Bis unsere Armee zu Potte käme, müsste der Bundestag zu einer Sitzung zusammenkommen und beraten. Die Vorwarnzeit für eine Atomrakete ist vier Minuten. Also: Die Mechaniken unserer Demokratie sind aus einer anderen Zeit.

Was für Elemente braucht eine moderne Demokratie aus Ihrer Sicht noch? Direkt-demokratische Elemente und mehr Digitalisierung haben Sie schon angesprochen.

Ich würde die direkte Demokratie auf die Spitze treiben und über einzelne Minister abstimmen lassen. Das Volk hat ein Gefühl dafür, wer kompetent ist. Die zurück getretene

Verteidigungsministerin wäre niemals auf dem Posten gelandet. Ich würde es Ressort für Ressort abstimmen lassen: Die Farbe ist ganz uninteressant für die Leute; Kompetenz wird in unserem System nicht sehr hoch bewertet. Dabei gehören Kompetenz und Verantwortung nicht entkoppelt, sondern müssen zusammen gedacht werden.

Und der Bürger kann die Kompetenz besser bewerten als Kanzler oder Koalition?

Ja, denn der Kanzler hat Nebenerwägungen. Das fängt bei der Frauenquote an, geht weiter über regionale, konfessionelle und tausend dieser Erwägungen bis hin zu den parteipolitischen Flügeln. Aber ich will auch nicht das »grand design« für eine Basisdemokratie entwickeln. Dazu bräuchte man einen neuen Verfassungskonvent. Denn es wäre ja eine neue Verfassung.

Sind die Bürger vielleicht deshalb mit der Politik so unzufrieden, weil es zwar eine Vielfalt an Parteien gibt, diese sich im Profil aber nicht mehr scharf voneinander unterscheiden?

Ich glaube, dass die Parteien sehr unterschiedlich sind, im Tagesgeschäft aber oft dasselbe machen und sich nicht genug unterscheiden. Die Mitte der Gesellschaft erscheint mir dabei sehr stabil. Die Leute gehen nicht nach rechts – die AFD liegt bei 13 oder 14 Prozent. Damit ist das demokratische Spektrum mit über 80 Prozent gesichert. Damit kann eine Demokratie gut und stabil leben. Die Brandmauer nach rechts steht.

Sind wir mit Desinteresse konfrontiert?

Ich bin nicht so negativ. Ich glaube, dass sich die Menschen sehr wohl interessieren. Die Funktion von Parteien aber haben in vieler Hinsicht Familienunternehmen übernommen. Dort werden alle diese Dinge

besprochen und gelebt, weil es ein Bedürfnis zum Austausch gibt. Auf den Parteiver-sammlungen ist ziemlich tote Hose. Da sind auch keine jüngeren Leute. Die Mitgliedschaft ist abgerissen. Das heißt aber nicht, dass junge Leute an den Diskussionen nicht teilhaben wollen. Wen haben sie gewählt? Mehrheitlich die Erstwähler bei der letzten Bundestagswahl: FDP, nicht AFD. Wenn man pathetisch sein möchte, könnte man sagen: Die Freiheit haben sie gewählt.

Welche Verantwortung hat Journalismus in der ganzen Demokratiedebatte?

Die Pluralität auch zu Wort kommen lassen. Nicht zulassen, dass Menschen vom Dialog abgeschnitten werden. Sondern die Einbeziehung von Menschen in den Dialog.

Kritiker sagen, es gibt heute mehr Kampagnenjournalismus und immer weniger Qualitätsjournalismus. Stimmt's und eine Gefahr für die Demokratie?

Der Journalismus hat sich verändert. Viele haben von Neugier auf Haltung umgeschaltet. Der eigentliche Berufsstand ist aber nicht, Haltung zu zeigen. Wir Journalisten kämpfen nicht für oder gegen irgendetwas. Wir haben in erster Linie zu reportieren. Wir sind ein Medium. Medium heißt, durch uns hindurch gehen die Meinungen anderer. Wenn ich der Auserwählte wäre, würde das irgendwo stehen, aber das steht da nicht. Auch die vierte Gewalt wurde erfunden. Wir sind nicht die vierte Gewalt, wir sind ein Medium. Wir sind eine Plattform. Wir haben anderen die Stimme zu verleihen und die Möglichkeit zu geben, sich zu artikulieren. Wir organisieren Debatte in der Gesellschaft. Wenn die Debatte verengt ist, dann tut sich außerhalb der Parlamente und Medien etwas. Die Abbestellung der Zeitung ist eine Abstimmung mit den Füßen analog der Nichtwähler.

Ex-FOCUS Chefredakteur Helmut Markwort sagt: Minderheiten terrorisieren Mehrheiten in Deutschland, dafür seien auch die Medien mitverantwortlich. Hat er Recht?

Also, mit terrorisieren wäre ich ganz vorsichtig. Jeder, der das erlebt hat, was Terror ist mit der RAF, fühlt sich doch heute nicht terrorisiert. Wie etwa durch eine militante Veganerin, die lade ich in meinen Podcast ein und dann diskutieren wir das Thema Veganismus – das ist doch interessant.

Das ist eine Reduzierung des Problems.

Auch über Leute, die sich auf die Straße kleben, rege ich mich nicht auf, denn es ist ein Beitrag zur gesellschaftlichen Diskussion.

Ein zielführender Beitrag?

Aus Sicht der Intention wahrscheinlich nicht. Aber es ist ein Hilfeschrei.

Den man hinnehmen sollte?

Wir können nicht sagen: Diversity ist unser Thema, aber politisch sind wir verengt. Diversity heißt auch: Ich ertrage das. Ich ertrage auch die Querdenker in der Corona-Pandemie. Ich ertrage das alles, weil die Demokratie von der Toleranz lebt, das zu ertragen. Wahrheit gibt es nur zu zweien – so heißt unser Gründungsmotto, das von Hannah Arendt stammt. Das heißt, die Meinung des Anderen wird nicht nur toleriert, sondern sie wird zelebriert. Ich bin neugierig, nicht feindselig gegenüber dem Andersdenkenden.

Demokratie heißt also, undemokratische Positionen zu tolerieren?

Natürlich dürfen sie das demokratische System nicht über Bord werfen, da gilt die Ewigkeitsklausel unseres Grundgesetzes.

Die würde ich bewahren, selbst in einer wilden Zeit dürfen Checks and Balances nicht über Bord geworfen werden. Diese Diskussion haben die USA mit Trump. Der versucht, Checks and Balances auszubremsen und abzuschwächen – die Stürmung des Kapitols war kein Kavaliersdelikt, deshalb wird dieser Gewaltakt, der auch Tote produziert hat, mit großer Ernsthaftigkeit aufgearbeitet.

Letzte Frage an den Ex-OSI Studenten Steingart: Was sollten OSI-Studierende unbedingt machen?

Altväterliche Ratschläge sind nicht so gut am OSI... Nutzt das Angebot in der Zeit; es ist viel breiter, als man denkt. Was da alles auch in den anderen Fakultäten angeboten wird. Es ist ja nicht verboten, jenseits der Scheine auch mal woanders hineinzugucken. Da kommen schon ganz tolle Leute vorbei – auch jenseits des eigenen Studienganges. Ins Ausland gehen würde ich auch jedem raten. Raus in die Welt und das Ganze wirken lassen.

Herr Steingart, vielen Dank für das Gespräch.

Gabor Steingart ist Journalist und Medienunternehmer. Er studierte Politik und Volkswirtschaft sowie Germanistik und machte 1987 seinen Abschluss als Diplom-Politologe am OSI. Später leitete er sechs Jahre das Hauptstadtbüro des Spiegels, anschließend dessen Washingtoner Büro. Von 2010 bis 2018 war Steingart zunächst Chefredakteur, später Herausgeber, Vorsitzender der Geschäftsführung und Miteigentümer des Handelsblatt. 2018 gründete er das journalistische Startup die Media Pioneer AG, auch bekannt für das Medienschiff The Pioneer One und Steingarts tägliches Pioneer Briefing.



ANJA OSEI

»Den Gedanken der Demokratie halte ich für universell«

Die neue OSI-Professorin Anja Osei über Demokratisierung in Afrika, Eurozentrismus und warum sie sich Subsahara-Afrika zum Forschungsschwerpunkt machte.

VON AMELIE DIETRICH

Im Sozialkundeunterricht merkte Anja Osei, dass sie anders ist. Bei der Aufgabe, einen Bericht über ein aktuelles Thema zu schreiben, wählte der Rest der Klasse die anstehende Bundespräsidentenwahl. Nur sie entschied sich für den Abschuss der Maschine des Präsidenten Burundis – ein Land, bei dem der Lehrer vor Unsicherheit auf die Karte schauen musste. Einige Zeit später kam die Nachricht vom Genozid an den Tutsi in Ruanda. Der Tod des in dem Flugzeugabsturz ebenfalls verunglückten Präsidenten Ruandas war die Initialzündung für den Völkermord. Durch die daraus resultierende Destabilisierung der Region der Großen Afrikanischen Seen fiel ihr auf, welche Relevanz Themen haben, mit denen man sich sonst in Deutschland in der Schule nie beschäftigt. Heute ist Osei Professorin für vergleichende Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Politik und Gesellschaft in Afrika am OSI. Momentan lehrt sie per Videoschleife aus Gabun, wo sie ein Forschungsprojekt leitet.

Die Frage aller Fragen

Ihre Forschung beschäftigt sich vor allem mit politischen Institutionen, Autokratien und der Demokratisierung in Afrika. Demokratisierung bezeichnet den Aufbau demokratischer Strukturen in zuvor autokratischen Staaten und Gesellschaftsbereichen. Hier unterscheidet man – dem Politikwissenschaftler Samuel P. Huntington folgend – zwischen drei

zentralen Demokratisierungswellen: Die erste Welle ist die Erweiterung des Wahlrechts auf die Mehrheit weißer Männer 1828 in den USA. Mitte des 20. Jahrhunderts kommt es zur zweiten Welle, die 1943 mit dem Ende Mussolinis Herrschaft in Italien begann und bis zur Unabhängigkeit Jamaikas 1962 dauerte. Im Zuge der dritten Demokratisierungswelle führte ein Großteil afrikanischer Länder nach 1990 Mehrparteiensysteme ein, mit unterschiedlichem Erfolg. Während ein Teil der Länder formale Aspekte einer Demokratie erfüllt, ist zum Beispiel in Kamerun seit der Unabhängigkeit 1960 dieselbe Partei an der Macht. Auch spielen oftmals Familienbeziehungen innerhalb der politischen Elite eine große Rolle, was einen Regierungswechsel erschwert. In anderen Ländern behindern Militärputsche und gewaltsame Konflikte den Aufbau einer Demokratie. Die Frage, warum die Entwicklung innerhalb der Staaten so unterschiedlich verlaufen ist, beschäftigt Politikwissenschaftler:innen weltweit. Osei beschäftigt sich dabei insbesondere mit der Rolle politischer Institutionen und Parteien.

Während des Afrikanistik-Studiums in Leipzig lernte sie Swahili und gewann durch die Teilnahme an einem Austauschprogramm nach Nigeria ein Verständnis für interkulturelles Arbeiten. Dies hilft ihr noch heute bei ihrer Forschung, denn nach wie vor ist Eurozentrismus ein zentrales Problem in der Wissenschaft: Methoden und Theorien sind oft



Anja Osei (mitte) mit Projektgruppe »Do Legislatures Enhance Democracies in Africa«

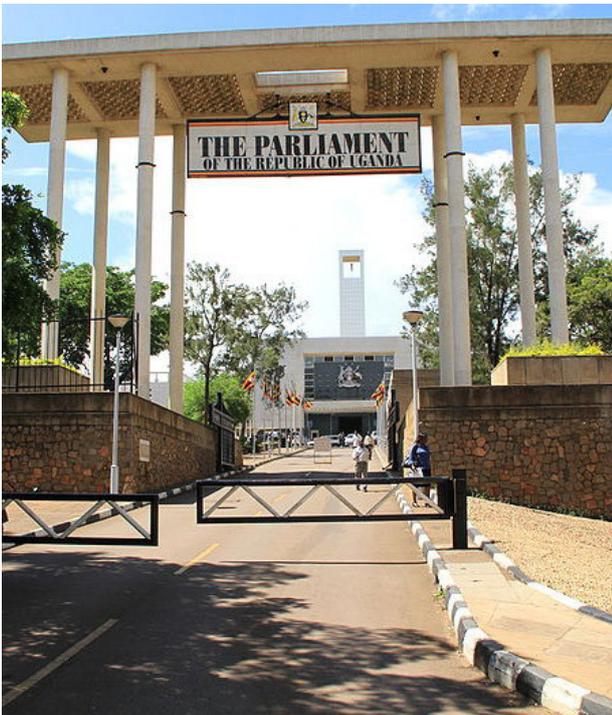
ausschließlich auf europäische Fälle ausgelegt, und Begrifflichkeiten wie »unterentwickelt« wurden in den letzten Jahren kritisiert, da sie Narrative und Vorurteile schaffen. Dabei ist der Fokus auf Europa schon vorhanden, wenn es um die Frage geht, wer vergleichende Politikwissenschaft betreibt und wer nicht: »Jemand, der innerhalb Europas vergleicht, ist Komparatist, und wer innerhalb Afrikas vergleicht, ist Regionalforscher.« sagt Osei. Deswegen wünscht sie sich, dass die vergleichende Politikwissenschaft in Zukunft die Fixierung auf Europa aufgibt und sich auf die Theorie- und Methodenbildung anderer Regionen der Welt einlässt. Denn »vielleicht sind ja gerade die Parteien in Europa aufgrund ihrer Geschichte die Ausnahme und nicht die Regelfälle, von denen wir Regelmäßigkeiten ableiten sollten.«

Was Demokratisierung erschwert

Der Forschungsalltag in Afrika gestaltet sich gelegentlich schwierig, wenn beispielsweise Protokolle von Parlamentsdebatten nicht über die Website der Institution zugänglich

oder gar nicht vorhanden sind. Dies erlebten auch Osei und ihre Partnerinstitute vor Ort, mit denen sie gemeinsam an dem EU-geförderten Projekt »Do Legislatures Enhance Democracy in Africa?« zum Einfluss von Parlamenten auf die Demokratie arbeitet. Beispiele wie Côte d'Ivoire zeigen, dass geeignete strukturelle Bedingungen nicht unbedingt zu stabilen Demokratien führen. Innere Spannungen und Wirtschaftskrisen führten zu gewaltvollen Auseinandersetzungen. Die gängigen Demokratietheorien können somit nicht erklären, warum einige Staaten erfolgreicher im Aufbau demokratischer Strukturen sind als andere. Deswegen untersucht Osei in dem Projekt zusätzlich das Verhalten der Parlamentsmitglieder in sieben afrikanischen Ländern: Benin, Botswana, Gabun, Kamerun, Tansania, Togo und Uganda.

Unabhängig vom Grad der Demokratisierung stellt Klientelismus, also der Tausch von Ressourcen wie Infrastruktur gegen politische Unterstützung, ein Problem dar. So stehen bei Wahlen oft nicht die Politikhalte im Vordergrund. Bei der Befragung der Parlamentarier:innen fand Oseis



Eingang zum Parlament Ugandas

Forschungsteam heraus, dass diese durch die gegebenen Versprechen in eine Art Rollenkonflikt geraten – die Wähler:innen möchten zum Beispiel das versprochene Krankenhaus im Wahlkreis haben, dessen Bau jedoch nicht von dem einzelnen Parlamentsmitglied bestimmt wird. Da aufgrund dessen viele Erwartungen nicht erfüllt werden, wird ein großer Anteil des Parlaments nicht wiedergewählt, was die Politikgestaltung erschwert. In urbanen Regionen wünschen sich viele Menschen der oberen Mittelschicht konkrete Wahlprogramme unterschiedlicher Parteien.

Die wichtigste Erkenntnis des Forschungsprojekts ist bis jetzt, dass innerhalb der politischen Elite eine Art »Kernelite« existiert, die oft über Familienbeziehungen miteinander verbunden ist und einen großen Teil der Machtressourcen für sich beansprucht. In Ländern wie Gabun, in denen die Opposition die Regierung stützt, ist zudem eine enge Kommunikation und Kooperation zwischen den beiden Gruppen zu beobachten. Das Vorkommen dieser kleinen Elite innerhalb der politischen Elite ist unabhängig vom Regimetypp in vielen Ländern vertreten. Vereinfacht lässt sich sagen, dass je stärker diese »Kernelite«

in einem Staat vertreten ist, desto schlechter wirkt sich dies auf die Demokratisierung aus.

»Die Menschen wollen Demokratie!«

In den letzten Jahren beobachtet man weltweit einen Rückgang von Demokratien. Trotzdem sieht Osei eine Welle der Autokratisierung nicht als Trend für Afrika. Nachdem Mitte der 90er Jahre viele demokratische Erwartungen nicht erfüllt wurden, kam es zur Stagnation der Demokratisierungsprozesse. Trotz positiver und negativer Entwicklungen unterschiedlicher Länder sei die Demokratisierung in Afrika insgesamt gleich geblieben. Sie sieht in der Meinungsfreiheit der Menschen einen entscheidenden Faktor für den Erfolg der Demokratie: »Da sehe ich einen qualitativen Unterschied, der auch vor Ort spürbar ist.« Während ihrer Aufenthalte hat sie beobachtet, dass ein großes Interesse an Politik und Mitbestimmung besteht. Für Osei ist die Idee von Demokratie im Sinne von Mitbestimmung universell – unabhängig von ihrer Umsetzung und konkreten institutionellen Ausgestaltung: »Da muss man sich vielleicht auch von bestimmten Vorstellungen lösen.« Denn auch hier gilt wieder, dass Europa nicht der Standard sein sollte, sondern dass sich Länder selbst gestalten müssen. Osei ist überzeugt: »Demokratie hat Zukunft in Afrika und der Welt, weil die Menschen sie wollen.«

Prof. Dr. Anja Osei, 1977 in Wernigerode geboren, ist seit Beginn des Wintersemesters 2022/23 Professorin für Vergleichende Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Politik und Gesellschaft in Afrika am OSI. Sie promovierte 2010 an der Universität Leipzig. Danach hatte sie für zehn Jahre eine Postdoc-Stelle am Lehrstuhl für Internationale Beziehungen und Konfliktmanagement der Universität Konstanz. Seit 2018 leitet sie das EU-geförderte Forschungsprojekt »Do Legislatures Enhance Democracy in Africa« (DLEDA).



BERND LADWIG

Die Moral in der Geschichte

Auch wenn das Weltgeschehen trist erscheint, ist es unsere Pflicht, der Hoffnung zu folgen.

VON BERND LADWIG

Die Geschichte lässt fast immer verschiedene Lesarten zu. Das gilt selbst für das vergangene Jahr, das in mehr als einer Hinsicht schrecklich war. Ein offener Angriffskrieg in Europa, befohlen von dem Verbrecher Putin, der die Ukraine als Staat vernichten will, so etwas hatten viele nach 1945 nicht mehr für möglich gehalten. Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die Demokratie und Rechtsstaat beschädigen, eine Postfaschistin als Regierungschefin in Italien, die AfD mit ihrem völkischen »Flügel« als Volkspartei in allen Neuen Bundesländern: Die Einschlüge kommen näher, und keiner sollte glauben, Demokratie und Rechtsstaat würden von allein standhalten.

Aber nichts davon weist zweifelsfrei auf ein fatales Ende hin. Die Ukrainerinnen und Ukrainer wehren sich mit allem, was sie haben, gegen den russischen Aggressor. Ihr Kampf sollte all diejenigen beschämen, die die Welt gedanklich in Einflusszonen eingeteilt und einzig den Großmächten geschichtsveränderndes Handeln zugetraut hatten. Auch das Freiheitsstreben von Menschen, die sich ihre Verfassung selbst geben und ihre Bündnispartner selbst aussuchen wollen, kann Geschichte machen. Putin hat den Angriffskrieg auch deshalb befohlen, weil er die demokratischen Bewegungen in der Ukraine sowie in Belarus als Herausforderungen für sein trostloses Herrschaftsmodell verstand. Für Xi Jinping ist das viel kleinere Taiwan eine Bedrohung, weil es zeigt, dass Chinesinnen und Chinesen eine rechtsstaatliche Demokratie

aufbauen können. In dem von ihm beherrschten Staat haben Menschen mit dem Mut der Verzweiflung gegen die maßlose Null-Covid-Politik protestiert. In den USA haben die Institutionen dank integrierter Menschen den von Trump aufgepeitschten Putschisten standgehalten. Im Iran fordert eine von Frauen angeführte Bewegung die scheinheilige Herrschaft der Mullahs heraus und legt deren Gewaltkern bloß.

Revolution als Geschichtszeichen

Keiner kann wissen, wie die Geschichte ausgehen wird. Weissagung ist keine wissenschaftliche Kompetenz. Der geschichtsphilosophische Glaube, die Entwicklung folge einem objektiven Plan der Vernunft, hat auch schon bessere Tage gesehen. Aber eben weil unsere Einstellungen und Anstrengungen wichtig sind, sollten wir die Hoffnung auf einen guten Ausgang nicht vorschnell aufgeben. Dafür spricht ein Argument des Philosophen Immanuel Kant. Zwar können wir nicht erkennen, wie die Geschichte weitergeht. Wissen könnten wir aber, was richtig und gerecht ist. Für Kant war dies die Idee eines rechtlich gesicherten Friedens, der Willkür im Inneren der Staaten wie zwischen den Staaten für immer ausschliesse.

Auf einen solchen »ewigen Frieden« hinzuwirken, sei unsere Pflicht. Weil wir dies aber wüssten, stehe es uns nicht frei, wie wir die Geschichte auslegen. Wir müssten in ihr nach Anzeichen suchen, dass die moralische



Proteste in Taipei im März 2022

Hoffnung auf eine Herrschaft des Rechts nicht vergeblich ist. Wann immer wir ein geschichtliches Ereignis auf mehr als eine Weise auffassen könnten, müssten wir es im Einklang mit der Vorstellung eines vernünftigen Fortschritts der Menschheit deuten.

Das für Kant wichtigste Ereignis war die Französische Revolution. Sie bot ihm das Beispiel eines Volkes, das sich eine gerechte, republikanische Verfassung zu geben versuchte. Eine solche Verfassung könnte zum Vorbild auch für andere Staaten werden und zu einem immer weiter reichenden Friedensbund von Republiken führen. Dies, so Kant, sei nicht mehr als eine überschwänglich scheinende Hoffnung. Aber weil sie uns dazu anspornen könnte, unser Bestes zu geben, sei sie zugleich unsere Pflicht.

Kant hat den Freiheitswillen der Französischen Revolutionäre bewundert. Er sah darin ein Geschichtszeichen: Nicht nur die Macht, auch die Moral könne den Lauf der Welt ver-

ändern. Sie könne Menschen dazu bewegen, unter großen persönlichen Gefahren für freiheitliche Verfassungen einzutreten. Der Freiheitskampf eines Volkes werde zum Vorbild für andere Völker, sich willkürliche Beherrschung nicht länger gefallen zu lassen.

Unterwerfung ist nicht bedingungslos

Das soll nicht heißen, dass auch alle Aufständischen von heute im Grunde die gleichen Ziele verfolgten. Der amerikanische Sozialphilosoph Michael Walzer hat den Begriff eines »wiederholenden Universalismus« geprägt. Universal ist demnach die Sehnsucht nach Freiheit und nach einem Leben und Zusammenleben in Würde. Aber weil die Erfahrungen der Menschen und die Traditionen ihrer Gemeinwesen verschieden sind, werden sich auch die genauen Verfassungsvorstellungen voneinander unterscheiden. Auch haben Liberale wie der amerikanische Philosoph John Rawls wohl zu Unrecht vermutet, dass die Menschen ihre persönlichen

und politischen Freiheiten immer wichtiger nehmen werden als alle anderen Grundgüter. Erfahrungsgemäß lassen viele Menschen sich eine autoritäre Herrschaft gefallen, solange sie dafür sicher versorgt werden. Eben deshalb aber ist die Unterwerfungsbereitschaft nicht bedingungslos: Bereits die Französische Revolution begann als Brotrevolte. In ihrem Fortgang hat sie sie dann auch eine Begeisterung für die Freiheit entfacht, die sogar einen so geschworenen Gegner von Revolutionen und Freund friedlicher Reformen wie Kant ergreifen sollte.

Auf Dauer werden die Menschen, um ihrer Würde willen, nach beidem verlangen: nach Zugang zu Brot und nach Freiheit von Willkür. Sie werden weder unbezahlbare Preise für Lebensmittel, Wohnraum oder Medikamente noch Wahlbetrug oder Kopftuchzwang klaglos akzeptieren. Manche Menschen scheinen noch immer zu glauben, wir müssten Sicherheit gegen Freiheit oder soziale gegen bürgerliche und politische Rechte abwägen. Und sie scheinen Autokratien wie China in der ersten Hinsicht mehr zuzutrauen als freiheitlichen Systemen.

Ihren Rivalen überlegen?

Doch selbst dieser einzige Trumpf der Autoritären, ihre Fähigkeit zu schnellen und durchgreifenden Lösungen, sticht nicht, wie gerade Xi in China unfreiwillig gezeigt hat. Lieber ließ er ganze Städte in Gefängnisse verwandeln und das wirtschaftliche Wachstum einbrechen, als im Westen entwickelte Vakzine gegen die Pandemie zuzulassen, die von seinem eigenen Reich ausgegangen war. Die Härten waren so groß, die Entbehrungen so drückend, dass schließlich Menschen unter Todesgefahr gegen die Pandemie-Politik protestierten. Die kommunistische Partei, die keinen Widerspruch gewohnt war, reagierte darauf mit einem abrupten Kurswechsel. Jetzt kann das Virus sich in einer unzureichend

geimpften Bevölkerung frei ausbreiten und viele Todesopfer fordern. In den westlichen Staaten ist es dagegen endemisch geworden und die Pandemie fürs Erste überwunden.

Wir können, wenn wir wollen, auch dies als Geschichtszeichen lesen. Warum sollten die freiheitlichen Systeme, wenn sie in der Pandemie-Bekämpfung erfolgreicher waren als ihre autoritären Rivalen, nicht auch für die anderen großen Probleme, wie Ungleichheit, Armut, Artensterben und Erderwärmung, überlegene Lösungen finden? Gewiss gibt es dafür keine Garantien. Aber nicht nur sind freiheitliche Systeme im Allgemeinen innovativer und technologisch ihren Rivalen überlegen. Sie verfügen auch über ein Korrektiv, das wiederum schon Kant unverzichtbar vorkam: die Publizität oder Öffentlichkeit. Rechtsstaatliche Demokratien zwingen die Machthabenden dazu, sich vor den Regierten zu rechtfertigen. Diese können ungerechte oder unvernünftige Herrschaft anfechten und hegemoniale Vorstellungen herausfordern. Die Hoffnung ist deshalb nicht unbegründet, dass offene Gesellschaften sowohl technologisch als auch politisch lernfähiger sein werden als autoritäre Systeme. Und weil sie nicht unbegründet ist, sollten wir sie auch hegen.

Prof. Dr. Bernd Ladwig ist Professor für politische Theorie und Philosophie am OSI. Hier studierte er auch schon Politikwissenschaft und promovierte 1999 an der philosophischen Fakultät der HU Berlin. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören Fragen der Menschen- und Tierrechte sowie Menschenwürde und Gerechtigkeit. Er war lange geschäftsführender Direktor des OSI.

HENRY LOHMAR



Auf der letzten Seite

Die lokalen Tageszeitungen stehen wirtschaftlich am Abgrund – Kann eine Transformation gelingen? Ein Krisenbesuch bei der Märkischen Allgemeinen Zeitung und ihrem Chefredakteur Henry Lohmar.

VON COLIN IVORY MEYER

Henry Lohmar tut sich schwer mit Optimismus. Er ist Chefredakteur einer Zeitung, die in den letzten 20 Jahren über 50 Prozent ihrer Auflage verloren hat. Die Märkische Allgemeine Zeitung (MAZ) gehört zu den Tageszeitungen mit den größten Auflagenverlusten in Deutschland. Doch Verluste dieser Größenordnung sind keine Ausnahme, sondern Alltag bei deutschen Lokalzeitungen. Das Printprodukt ist ein Auslaufmodell – eine digitale Transformation ist zwingend notwendig.

Im vierten Quartal 2022 waren aber nur 6.560 der 81.107 verkauften Exemplare der MAZ ePaper. Ist die Transformation zu schaffen? Oder sind wir bei der Geschichte der lokalen Tageszeitungen auf der letzten Seite angekommen?

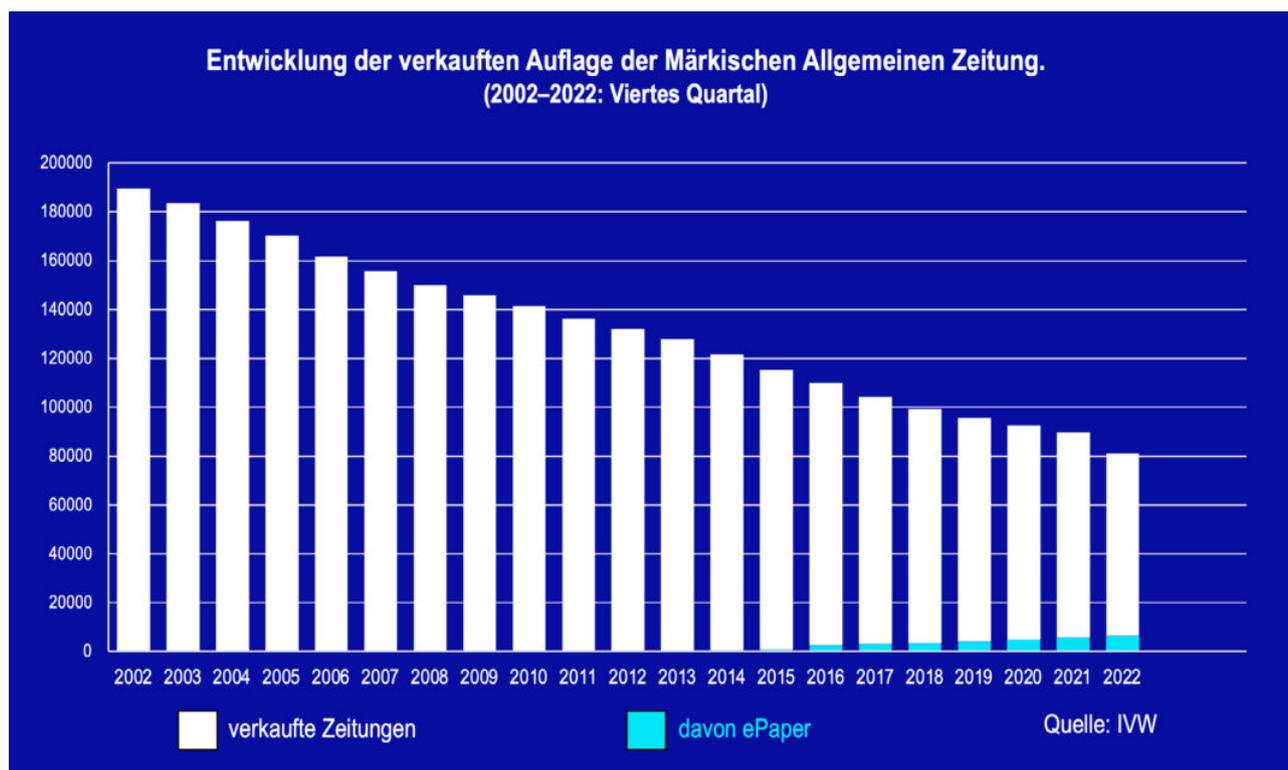
Ein regnerischer Montagabend im Dezember, die brandenburgische Dunkelheit ruht über dem Verlagsgelände an der Friedrich-Engels-Straße. Hier wird die MAZ geschrieben und gedruckt. In einem hell erleuchteten Konferenzraum hat sich eine gemischte Gruppe versammelt. Viele erfahrene, meist freie Journalisten aus Berlin und Umgebung und einige Redaktionsmitglieder der OSI-Zeitung. Die Stimmung ist heiter, doch als Lohmar zu reden beginnt, schwingt eine Note Krisensitzung mit.

Keine gute Nachricht

»Die MAZ hat eines der größten Verbreitungsgebiete aller Lokalzeitungen in Deutschland«, sagt Lohmar, doch das ist keine gute Nachricht.

Denn der westliche Teil Brandenburgs ist dünn besiedelt und vor allem ländlicher Raum. »Die Zustelloogistik für das Printprodukt ist sehr aufwändig – jede Nacht fahren Sprinter zigtausend Kilometer durch Brandenburg«, beschreibt er. Mindestloohnerhöhungen und steigende Spritpreise führen dazu, dass sich die Kosten bei der Zustellung drastisch erhöhen. Eigentlich wollte die Politik hier helfen. Schon die letzte Bundesregierung hatte über eine Zustellförderung beraten, die dann nie umgesetzt wurde. Im Koalitionsvertrag der Ampelregierung wurde diese Absicht erneut verankert – passiert ist bislang nichts. Lohmar hält die Zustellförderung für überfällig: »Es geht um die Sicherung der Presselandschaft in Deutschland. Lokalzeitungen sind systemrelevante Infrastruktur.« Doch über die gravierenden wirtschaftlichen Nöte kann eine politische Stütze nicht hinweghelfen – das weiß Lohmar auch. Gleichzeitig leidet die MAZ wie viele Unternehmen unter der Energiekrise. »Die Druckerei sowie die Papierherstellung sind maximal energieintensiv«, erklärt Lohmar. Außerdem ist der für die Papierherstellung zentrale Holzpreis infolge des Kriegs in der Ukraine deutlich gestiegen.

Das Material, die Produktion und die Zustellung sind teurer geworden. Die MAZ könne »diese Kosten nicht 1:1 weitergeben«, sagt er, denn die Leser akzeptieren keine ständigen Abo-Preiserhöhungen. In Anbetracht generell steigender Preise fragen sich die Leser wahrscheinlich eher, ob sie sich das Abo noch leisten können.



Auflagenentwicklung der MAZ in den letzten 20 Jahren.

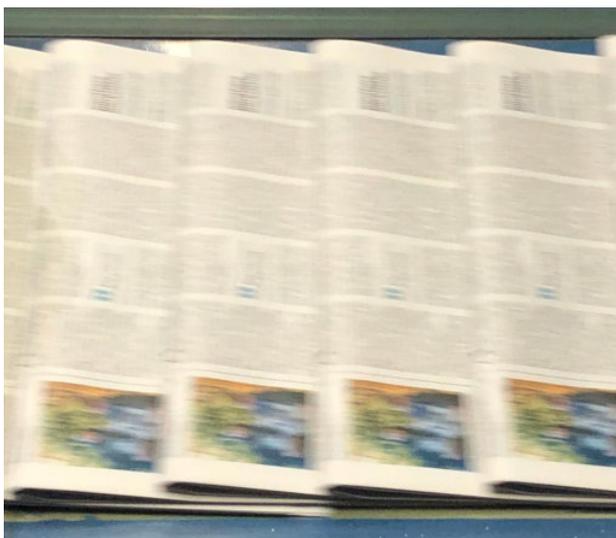
Zusätzlich macht Lohmar »die presseähnliche Berichterstattung des RBB im Internet« zu schaffen. Der Sender halte sich nicht an den Rundfunkstaatsvertrag, indem er »textlastige aktuelle Beiträge ohne direkten Sendebezug veröffentlicht.« Ein solches gebührenfinanziertes, digitales Konkurrenzangebot schade der MAZ erheblich.

Hinter den aktuellen Krisen der MAZ liegt außerdem ein grundsätzlicheres Problem: Die Überalterung der Leserschaft. »Die durchschnittlichen Printleser befinden sich in den Alterskohorten 60 bis 70 Jahren und aufwärts. Das ist bei fast allen Tageszeitungen in Deutschland so«, erzählt Lohmar. Er fügt hinzu: »Ich wünsche den Printabonnenten ein sehr, sehr langes Leben, aber die Wahrheit ist: Da wächst nichts nach. Junge Menschen abonnieren in der Regel keine gedruckte Zeitung.« Sie müsse man auf digitalem Weg erreichen. Das erste Problem dabei ist die Demografie. Aktuelle Zahlen des Berlin-Brandenburger Amtes für Statistik zeigen,

dass im Verbreitungsgebiet der MAZ deutlich weniger Jüngere leben als im bundesdeutschen Durchschnitt. Das Produkt trifft auf einen kleinen Markt.

Die Logik der Transformation

Lohmar glaubt, »es wird immer eine Nachfrage nach lokalen Nachrichten geben« und ist überzeugt, dass lokale Nachrichten der Schlüssel zum digitalen Erfolg sind: »Die Information, warum die Straße in Kyritz, die sie täglich benutzen, schon wieder gesperrt ist, bekommen sie eben nur bei uns.« Die MAZ bietet seit Jahren E-Paper-Abonnements an, deren Verkaufszahlen auch kontinuierlich steigen. Doch der Abwärtstrend der Gesamtauflage ist ungebrochen. Laut Lohmar liegt es auch daran, dass viele Verlage Ende der Neunziger, Anfang der Zweitausender Inhalte gratis im Internet zugänglich machten. Die Einstellung, dass digitale Nachrichten kostenlos sein sollten, hält sich hartnäckig, aber er sieht eine zunehmende Zahlungsbereitschaft.



Fertige MAZ-Exemplare werden zum Versand gebracht. Viele von ihnen haben einen langen Weg vor sich.

Daten zur Zahl der Abonnenten des Digitalzugangs »MAZ+« veröffentlicht die Zeitung momentan jedoch nicht. Um neue User anzuziehen, will Lohmar »dahin gehen, wo die Leute sind. Und die sind nunmal in den Social-Media-Feeds.« Es gibt Facebook-Gruppen der MAZ zu Müllecken im Potsdamer Umland und zu Wildschweinen in Brandenburg. Dort sollen die Nutzer auf Angebote der Zeitung stoßen. Ob das reichen wird? Man sieht Lohmar seine Zweifel an.

Der rasante Wandel zum Digitalen hat in der deutschen Zeitungsbranche viele überrascht. Der Tagesspiegel reagierte im Dezember mit einem Relaunch, bei dem die Zeitung auf das halbe Druckformat schrumpfte und gleichzeitig ihr redaktionelles Angebot massiv ausweitete. Die taz kündigte schon 2018 an, in einigen Jahren den Druck der Werktagsausgabe einzustellen und nur am Wochenende auf Papier zu erscheinen. Lohmar beobachtet diese Entwicklungen genau und versucht daraus, Lehren für die Zukunft seiner Zeitung abzuleiten. Denn: »Das Produkt, das wir haben, ist ja eigentlich nicht vom Medium abhängig«, stellt er fest. Schritte, wie sie sich bei der taz abzeichnen, könnten auch bei der MAZ die Produktions- und Zustellkosten erheblich senken. Das Problem einer schwindenden Leserschaft aber bleibt.

Ob sich die MAZ durch die digitale Transformation retten kann und wie viel Zeit ihr bleibt, ist unklar. Die Probleme, die Lohmar und die Zeitung plagten, scheinen riesig, die Lösungsansätze bis dato eher zwergenhaft.

Ein Stockwerk tiefer

Nachdem Lohmars Vortrag vorbei ist, geht es in die Druckerei ein Stockwerk tiefer. Hier führt uns Thomas Reiche, der die Produktion leitet, zum mehrstöckigen, bläulichen Stahlkoloss: Die Rotation. Es riecht nach Farbe, und Industrielärm dröhnt durch die Halle. Eine kleine Gruppe von Mitarbeitern in Blau-männern schwirrt herum, entnimmt einzelne MAZ-Exemplare und beobachtet Kontrollpanels. Auf der anderen Seite der Maschine sind Unmengen an Druckpapierrollen aufeinander gestapelt. Die Zylinder ragen bis zur Decke der Lagerhalle, auf die man von einer Plattform herabschaut.



Die Rotation fertigt tausende Ausgaben in kürzester Zeit an.

An der ein oder anderen Stelle kann man zwischen dem blauen Stahl die mit rasender Geschwindigkeit durchlaufenden Zeitungsseiten erkennen. Reiche beeindruckt mit seinem technischen Spezialwissen und amüsiert mit seinem trockenen Humor. Er ist in seinem Element – bei seinem Produkt. Doch auch die Zukunft seiner Branche ist unsicher: Was produziert eine Pressedruckerei nach der digitalen Transformation der Zeitungsbranche?

Eins scheint in Redaktion und Druckerei klar zu sein: Der Tag, an dem die letzte Auflage gedruckt, die letzte Seite gelesen und die letzte Ausgabe im Papierkorb landet, wird kommen. Wie und ob es dann weitergeht, wird sich zeigen.

Henry Lohmar ist Chefredakteur der Märkischen Allgemeinen Zeitung mit Sitz in Potsdam. Sie gehört zum Madsack-Konzern und damit auch zum Redaktionsnetzwerk Deutschland. Lohmar studierte von 1991 bis 1996 am OSI und war währenddessen für die OSI-ZEITUNG, aber auch schon für FAZ und Tagesspiegel tätig. Nach dem Studium begann seine Laufbahn bei der MAZ: Erst Volontär, dann Politikredakteur, später Newsdeskchef und seit 2019 in seiner heutigen Position.



T W I T T E R :
@osi-zeitung



ALICE BRAUNER



Die Filmokratin

Die Filmproduzentin und Journalistin Alice Brauner über die demokratische Kraft des Films und die Verantwortung eines großen Vermächnisses.

VON TILL HENNIGES

Die Wände der Büroräume der CCC Filmkunst zieren unzählige Filmposter, die die über 75-jährige Erfolgsgeschichte der Filmproduktionsfirma erzählen und geballt, wie ein gewaltiges Vermächtnis, einen jeden Besucher ein wenig einschüchtern.

Für Alice Brauner hingegen sind sie eine Herausforderung. Einer ihrer ersten Sätze lautet: »Ich hoffe, dass ich eines Tages nicht mehr nur als die Tochter meines Vaters wahrgenommen werde. Ich möchte als Alice Brauner gesehen werden.« Als Kind einer Berühmtheit fällt es meistens schwer, aus dem Schatten der Eltern zu treten. Doch wo Vision und Selbstbewusstsein zusammentreffen, kann dieser Schritt gelingen. Alice Brauner ist seit 2019 die Geschäftsführerin der Central Cinema Company, kurz CCC Filmkunst. Die bis nach Hollywood bekannte Filmproduktionsfirma wurde von ihrem Vater, Artur 'Atze' Brauner, nach gelungener Flucht als Jude vor den Nationalsozialisten im Jahr 1946 in West-Berlin gegründet.

Bereits Ende der 40er Jahre versuchte er, mit seinen Filmen das Verbrechen der Nationalsozialisten am Judentum zu thematisieren – so gleich 1948 mit dem Spielfilm »Morituri«, der an der Kinokasse ein Riesenflop wurde. Keiner wollte zu dem Zeitpunkt die noch so nahe, tragische Vergangenheit vor Augen geführt bekommen. Daher fügte er sich nach dieser Erfahrung, dem nach dem Zweiten Weltkrieg aufgekommenen Verlangen nach Eskapismus, Leichtigkeit und Unterhaltung.

Zu den bekanntesten Produktionen gehören mehrere Karl-May-Verfilmungen oder das 1972 Oscar-gekürte Drama »Der Garten der Finzi Contini«. Individuell, aber auch mit der Firma nahm er sich zum Ziel, Wiederaufbau und die Demokratisierung Deutschlands zu unterstützen.

Wie aber kann der Film zur Stärkung der Demokratie beitragen? Über diese Frage, die Firma und ihren persönlichen Werdegang habe ich mich mit Alice Brauner unterhalten.

Ohne Film geht auch nicht

Ihre Kindheit war geprägt vom Film. Sie sagt, er sei »genetisch, mit der Muttermilch eingesogen worden«. Von klein auf habe sie Drehbücher gelesen und Rohschnitte gesehen. Die Gäste des Hauses hießen nicht Karl und Lieschen Müller, sondern Helmut Kohl, Hans-Dietrich Genscher und Romy Schneider. Schon als Jugendliche war Brauner besessen von »einer fast ungesunden Neugierde an Dingen« und brannte für das Schreiben und den Journalismus.

Ihr damaliges Vorbild: Die italienische Kriegsreporterin Oriana Fallaci, die für ihre direkten und konfrontativen Interviews bekannt war. Nach ihrem Geschichts-, Politikwissenschafts- und Romanistikstudium, unter anderem am Otto-Suhr-Institut, schlug Brauner den Weg in den Journalismus ein, denn im Hinterkopf pochte der Spruch ihrer Mutter:



Alice Brauner vor ihrem Filmstudio, das 1946 ihr Vater Artur Brauner gründete

»Mach was anderes als dein Vater, das gibt sonst eine riesige Schattenproblematik.«
Doch so sollte es kommen.

2005 folgte sie dem Hilferuf ihres Vaters: »Du musst jetzt in die Firma kommen. Du kannst nicht alles das fallen-, kaputt- oder nieder-gehen lassen, was ich aufgebaut habe«, und sie wusste, dass es bei erfolgreichen Männern, wie ihrem Vater, nur zwei Meinungen gab: »seine und die falsche.« Fortan war sie im Filmproduktionsgeschäft tätig, allerdings sei es »schwierig, innerhalb der Familie zusammenzuarbeiten.« Als ihr Vater 2019 starb, übernahm die heute 57-jährige die Geschäftsführung und leitet die Firma seither selbstbewusst, gut vernetzt und stets mit eigener Note. Zwar wurde sie anfangs noch – wie ihre Mutter es prophezeite – vom Vater als »Marionette« benutzt, der sie als »jüngere Version von ihm an die Front« schickte. Trotz der harten Gangart ihres Vaters schätzt sie ihn sehr und ist seinem Erbe verpflichtet: »Ich hatte von Anfang an auch meinen eigenen Weg. Aber mein Versprechen bleibt, alle

paar Jahre einen Film zu machen, der den Opfern des Holocaust gewidmet, gegen das Vergessen oder für Toleranz ist.«

Demokratie auf dem Prüfstand

Die Stärkung der Demokratie ist auch für Alice Brauner, die parallel als Journalistin arbeitet und ein kritisches Auge auf das Weltgeschehen behält, zwingend erforderlich: »Demokratie ist, meines Wissens nach, die beste Regierungsform, die es gibt.« Doch der aktuelle Zustand der Demokratie besorgt sie: »Denn sie hat Auswüchse in falsche Richtungen, die dazu führen, dass sie sich selbst untergräbt.« Als Ursachen jener Auswüchse führt Brauner »soziale Ungerechtigkeiten und unter Umständen mangelnde Toleranz, die zu undemokratischen Reaktionen führen« auf, was ihrer Meinung nach von der Politik besser gesteuert werden muss.

Und aus eben diesen Ungerechtigkeiten und der Intoleranz resultieren ihrer Meinung nach auch »psychologische Effekte«, die dazu führen, dass jene, die sich zurückgelassen fühlen, hinter Einzelnen versammeln und

Zusammenschlüsse formen, in denen sie sich geborgen glauben: »Alle kritisieren diese Leute, aber was tun wir diesen Menschen an, und wie kann Demokratie funktionieren, wenn sie sich als Abgehängte, Unterdrückte und niemals in der Erfolgsspur wöhnende Menschen empfinden?« Dort macht die Demokratie für Brauner zu viele Fehler, und dieses Phänomen sei weltweit aufzufinden. »Wir sehen alle, dass mit Leuten wie Bolsonaro oder Trump die demokratischen Systeme wirklich ins Trudeln und Wackeln geraten. Und immer, wenn es soziale Ungerechtigkeiten gibt, möchte man einen starken Mann oder eine starke Frau, die autoritär von oben nach unten regieren und populistisch versprechen, dass alles besser wird, und dass diese Ungerechtigkeiten aufhören.« Sie empfindet das als eine Farce, da diese komplexen Probleme viel früher hätten beseitigt werden können, nun aber in der Abkehr von Demokratie enden: »Die suchen sich dann irgendeine Gruppe, ob Sekte, Scientology oder eben Rechtsextremisten. Hauptsache, sie fühlen sich irgendwo aufgehoben.«

Für Brauner ist die Uhr der Demokratie aber keineswegs abgelaufen. Vielmehr fordert sie »andere Lösungsansätze, um die Demokratie zu retten«. Sie fordert, dass sich Politik und Gesellschaft in jene sozialen Gruppen hineinversetzen und erörtern, woher das Gefühl des Abgehängtseins stammt. »Wenn wir nicht wirklich soziale Ungerechtigkeiten auf der Welt verändern, dann bekommen alle Demokratien ein großes Problem.«

Mut zu neuen Lösungsansätze

An dieser Stelle könnte der Film, ihrer Meinung nach, eine entscheidende Rolle spielen, denn der Film ist für sie »das beste Medium, um zu berühren und Diskussionen anzustoßen und anzuregen.« Ihre These belegt sie anhand der Vorfälle, bei denen jüdischen Männern bei antisemitischen Angriffen die Kippa vom

Kopf gerissen wurde. Da würde das aktuelle Strafreglement nichts verändern: »Ich würde viel lieber einen Therapieansatz entwickeln, der auf folgendem basiert: »Du machst jetzt zwei Jahre Therapie, und du hast währenddessen die Verpflichtung, jede Woche einen Film zu sehen, der den Opfern des Holocaust gewidmet ist.« Und wir diskutieren anschließend in der Gruppentherapie anderthalb Stunden darüber. Das wäre meines Erachtens der klügere Lösungsansatz als der dreihundertfünzigtausendste Antisemitismusbeauftragte.«

Sie verweist auf den Film »Crescendo #makemusicnotwar« – ihren bisher »politisch wichtigsten.« Der Film zeigt den israelisch-palästinensischen Dauerkonflikt in einem Mikrokosmos, nämlich einem Orchester, bestehend aus israelischen und arabischen Jugendlichen und versucht, ein ausgeglichenes Verständnis beider Seiten zu generieren. Der israelisch-palästinensische Konflikt war sowohl im fertigen Film als auch bei seinem Entstehen hinter und vor der Kamera zu erleben. Während zu Beginn der Dreharbeiten Stille und Anspannung herrschten, lagen sich am letzten Drehtag alle in den Armen und weinten.

Es ist übrigens der erste Film der jüdisch geführten Filmproduktionsfirma CCC Filmkunst, der in Israel nicht gezeigt wurde. Es fand sich kein Verleih dafür.

»Dieser Film soll zeigen, dass Menschen, wenn sie gegenseitig Verständnis füreinander aufbringen, sehr wohl miteinander funktionieren können, und dass das zu einer besseren Demokratie führen könnte. Ich bin der ganz festen Überzeugung, dass Filme über viele Themen, die man sonst nicht versteht, zu einem besseren Verständnis führen.«

Die Kraft des Films

Für Brauner muss der Film politisch sein, darf aber gerne auch darüber hinausgehen. Der Bildungsauftrag ist für sie zentral.

Ganz im Sinne des Romans »The Film Club« von David Gilmour, in dem ein jugendlicher High-School-Dropout seine Bildung anhand von drei Filmen pro Woche erhält. Brauner ist von der Kraft und Aufgabe des Bewegtbilds überzeugt: »Meine DNA besteht darin, Arthouse-Filme zu erzählen, die eine wichtige Aussage haben, egal, ob das eine politische Aussage, eine menschliche, eine universelle, eine kulturelle Aussage ist oder im Sinne eines Bildungsauftrags. Hauptsache, der Film hat eine Aussage. Ich habe noch nie einen Film ohne gemacht.«

Sie gibt aber auch zu bedenken, dass sie dank ihres Vaters eine privilegierte Stellung hat. Die Firma befindet sich im 76. Jahr ihres Bestehens und basiert – neben der Filmproduktion – auch auf weiteren Säulen wie der Vermietung der eigenen CCC Filmstudios, die seit

2015 von Alice Brauner umfassend saniert wurden und in denen heute unter anderem die Serien »Das Damengambit« oder »Dark« für Netflix gedreht werden.

Die Zeit und das Geld, Herzensprojekte in Angriff zu nehmen, sind den meisten Produktionsfirmen aber nicht vergönnt. Dieser Stellung ist sich Brauner sehr bewusst. Sie versucht sie zu nutzen, persönlich wie gesellschaftlich: »Ich versuche auch neuere Wege zu gehen. Wenn ich den Holocaust thematisiere, dann nicht mit der Holzhammer-Methode wie bei meinem Vater. Da muss man nicht jede Brutalität und jedes schreckliche Detail sehen, sondern es ist psychologisch viel subtiler erzählt. Ich möchte sein Vermächtnis und sein Studio weiterführen, aber auf meine Art.«

Dr. Alice Brauner, geboren 1966, leitet die Filmproduktionsfirma CCC Filmkunst und ist Journalistin. Anschließend an ihr Geschichtsstudium an der FU Berlin, mit den Nebenfächern Politikwissenschaft und Romanistik, volontierte sie beim »Spandauer Volksblatt«. 1999 promovierte sie bei Wolfgang Benz an der TU Berlin mit dem Thema: »Antidemokratische und antisemitische Tendenzen in der Neuen Rechten in Deutschland«. Sie moderierte unter anderem Talkshows für »tv.berlin«, »n-tv« und »phoenix«. Außerdem arbeitete sie für Steven Spielbergs Stiftung »Survivors of the Shoah Visual History Foundation«. Seit 2005 ist sie in der von ihrem Vater gegründeten Filmproduktionsfirma tätig und seit 2019 ihre Geschäftsführerin.



BJÖRN BÖHNING

Filmwelt auf Politologisch

**Nach zwanzig Jahren Politik wagt Björn Böhning einen Genrewechsel.
Wer ist er, und was will der Cheflobbyist der deutschen Filmwirtschaft?**

VON SOFIE EIFERTINGER

Björn Böhning betritt sein Altbau-Büro in Berlin-Mitte. Die Wände sind frisch in zwei Grüntönen gestrichen, auf der Kommode steht ein Tablett Süßigkeiten, es wird Tee serviert und bestes Wasser getrunken. Von seiner Frau Nancy Böhning, Gleichstellungsexpertin, heute bei der IG Metall tätig, komme die Auswahl des Wassers – sie kenne sich da aus. Björn Böhning war oft der Jüngste: mit 26 Juso-Chef, mit 32 Chef der Senatskanzlei, mit 39 Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales – mit inzwischen 43 Jahren kam er an die Spitze der Deutschen Produzentenallianz.

20 Jahre ging die Etappe in der Politik auf höchster Ebene. Die Pandemie brachte ihn an einen Wendepunkt: Möchtest Du immer in der Politik bleiben? Wenn Du da bleiben möchtest, bist Du bereit, nur wegen der Politik, beispielsweise als Staatssekretär oder Minister in eine andere Stadt zu gehen?

Beides habe er für sich erst einmal ausgeschlossen. Es gäbe wenig gute Ausstiegsszenarien in der Politik. Auch einmal etwas anderes zu machen, das hat ihn gereizt.

Daher: Genrewechsel für die nächsten 20 Jahre, die nächste Staffel des Life of Böhning in einer Branche, die ihm immer schon lag, einer, die auch und vielleicht sogar noch ein bisschen mehr Spaß macht: die deutsche Filmwirtschaft. Als Geschäftsführer der Allianz Deutscher Produzenten – Film & Fernsehen e.V. steigt er mitten in der Pandemie ein. Die Staatsministerin für Kultur und Medien Claudia Roth vertagt angesichts der

»pandemiebedingten volatilen Situation der Filmwirtschaft« die Filmförderungsreformen 2025. Als einer der wenigen der Branche sieht Böhning diese Verschiebung positiv. Die Pandemie habe die Kreativität und das Nachdenken über gesellschaftliche und ökonomische Situationen geschärft. Die Anfälligkeit globaler Gesellschaften sei deutlicher geworden, und Fragen von Resilienz und Deglobalisierung werden neu beleuchtet.

Fast zynisch sei dieser positive Effekt der Krise, aber für gesellschaftliche Dialoge sei es eine gute Zeit. Mit einer verlängerten Nachdenkfrist könnte auch klarer werden, dass sich Filmförderung heute unabhängiger machen muss von der klassischen Filmdistribution, die bislang ohne Auswertung im Kino nicht gedacht wird. Und, dass Streaming auch bei der Verpflichtung zur Investition stärker in die Pläne einbezogen werden muss.

Darüber hinaus merkt Björn Böhning auch an, dass die Filmwirtschaft schon vor Roth eigene gesellschaftspolitisch relevante Aktionen gestemmt hat, wie die »Green Shooting«-Initiative für Nachhaltigkeit in der Filmwelt. Dabei ist Filmpolitik heute extrem komplex. »Als das Filmförderungsgesetz erfunden worden ist, haben sich einige Produzenten in einer konzentrierten Aktion zusammengesetzt, es der Politik vorgeschlagen, und die Politik hat gehandelt. So ist das in der früheren Zeit gelaufen. Im heutigen Multistakeholder-System ist so etwas komplizierter«, erklärt Böhning. Mit »Pfadabhängigkeiten« kennt Böhning sich aus. In seiner Diplomarbeit von 2004

untersuchte er die Pfadabhängigkeit deutscher Gesundheitspolitik. Genauer: Bei der 92er Gesundheitsstrukturreform prüfte er, ob ein tatsächlicher Pfadwechsel vorlag – oder nicht doch eher eine Veränderung in Form einer das System weiterentwickelnden Reform. Welchen Pfad aber beschreitet die deutsche Filmpolitik?



Sofie Eifertinger trifft Björn Böhning im Dezember in Berlin

Mit den amerikanischen Majors, den großen US-Streaming-Konzernen, stehen die deutschen Produzent:innen im Ring: »Da kämpfen wir jeden Tag«, entfährt es Böhning, und er wirkt dabei kurz ein wenig erschöpft. Es gebe ja aus Brüssel eine Investitionsverpflichtung, die die nationalen und internationalen Mediendienste-Anbieter zu einem finanziellen Beitrag zur Produktion europäischer Werke verpflichten kann. »Wenn Deutschland diese Chance nicht ergreift, dann werden wir sehen, dass noch weniger deutsche Inhalte und Produktionen weltweit gesehen werden, weil die Budgets dann woanders hingehen.

»Das wäre aus meiner Sicht für den Kultur- und Produktionsstandort Deutschland eine Katastrophe«, befürchtet er. Die Entscheidungen der Politik haben indes nicht selten einen maßgeblichen Einfluss auf die Filmindustrie – ein Wirtschaftszweig, der jährlich einen Umsatz von etwa 5 Milliarden Euro macht. Der finanzielle Druck auf die Produktionsunternehmen ist enorm, während

zugleich der »Standort Deutschland als einziger Standort der ganzen Erde« durch die Pandemie hindurch produziert habe. Von einem Wir spricht Böhning dabei, denn er war damals noch Staatssekretär im Arbeitsministerium, das viele Branchen dabei unterstützte, durch die Krise zu kommen. Über seine Arbeit in der Filmindustrie möchte der Politologe politische Diskurse transportieren, und so jenseits der Berliner-Bubble, »die sowieso alles Infotainige konsumiert«, politische Bildung mit den Mitteln der Fiktion auch in die breite Bevölkerung transportiert wissen. »Hier kann Filmförderung wirken, indem sie Nachwuchsproduktionen und auch sperrige Stoffe, die von gesellschaftlichem Interesse sind, in der Breite fördert.« Er möchte die Marktsituation derart beeinflussen, dass die großteils mittelständischen Filmunternehmer:innen wieder Mut schöpfen können. »Jemand der ängstlich ist, weil er überlegen muss, wie er die nächsten fünf Monate überlebt, wird nicht innovativ sein. Jemand, der mehr Freiheit und Raum für Kreativität hat, wird mutiger sein.«

Die Farbe Grün, die in Böhning's Büro die Wände ziert, gilt vielen als Farbe der Durchsetzungskraft und Beharrlichkeit. Böhning wird beides brauchen können.

Björn Böhning ist seit Mai 2022 Hauptgeschäftsführer der Allianz Deutscher Produzenten – Film & Fernsehen. Nach dem Zivildienst absolvierte er von 1999 bis 2004 am OSI ein Studium der Politikwissenschaft, das er mit dem Diplom abschloss. Er engagierte sich bei den Lübecker Jusos und stieg 2004 zum Bundesvorsitzenden der Nachwuchsorganisation auf. Im Parteivorstand der SPD legte er von 2005 bis 2011 seinen Schwerpunkt auf sozialstaatliche Entwicklungen. 2011 übernahm er in Berlin das Amt des Chefs der Senatskanzlei und wurde 2018 zum Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales ernannt.



FRANK HARTMANN

Ein klareres Bild voneinander bekommen

**Warum eine Mischung aus Kooperation und Kritik seine Tätigkeit bestimmt.
Der deutsche Botschafter in Ägypten Frank Hartmann.**

VON LAURA VOSSEN

Als Frank Hartmann sein Studium der Internationalen Beziehungen sowie der China-Studien am OSI abgeschlossen hatte, zog er mehrere Karrierewege in Betracht: politische Stiftungen, NGOs und das Auswärtige Amt (AA). Wenn man ihn heute fragt, wieso er sich für die Diplomatie entschieden hat, dann sagt er locker: »Das AA hat dann halt geklappt«. Also trat er 1993 in Bonn in den Auswärtigen Dienst ein.

Hier hangelte er sich die Karriereleiter hoch. Er startete als Referent des Koordinators für transatlantische zwischengesellschaftliche, kultur- und informationspolitische Zusammenarbeit, wurde erster Sekretär in der Deutschen Botschaft in Peking und im AA in Berlin, wurde Kabinettschef des EU-Sonderbeauftragten für Bosnien und Herzegowina in Sarajewo, Leiter des Referats Nah- und Mittelost, Afrika, Asien, Lateinamerika im Bundeskanzleramt, wurde Krisenbeauftragter im AA und ist nun Deutschlands Botschafter in Ägypten. Angesichts seiner Spezialisierung auf den asiatischen Raum im Studium mag man sich wundern, was Hartmann nun in den arabischen Raum gebracht hat und wo seine Qualifikationen dafür liegen. Nach einem Schluck Kaffee sitzt er zurückgelehnt im Sessel und argumentiert gelassen, dass hier besonders die einheitlichen Strukturen des AA helfen und natürlich die politische Grunderfahrung, die er über die Jahre gesammelt hat. Zudem hat er als Krisenbeauftragter im AA mit sehr vielen verschiedenen Ländern zusammengearbeitet und als Referatsleiter im Kanzleramt seine Länderkenntnisse

signifikant erweitert. Dabei ist der Bezug zur lokalen Bevölkerung und den realen Lebensbedingungen der Menschen besonders wichtig. Auch wenn Zamalek zu den gehobenen Stadtteilen Kairo gehört, so bemüht sich Hartmann, integriert in der Stadt zu leben und nicht abgeschottet in der Botschaft. Schon von außen lässt sich kaum ein Blick auf das Gebäude der Botschaft erhaschen, und auch den Eingang muss man suchen. Ähnlich ist es von innen. Wenn man in Hartmanns Büro sitzt, hat man zwar einen schönen Ausblick auf eine große Dachterrasse, aber von Kairo sieht man wenig. Auch privat reist er durch Ägypten, wie erst vor kurzem zum Sinai-Katharinenkloster, um das Land aus einer anderen Perspektive als der des Botschafters kennenzulernen. Angefangen, den ägyptischen Dialekt zu lernen, hat Hartmann auch, musste dies jedoch nach Ankunft in Ägypten aus Zeitmangel aufgeben. Er hofft, bald wieder mehr Zeit für Sprachkurse aufbringen zu können – immerhin ist Sprache eine essentielle Grundlage zur kulturellen Teilhabe. Seit August 2021 ist Hartmann deutscher Botschafter in Ägypten – sein erster Botschafterposten. Auch wenn es – wie bei Diplomaten üblich – nur vier Jahre sind, so möchte er die Zeit effizient nutzen, insbesondere in den Bereichen nachhaltige Entwicklung, Kultur und Bildung sowie der Stärkung der Zivilgesellschaft. Dass Kairo für ihn mehr als nur ein Zwischenstopp ist, merkt man auch an der Atmosphäre in der Botschaft – offen, vertraut und harmonisch. Gerne möchte er auch das Bild der beiden Länder voneinander verändern.



Laura Vossen im Gespräch mit Frank Hartmann in der deutschen Botschaft in Kairo

Denn in Deutschland herrscht oft noch ein sehr negatives Bild von Ägypten, während Deutschland in der ägyptischen Gesellschaft stark romantisiert wird. Hier gelte es, durch kulturellen Austausch Stereotypen abzubauen. Hartmann wünscht sich auch Mut zur Kritik, denn für ihn geht eine gute Kooperation auch immer mit Kritik einher. Und so möchte er sich weiter für die Stärkung von Menschenrechten einsetzen und appelliert, dass die Regierung der Zivilgesellschaft »Luft zum Atmen lassen« muss. Bei der Zusammenarbeit gibt es viele Herausforderungen, wie erst kürzlich auf der COP 27 deutlich geworden ist. Diese Konferenz ging nämlich weit über den Klimaschutz hinaus: Deutschland hat sich hier stark für Menschenrechte eingesetzt, denn für Hartmann gibt es Klimaschutz nur mit einer starken Zivilgesellschaft. Daher wurde versucht, Menschenrechtsaktivist:innen auf der Klimakonferenz eine Stimme zu geben. So ist die Schwester von Abdel Fattah, einem inhaftierten politischen Aktivisten und Regimekritiker, angereist und hat auf der Konferenz weiter die Freilassung ihres Bruders gefordert. Doch Hartmann ist auch bewusst, dass die Klimakonferenz primär symbolisch war, und dass die Arbeit nun erst wirklich anfängt. Denn auch wenn die Klimakonferenz viel internationale Aufmerksamkeit nicht nur auf den Klimawandel, sondern auch auf die Menschenrechtsprobleme in der

Region geschaffen hat, so sei dadurch noch keine nachhaltige Verbesserung erreicht.

Herausfordernd bleiben auch die Beziehungen zu Israel, gerade nach der Bildung der neuen Regierung. Auch wenn Ägypten und Israel bereits einen langen Weg hinter sich haben, so sagt Hartmann, sieht man hier zwar Kooperation, aber keine Versöhnung. Als Botschafter steht Hartmann natürlich zu freundlichen Beziehungen zu Israel, bemängelt aber auch die starke Zurückhaltung, die in Deutschland noch immer vorherrscht, Israel wo nötig auch zu kritisieren. Israelische Politik zu kritisieren, könne und sollte nicht mit Antisemitismus gleichgesetzt werden. Mit der Vergangenheit muss umgegangen werden, aber es ist wichtig, den Fokus auf die Gegenwart dabei nicht zu verlieren – und auch hier gilt wieder: eine Mischung aus Kooperation und Kritik.

Frank Hartmann wurde 1965 in Aachen geboren. Von 1986 bis 1993 studierte er Internationale Beziehungen sowie China-Studien an der FU und absolvierte ein Auslandsjahr an der Chinesischen Universität in Hongkong. 1993 ist er in Bonn in den Dienst des Auswärtigen Amtes eingetreten und nach mehreren Stationen im In- und Ausland (Peking, Tokyo, Sarajevo) seit August 2021 deutscher Botschafter in Ägypten.



PETER STEUDTNER

Mehr Elefant sein

2017 saß Peter Steudtner in der Türkei im Gefängnis. Vorwurf: Unterstützung einer terroristischen Vereinigung. Wie hat das sein Leben verändert und was macht der Menschenrechtsaktivist heute?

VON LEAN MÜLLER

»Mich haben Elefanten schon immer fasziniert«, sagt Menschenrechtsaktivist Peter Steudtner. Die großen, freundlichen Herdentiere mit ihrer dicken, grauen Haut, die sie gut vor äußeren Einflüssen schützt, stünden symbolisch für seine Zeit in türkischer Haft. Steudtner wurde 2017 zusammen mit neun anderen Menschenrechtsaktivist:innen festgenommen. Er saß rund vier Monate in Untersuchungshaft. Die Freilassung im Oktober 2017 erfolgte ohne Auflagen. Freigesprochen wurden Steudtner sowie sechs Mitangeklagte jedoch erst im Sommer 2020 aufgrund mangelnder Beweise. Den anderen drohen weiterhin Haftstrafen.

Hinter dem Berg

Eine dicke Haut zu haben und trotzdem eng mit anderen verbunden zu sein, sieht er auch als bedeutende Symbolik für andere Menschenrechtsaktivist:innen. Bei ihrem Einsatz für Menschenrechte, in der Türkei oder anderswo, sind oft Repressionen zu befürchten. Seit 2017 sind nun etwas mehr als fünf Jahre vergangen. Viel Zeit, um eine solche Erfahrung zu verarbeiten und immer wieder aus einem anderen Blickwinkel zu betrachten. Als er entlassen wurde, fühlte sich die Haft wie ein riesiger Berg an, den er erst einmal überwinden muss, um ihn zu verarbeiten. Inzwischen hat er einen viel weiteren Blick auf die Situation von damals, und die anderen Berge und Täler in der Landschaft werden wieder präsenter. Er ist bis heute eng mit der türkischen Menschenrechtsszene

verbunden, was ihm die Verarbeitung dieser Erfahrung zusätzlich erleichtert.

Der Berg mag vielleicht nach der Zeit zwischen all den anderen um ihn herum untergehen und Teil der Landschaft werden, der Weg hinter dem Berg ist für Steudtner aber ein anderer als davor. So bleiben für ihn einige kleine oder größere Änderungen in seiner Arbeit und seinem Leben.

Vor seiner Haft arbeitete er unter anderem auch als Dokumentarfilmer. Durch seine Verhaftung ist er bekannter geworden, was ihm heute die neutrale Dokumentarfilmarbeit erschwert. Deswegen widmet er sich momentan vor allem dem Training von Aktivist:innen im Bereich Emotional Care und Digital Security. Der Bedarf steige seit Jahren kontinuierlich, sodass sie kaum hinterher kämen genügend Leute auszubilden. Auch deshalb priorisiert er die Workshop-Arbeit gegenüber dem Produzieren von Dokumentarfilmen klar. An kreativen Projekten arbeitet er allerdings momentan ab und zu zum persönlichen Ausgleich mit. Sein persönliches Fazit: »Da haben sich andere Räume aufgetan für die, die sich geschlossen haben«.

Mit anderen Augen

Steudtner reist heute anders und viel seltener als vor 2017. Da er nur wegen Mangels an Beweisen freigesprochen wurde, könnte er wieder verhaftet werden, wenn neue Beweise gegen ihn vorgebracht werden. Das heißt für ihn, er muss vor jeder Reise ins Ausland analysieren, wie gerade die

deutsch-türkischen beziehungsweise die Zielland – türkischen Beziehungen sind. Darauf aufbauend ermittelt er sein persönliches Risiko, wieder verhaftet zu werden. Er selbst würde für sich eventuell ein höheres Risiko eingehen, jedoch muss er auch immer an sein Umfeld und seine Familie denken. Diese müssten auch im Falle einer Verhaftung ein Krisenteam auf die Beine stellen, das politischen und medialen Druck auf die Türkei erzeugt, obwohl sie »lieber andere Sachen tun würden«.

Eine positive Veränderung ist für ihn, dass er jetzt sehr viel authentischer mit Menschenrechtsaktivist:innen arbeiten könne, die »durch ähnliche Erfahrungen gehen, oder dem egenüberstehen.« Natürlich immer mit der Einschränkung, dass seine Erfahrung aus einer sehr privilegierten »weiß männlichen Sichtweise« eines Ausländers in der Türkei entstanden ist. Die unterscheidet sich verständlicherweise von der einer geflüchteten Person, welche Menschenrechtsarbeit leistet. Dennoch gibt es viel Verbindendes. Heute weiß er, dass seine Erfahrung ihn »eher gestärkt als geschwächt hat – zumindest in der Arbeit oder im Engagement«.

Seine Elefantenweisheiten versucht er heute durch die Zusammenarbeit mit diversen Kollektiven und Organisationen weiterzugeben. Die Devise dabei bleibt immer die gleiche: Du musst ein dickes Fell haben – Repressionen werden kommen. Und zusammen geht alles einfacher, du brauchst dein Team, es entlastet dich ungemein.

Gemeinwesen statt Überwachung

Steuftner steht als Pazifist entschieden gegen digitale Überwachung. »Ich glaube, dass es unsere Demokratie eher aushöhlt als bestärkt.« Deutschland sollte auch keine Überwachungstechnik mehr produzieren, da diese in anderen Ländern zu Menschenrechtsverletzungen genutzt werden kann. Eindrucksvoll ist hierbei ein Beispiel aus Steuftners eigener Erfahrung: »Allein in der Türkei in

diesem unterirdischen Anti-Terror-Gewahrsam guckte ich nach oben und sah eine Telefunken Kamera auf mich herabschauen«. Denn wer keine Überwachungstechnik produziere, brauche auch keine Exportbeschränkungen für sie. Jene kann schnell mehr als ursprünglich gedacht, genutzt werden, wenn das System Demokratie bröckelt. Steuftners Idee ist, »auf Überwachung zu verzichten und dafür auf Gemeinwesenarbeit zu setzen.« Denkbare Umsetzungen wären für ihn hierbei: Offene Räume für Geflüchtete, statt durch abgegrenzte Lager die Ghettoisierung zu fördern, Sozialarbeit gegen Extremismus. Dabei liegt Steuftner die Devise »Care is Resistance«, ein Zitat von Audre Lorde, am Herzen, um die heutige Demokratie zu stärken.

Auf alle Eventualitäten vorbereiten

Steuftner arbeitet unter anderem auch mit Reporter ohne Grenzen zusammen. Dort betreut und begleitet er Menschenrechtsaktivist:innen und Journalist:innen, die ein Stipendium erhalten haben, um in Berlin vier Monate lang intensiv zum Thema Digital Security geschult zu werden. Steuftner unterstützt sie besonders, wenn ihre Rückreise in ihr Heimatland ansteht. Er gibt Schulungen, die Fragen behandeln wie: »Wie gehe ich mit Befragung durch Sicherheitskräfte um? Was heißt das emotional für mich? Aber auch das Vorbereiten der technischen Geräte, welche Informationen habe ich drauf?« Dabei ist die Verknüpfung von Digital Security und Emotional Care essentiell, um die Menschenrechtsaktivist:innen sowohl technisch als auch emotional auf alle Eventualitäten vorzubereiten. Wie wichtig Psychosocial Security, sowie der Umgang mit Stress und Trauma ist, wird im Aktivismus immer mehr erkannt. Menschen, die im »voluntary activism« tätig oder bei einer NGO angestellt sind, erkranken laut Steuftner immer öfter an Burnout. Gründe hierfür sind die ständig nötige Erreichbarkeit, um schnell und effektiv auf Ereignisse vor Ort einzugehen.

Oder auch der riesige Handlungsbedarf, da auf der ganzen Welt ständig neue Menschenrechtsverletzungen passieren. Umso wichtiger ist es, Teil eines Teams zu sein, sich in Schichten zu organisieren und dadurch auch sagen zu können: »Ich bin jetzt drei Tage komplett offline und schaue mir keinen Bildschirm an.« Dies sei in Steudtners Augen die beste Burnout Prävention und wird leider besonders in unseren Breiten gerne unterschätzt.

Vielleicht sollten wir aus Wertschätzung für ihre Arbeit, für Menschenrechtsaktivist:innen eine große Elefantenherde sein, an die sie sich bei Bedarf anlehnen können. Damit sie ihre dicke Haut behalten können. Denn »Man kann es nur im Kollektiv schaffen, etwas dagegen zu halten«, sagt Steudtner.

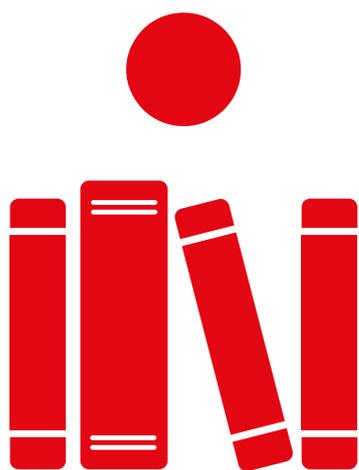
Peter Steudtner, geboren 1971, ist Menschenrechtsaktivist. Er studierte von 1993 bis 1999 am Otto-Suhr-Institut und schloss mit dem Schwerpunkt »gewaltfreie Konfliktbearbeitung« ab. Er ist als freiberuflicher Trainer für Holistic Security, gewaltfreie Konflikttransformation für Menschenrechtsaktivist:innen und Dokumentarfilmemacher:innen tätig. Dabei arbeitet er mit verschiedenen Kollektiven wie dem Digital Defender Partnership oder dem Holistic Protection Collective zusammen.



**INSTAGRAM:
@osi_zeitung**



Studieren ist einfach.



berliner-sparkasse.de/student

Wenn Sie sich um die finanziellen Dinge während des Studiums keine Gedanken machen müssen.



Wenn's um Geld geht

**Berliner
Sparkasse**

PHILIPP LEPENIES



Die verpönten V-Wörter. Woher kommt die Angst vor Verbot und Verzicht?

Ein Gedankenaustausch mit Philipp Lepenies über die Ideengeschichte des Neoliberalismus, Konsum und staatliches Handeln in der Klimakrise.

VON LEO BRANDT

Es ist Mittwochmorgen, der Kaffee am Flughafen Charles de Gaulle in Paris schmeckt besser als gedacht. Ich überlege, ob mich ein schlechtes Gewissen plagen sollte, schließlich hätte ich auch mit der Bahn zurück nach Berlin fahren können. Aber das hat zeitlich nicht gepasst. Und ohnehin bin ich seit Beginn der Pandemie kein einziges Mal geflogen. Halb zufrieden und halb verärgert über meine Rechtfertigungsversuche überlege ich, welche Art von Person ich lieber mag: Den hedonistischen Menschenschlag, der sich, oft aus kindlichem Trotz, kaum Gedanken über die Auswirkungen seines Verhaltens macht, oder die moralgetriebenen »Weltverbesserer«, die nicht nur ihr eigenes Handeln ständig hinterfragen, sondern auch ihrem privaten Umfeld gern wohlgemeinte Ratschläge geben. Wieder ärgere ich mich über mich selbst. Es muss doch etwas zwischen den Extremen, zwischen schlichter Ignoranz und spaßfermem Paternalismus, geben, eine Form der Selbstreflektion und des Verantwortungsbewusstseins, die unaufdringlich und empathisch ist.

Warum mache ich mir überhaupt diese Gedanken? Neben meinem Kaffee liegt ein hellblaues Buch mit dem einprägsamen Titel »Verbot und Verzicht,« 2022 im Suhrkamp-Verlag erschienen. Dessen Autor, Philipp Lepenies, Ökonom und Professor für Politik mit

Schwerpunkt Nachhaltigkeit am OSI, treffe ich zum Gespräch. Sein Buch hat große Wellen geschlagen. Lepenies geht darin der Frage nach, wie es dazu kommen konnte, dass Verbote und Verzichtsappelle in der Politik als etwas per se Illegitimes wahrgenommen werden. Das »Unbehagen und der Frust« über diese Entwicklung hätten ihn zum Schreiben des Buches verleitet. Begriffe wie »Verbotspolitik« würden eine sachlich-inhaltliche Debatte über notwendige Transformationsprozesse in der Klimapolitik im Keim ersticken. »Und daran ist so schade, dass man diese Debatten ja verbinden könnte mit Visionen einer besseren Zukunft. Indem man sich auf die negativen Effekte des Verzichts und die vermeintlich großen Freiheitseinschränkungen beschränkt, übersieht man, dass dadurch gleichzeitig die Bedingungen für ein soziales und gesünderes Zusammenleben geschaffen werden könnten,« bedauert der Ökonom.

Das böse V-Wort

Mit der Analyse des Status quo trifft Lepenies sicherlich den Nerv der Zeit. Die FDP warb im Bundestagswahlkampf 2021 mit der Aussicht, den Klimawandel mit »Freude am Erfinden, nicht am Verboten« bekämpfen zu wollen. Das mag bei einer liberalen Partei nicht überraschen. Aber auch ihre politischen

Mitbewerber, sogar die Grünen, scheuen das böse »V-Wort.« Der Höhenflug von Baerbock und Habeck lässt sich auch dadurch erklären, dass die beiden ihre Partei vom Image der »Verbotspartei« befreit haben. Veggie Day, das war einmal. Für Lepenies ist es »absurd« zu glauben, man könne den Klimawandel ohne lenkende Eingriffe in unser Konsumverhalten aufhalten. »Man muss sich, denke ich, einfach damit anfreunden, dass es grundsätzlich auch Aufgabe des Staates ist, zu verbieten.«

Ob diese Botschaft ankommt, ist fraglich. In der aktuellen Energiekrise stießen selbst vorsichtige Appelle zum Einsparen von knappen Ressourcen auf Spott und Häme, nicht selten auch auf Zorn – von Verboten war gar nicht erst die Rede. Sicherlich, wenn Baden-Württembergs Ministerpräsident Kretschmann dazu rät, den Waschlappen der Dusche vorzuziehen, ist ein überheblicher Unterton kaum zu überhören. Dennoch muss man erschrocken feststellen, dass ein Teil der Bevölkerung sich partout weigert, das eigene Leben auch nur minimal einzuschränken. Egal, für welchen Zweck. Darin spiegelt sich eine Gesinnung wider, die dem Einzelnen nur Rechte, aber keine Pflichten zuweist.

Neoliberale Einflüsterer

Wer sich, wie Philipp Lepenies, für die Entstehungsgeschichte dieser Geisteshaltung interessiert, der kommt an einem Wort nicht vorbei, das unter linken Studierenden schon einmal Schnappatmung hervorruft. Die Rede ist vom Neoliberalismus, dessen Erfolgsgeschichte Lepenies minutiös aufarbeitet. Ihr mangelt es nicht an amüsanten Anekdoten: Von den Beratern des ehemaligen US-Präsidenten Ronald Reagan, die stets die gleiche, von einem Londoner Think Tank gesponserte Krawatte mit dem Konterfei des liberalen Vordenkers Adam Smith trugen. Von einem österreichischen Bodybuilder, der später Gouverneur von Kalifornien werden sollte und in einem Fernsehspot die Ideologie des grenzenlosen Wachstums anpreist. Von der

Schriftstellerin Ayn Rand, die durch ihre Romane Millionen Amerikanern libertäres Gedankengut eingeflüstert hat. Und natürlich von Ökonomen, wie von Hayek und Friedman, deren Wirtschaftstheorien auch von biographischen Erfahrungen mit dem Sozialismus beeinflusst wurden.

Beim Lesen des Buches entsteht der Eindruck, dass die Erfolgsgeschichte des Neoliberalismus auf den Plan einer kleinen, eng vernetzten Gruppe von Menschen zurückgeht. Diese Vorstellung löst in mir neben einer großen Faszination auch eine gewisse Skepsis aus. Wer erklären möchte, wie eine Meinung, eine Theorie oder eine Ideologie vorherrschend geworden ist, übersieht oft den sogenannten Kontingenzfaktor, also Zufälle und nicht planbare Umstände. Lepenies hält dagegen: »Man muss sich in der Sozialwissenschaft genau angucken, durch welche Prozesse dominante politische Ideen aufkamen und da ist dann dieses Konzentrierte und Geplante des Neoliberalismus beeindruckend und einmalig.«

Für die Ideologie des Neoliberalismus sind zwei Punkte besonders charakteristisch. Zum einen haben seine Vordenker es geschafft, den Staat als Gegner der Freiheit und des Individuums aufzubauen. Ronald Reagan formulierte es einst so: »Man is not free unless government is limited.« Darin sah er sogar ein Naturgesetz: »As government expands, liberty contracts.« Lepenies stellt fest, dass sich dieses Framing als so wirkungsstark erwiesen hat, dass Menschen »sich nicht mehr als Teil des Staates begreifen« und dadurch das Mitwirken an der Gestaltung der Volkssouveränität aufgeben. Eines sollte klar sein: Einen zu großen, zu mächtigen Staat möchte tatsächlich niemand. Grundrechte sind bewusst auch als Abwehrrechte konzipiert, eine Art Prophylaxe gegenüber autoritären Bestrebungen. Durch die Feindseligkeit, die der Neoliberalismus vis-à-vis nahezu jeglicher Form der Staatstätigkeit aufgebaut hat, ist aber in Vergessenheit geraten, dass Ansprü-

che des Einzelnen in der Demokratie nicht von individuellen Pflichten und Gemeinwohlorientierung befreien.

Das zweite Merkmal des Neoliberalismus ist die Fokussierung auf Konsum, der, wie Lepenies erklärt, in unserer Gesellschaft »identitätsstiftend« geworden ist. Wer wir sind, drückt sich in unseren Kaufentscheidungen aus. Die Macht, die wir als Verbraucher haben, bezeichnen neoliberale Ökonomen als »Konsumentensouveränität.« Nur ist diese Macht – anders als bei demokratischen Wahlen – eben nicht gleichverteilt. Zudem impliziert sie einen engen Freiheitsbegriff, bei dem die Mehrheit den Einzelnen nicht in seinen Konsumententscheidungen einschränken darf. Lepenies geht daher so weit, die Vorstellung der Konsumentensouveränität als »demokratiefeindlich« zu bezeichnen.

Die Gier nach Mehr

Wendet man die Vorstellung der Konsumentensouveränität auf die Klimakrise an, so scheint es, als würde sie vor allem von der Verbraucherseite befeuert. Auf den ersten Blick erscheint das logisch: Ohne unsere Gier nach Mehr – nach mehr als einem Auto, mehr als einem Urlaub pro Jahr, mehr als einem Stück Fleisch pro Woche – stünden wir zweifelsohne besser da. Sind vage Forderungen nach einem »System Change« demnach Manöver, mittels derer die eigene Verantwortung abgewälzt wird? In der Tat kann der Wunsch nach staatlicher Steuerung, nach Verboten, wie ein Rückschritt in die Unmündigkeit wirken. Philipp Lepenies möchte das so nicht stehen lassen: »Einerseits das Bild der absoluten Konsumentensouveränität zu malen und zu behaupten, dass Markteffizienz nur dann gegeben ist, wenn der Konsument selbst entscheiden kann, ihm dann jedoch vorzuwerfen, wie er sich entscheidet – das ist widersprüchlich.«

Wer oder was am Ende die Hauptschuld an

der Klimakatastrophe trägt, wird wohl nicht so einfach zu klären sein. Vielleicht ist das auch gar nicht relevant. Wichtiger ist, wie wir die dramatischen Folgen der Erderwärmung zumindest noch abfedern können. Dabei muss die Gesellschaft an einem Strang ziehen, die soziale Frage darf nicht übersehen werden. Ist Verzicht für ärmere Menschen überhaupt möglich und zumutbar? Lepenies' Antwort ist deutlich. Verbote seien stets sozial gerechter als Verzichts-, Preis- oder Kontingentpolitik, die »nur die sozial Schwachen von dem Konsumerlebnis ausschließt.« Denn: »Verbote gelten für alle.« Statt etwa die Preise für Flugreisen zu erhöhen, wären also Begrenzungen, die sämtliche Teile der Gesellschaft gleichermaßen treffen, gerechter.

Kommt der Sinneswandel?

Es lohnt sich, sich abschließend ein paar weitere Gedanken über das Verhältnis von Verbot und Verzicht zu machen. Der Titel des Buches mag zur Annahme verleiten, dass es sich um fast schon synonym verwendete Feindbegriffe des Neoliberalismus handelt. Dem ist aber nicht so. Während staatliche Verbote als Beschränkungen der individuellen Freiheit in der neoliberalen Programmatik höchstens ultima ratio sein können, ist Verzicht weniger problematisch. Denn Verzicht beruht auf dem Prinzip der Eigenverantwortung. Der Einzelne entscheidet, was er bereit ist, für das Gemeinwohl aufzugeben. Klar, das entspricht nicht der Logik des uneingeschränkten Konsums. Und ja, in der Realität hört man von Neoliberalen äußerst selten Appelle für Degrowth. Jenseits der öffentlichen Rhetorik haben aber auch sie verstanden, dass wir unseren Lebensstil an die Herausforderung des Klimawandels anpassen müssen. Es bleibt dann die Frage, wer entscheidet, wie wir uns einschränken – der Staat (durch Verbote) oder das Individuum (durch Verzicht). Ich kann mir die Antwort der Neoliberalen vorstellen. Das liberale Leuchtturmkonzept, der Zertifikatehandel, basiert genau auf

diesem Prinzip: Der Emissionsausstoß ist limitiert. In welchen Bereichen Einsparungen vorgenommen werden, also Verzicht praktiziert wird, bleibt jedoch eine freie Entscheidung.

Kann man den Klimawandel also womöglich mit genau den Mitteln aufhalten, die ihn beschleunigt haben? Kann der Neoliberalismus sogar eine Lösung sein? Schwierig. Ja, Eigenverantwortung schadet nicht: Jeder von uns sollte bei sich selbst anfangen und sein eigenes Verhalten hinterfragen. Das gelingt aber nur, wenn wir uns auch als Teil eines Kollektivs begreifen, für dessen Wohlergehen sich eigene Anstrengungen lohnen. Und wenn wir akzeptieren, dass die Allgemeinheit – für den Fall, dass bloße Appelle zum Verzicht nicht ausreichen – verbindliche Beschränkungen des Konsumverhaltens beschließen darf. Aber genau das verhindert der Neoliberalismus, indem er eine Grundskepsis gegenüber der Existenz von Gemeinschaft gesät hat. Wie sagte schon die ehemalige britische Premierministerin Thatcher: »There is no such thing as society.«

Philipp Lепенies blickt trotzdem optimistisch in die Zukunft. Er sei überzeugt, dass die junge Generation einen Sinneswandel »so stark fordert und vorlebt, dass das auch in der breiteren Bevölkerung immer mehr ankommt.« Man kann es nur hoffen.

Philipp Lепенies ist Professor am Otto-Suhr-Institut, dessen Forschungszentrum für Nachhaltigkeit (FFN) er leitet. Er hat an der FU Berlin Volkswirtschaftslehre und an der London School of Economics and Political Science Development Studies studiert. In seinem 2022 veröffentlichten Buch »Verbot und Verzicht« geht er der Frage nach, wie sich eine Ideologie des uneingeschränkten Konsums durchsetzen und staatliches Handeln in der Klimakrise erschweren konnte.

Wenn Politik dich fertig macht

Drei Berufspolitiker über ihren Umgang mit Dauerkritik, Familienstress und psychischer Belastung.

VON FINJA SCHÜRMAN UND CHRISTIAN WALTHER

Der Soziologe Max Weber schrieb in Politik als Beruf: »Entweder: man lebt für die Politik, – oder aber: von der Politik.« Der Berufspolitiker aber vereint beides. Während es zu Webers Zeiten – der Aufsatz ist immerhin über 100 Jahre alt – noch viele Honoratiorenpolitiker gab, die Politik nur nebenberuflich betrieben, sind Berufspolitiker heute das Standardmodell. Sie aber haben in den seltensten Fällen einen Nine-to-five-Job mit geregelter Mittagspause und festem Urlaub. Die Frage ist: Zu welchem Preis treiben sie Politik?

Drei Berufspolitiker, alle Alumni des OSI, geben Auskunft: Markus Kurth, Mitglied des Bundestages (Grüne) und rentenpolitischer Sprecher; Elke Breitenbach, Ex-Senatorin, jetzt wieder Mitglied des Abgeordnetenhaus (Linke) und Sprecherin für Bürgerschaftliches Engagement sowie Orkan Özdemir, Mitglied des Abgeordnetenhaus (SPD) und Sprecher für Antidiskriminierung, Strategien gegen Rechts, für Religion und Integration.

»Das Anstrengendste ist der psychische Druck«

Markus Kurth kommt gleich auf den Punkt: »Das Anstrengendste ist der psychische Druck, den eigenen Anforderungen und den Anforderungen der Partei und Bürger und Wähler gerecht zu werden.« Man will niemanden enttäuschen. Das wird von Jahr zu Jahr schwieriger. Besonders wenn die Erwartungen anderer steigen. Gleichzeitig haben Berufspolitiker den Vorteil von Amt oder

Mandat: Wenn's gut geht, kann man etwas bewegen, ein Stück der eigenen Visionen durchsetzen. Politik kann dann wie eine Droge wirken: Man will immer mehr. Orkan Özdemir erzählt, wie er an seine Grenzen kommt: »Wenn ich mich überbeanspruche, merke ich das gar nicht. Aus meinem Job davor habe ich es gemerkt, als ich irgendwann Atemprobleme gekriegt habe.

Das war ziemlich ernst, als ich nicht schlafen konnte und total fertig war.« Jetzt werde er von seinem Team gebremst: »Wenn ich kurz vorm Burnout bin, merkt mein Team das. Dann sagen meine Mitarbeiter, ich solle nächste Woche zwei Tage frei machen. Die Tage bleiben dann zwar nicht frei, aber es sind weniger Termine, leichtere Termine.«

Sie hatte Angst, dass die Arbeitslosen auf den Straßen erfrieren

Breitenbach fühlte sich als Senatorin umfassend verplant: »Das Anstrengendste war, dass es kein selbstbestimmtes Leben mehr gibt, sondern dass über sie verfügt wird. Sie selbst sehen nur einen Tag vorher, was sie an Terminen haben, aber sie entscheiden nicht mehr. Sie haben eine unglaublich enge Zeittaktung, so dass nicht mehr viel Leben übrig bleibt.« Das Amt ließ Breitenbach auch nachts nicht los: »Ich wurde Sozialsenatorin im Dezember. Das ist die Zeit der Kältehilfe. Da hatte ich teilweise Schlafstörungen und bin fast jede Nacht aufgewacht. Ich habe auf das Thermometer geguckt, weil ich Angst hatte, dass die Obdachlosen auf den Straßen erfrieren.

»Das Wissen, dass ich dafür die Verantwortung trage, ist eine extreme Belastung.« Der einzige Weg, mit Druck umzugehen, ist laut Breitenbach, »stoisch« zu werden und nur noch zu »funktionieren«: »Von allen Politikern wird erwartet, dass sie funktionieren und das machen, was von uns erwartet wird. Alles andere wird uns abgesprochen.«



Elke Breitenbach (MdB) ist Sprecherin für bürgerschaftliches Engagement und in vier Ausschüssen, darunter im Hauptausschuss für die LINKE tätig. Sie hat bis 1989 am OSI studiert. Später hatte sie eine ABM-Stelle als Historikerin in der Gedenkstätte Sachsenhausen, war Gewerkschaftssekretärin, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der TU Berlin sowie Referentin bei einer Senatorin und Referentin für soziale Sicherungssysteme in der PDS-Fraktion im Bundestag. Ab 2003 saß sie im Abgeordnetenhaus und von 2016 bis '21 war sie Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales.

»Nicht mal für ein Statement angefragt«

Politiker, auch die der zweiten oder dritten Reihe, stehen fast permanent unter Beobachtung. Özdemir berichtet von einem Shitstorm wegen eines Tweets, den er »ehrlich gesagt: aus Verzweiflung« gemacht habe. Özdemir war mit seiner Tochter, die fast 42 Grad Fieber gehabt habe, ins Krankenhaus gefahren: »In der Notaufnahme lagen die Menschen im Flur. Es gab keinen Arzt, keine Schwester. Es war wie in einem Entwicklungsland — total crazy. Dann kam eine Schwester und sagte: 'Wir haben keine Zeit'. Aber das Absurde sei gewesen: Ein Journalist habe einen Artikel hinter der Paywall geschrieben. Die Schlagzeile, so erinnert sich Özdemir, habe gelaute: »Arroganter, narzisstischer Abgeordneter regt sich in der Notaufnahme auf, weil er zwei Stunden warten musste«. Und dazu habe man dann das hässlichste Bild von ihm genommen. »Bad news are good news. Und das Spannende an der Sache war: Ich wurde nicht mal für ein Statement angefragt. Man schreibt über jemanden, ohne ihn anzuhören«, empört sich Özdemir.

Was aber war geschehen? Der Tagesspiegel hatte Özdemirs Tweet zunächst im Online-Newsletter »Checkpoint« aufgegriffen und dessen Bewertung der Stunden im Krankenhaus – »absolut traumatische Erfahrung« – zitiert. Auf Twitter gab es unterdessen zahlreiche Reaktionen auf Özdemirs Tweet, in denen dem SPD-Politiker vorgehalten wurde, dass seine Partei für die Zustände in den Krankenhäusern verantwortlich sei, und dass es unfair von ihm sei, dem überlasteten Personal Vorwürfe zu machen. Die Überschrift des folgenden Artikels in Tagesspiegel-Online bestand dann aus einem Zitat und einer Schlagzeile: »'Narzisstischer Anfall': Pflegekräfte und Fachpolitiker kritisieren Berliner SPD-Mann für Klinik-Schelte«. Auch in der gedruckten Ausgabe (28.9.22) gab es Zitat und Schlagzeile: »'Unsolidarisch und abgehoben' Pflegekräfte und Fachpolitiker beklagen 'Bashing' des Tempelhofer Klinikpersonals durch

den SPD-Abgeordneten Orkan Özdemir«. Das Foto kam von der SPD. Der Vorgang wurde dann noch einmal im »Checkpoint« aufgegriffen. Für den Tagesspiegel war das Thema damit erledigt. Der stand allerdings nicht ganz allein. Die Sache war auch anderswo aufgefallen – z.B. der Berliner Zeitung, bei der Özdemir schlechter davon kam: »SPD-Politiker macht sich mit Tweet zum Pflegenotstand lächerlich – Der Hilferuf eines Abgeordneten aus der Notaufnahme einer Berliner Klinik macht deutlich: Die Zustände sind allen so lange egal, bis man selbst betroffen ist.« Keine Frage: Medien können für Politiker ein Stressfaktor sein.



Markus Kurth kam 2002 über die Landesliste der Grünen in Nordrhein-Westfalen in den Bundestag. Er machte 1993 sein Diplom am OSI. Später war er wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Initiativkreis Emscherregion und Bildungsmanager bei der Heinrich-Böll-Stiftung. Im Bundestag war er zunächst Sprecher für Sozial- und Behindertenpolitik und ist jetzt Sprecher für Rentenpolitik.

Angst vor den Medien

Medien, so klagt Kurth, unterscheiden oft nicht zwischen Politik und privaten Personen: »Die politische Performance wird oft mit Charaktereigenschaften in Verbindung gebracht oder mit Charakterzuschreibungen versehen. Das ist nicht selten eklig und Ausdruck mangelnder Ernsthaftigkeit mancher Journalisten«, findet der Grüne. Statt über Inhalte werde über Personen geschrieben. Personenschelte betreiben sei leichter als politische Berichterstattung mit ausgewogenen Positionierungen. Die Beleuchtung verschiedener Perspektiven kostet schließlich Zeit und Energie. Beides sei Mangelware in Zeiten wie diesen, in denen die Redaktionen häufig schrumpfen, sagt Kurth.

Auch Breitenbach berichtet von einem Shitstorm, ausgelöst durch eine Äußerung in einem Interview mit dem Tagesspiegel (»Berlins Integrationsministerin will nicht von 'Ehrenmord' reden« – 19.8.21). Es ging um den sogenannten Ehrenmord 2021, als zwei Brüder ihre Schwester umgebracht und in Bayern verscharrt haben: »Dem Tagesspiegel habe ich gesagt, dass ich den Begriff Ehrenmord unpassend finde, da es nicht um die Ehre geht, sondern um einen Femizid. Daraufhin gab es einen unglaublichen Shitstorm auf allen Ebenen. Im Prinzip wurde es so gedreht, dass ich diesen Mord nicht so schlimm finde und ihn verniedliche«. Noch ein Jahr später erreichten sie Gewaltandrohungen: »Ich wünsche Ihnen, dass Sie von denen gefickt und umgebracht werden«. Dazu Breitenbach: »Sexualisierte Gewalt erleben immer in erster Linie Frauen. Das sagen alle Frauen auf allen Ebenen – von Kommunalpolitikerinnen, Abgeordneten, Bezirkspolitikerinnen bis Bürgermeisterinnen«.

Breitenbach hat immer reagiert, wenn sie in den sozialen Medien angegriffen wurde, um ihre Politik zu erklären. »Das hat viel Zeit und Kraft gekostet«. Soziale Medien sind omnipräsent – Tag und Nacht. Sie haben »den

Druck auf alle Politikerinnen und Politiker erhöht«, so die Ex-Senatorin.

Sie erzählt von Nazis, vom angeritzten Bremschlauch am Motorrad, von einer Drohung, ihr den Kopf abzuschneiden.

Özdemir ignoriert »die meisten Beschimpfungen und Bedrohungen, die per E-Mail und in den sozialen Netzwerken, ganz besonders über den Messenger bei Facebook« kommen. Erst »wenn die Beschimpfung zur Bedrohung wird, ist Ende, dann erstatte ich Anzeige«. Es ist ein Gefühl der Ohnmacht, der Hilflosigkeit, Wehrlosigkeit: »Gegen solche Bedrohungen auf Twitter oder Facebook sind Politiker machtlos; sie können nur fassungslos die Kommentare lesen und sehen, wie sich das immer mehr radikalisiert. Damit hängt auch der schlechte Ruf von Politikern zusammen«, sagt Breitenbach.

Shitstorms und Drohungen fallen nicht vom Himmel. Kurth sieht da manche Medien in der Verantwortung: »Häufig sind irgendwelche Kampagnen von der Springer-Presse die Ursache. Die Leute greifen dann die Vorurteile und Falschbehauptungen der BILD-Zeitung auf und beschimpfen einen wahllos – so etwas würden sie niemals mit dem Kioskbesitzer um die Ecke oder der Kassiererin machen. Aber bei Politikern scheint man zu glauben, sich das einfach so erlauben zu können.«

»Es heißt nur noch: Die da oben.«

Vieles steht und fällt mit dem Image der Politiker. Sie sind eine der unbeliebtesten Berufsgruppen in Deutschland. Eine forsa Umfrage von 2022 zeigt, dass sie mit 17 Prozent Wertschätzung weit von Feuerwehrleuten (93 Prozent) oder Hochschullehrern (60 Prozent) entfernt sind. Nur wenige Berufsgruppen stehen schlechter da: Beschäftigte von Werbeagenturen (8) oder Versicherungsvertreter (7). Özdemir findet das – mit Blick auf die Mitglieder des Abgeordnetenhauses – nicht gerechtfertigt, »weil das Gros der Politiker super motiviert und engagiert ist.«

Vom schlechten Ruf weiß auch Breitenbach: »Uns wird immer unterstellt, dass uns Themen nicht interessieren, dass wir kein Interesse an Lösungsfindungen haben, dass wir in erster Linie auf ein schönes Leben bedacht sind«. Politiker seien immer zu spät, zu langsam, zu faul, zitiert Breitenbach Volkes Stimme. »Es heißt nur noch: Die da oben.« Kurth sieht die Grundlage solcher Sprüche im Defizit an politischer Bildung, wo »die Mechanismen von Demokratie nicht genügend vermittelt werden«. Einige Medien hätten Geschmack daran gefunden, Narrative des »Totalversagens der Politik« zu konstruieren. Das machten sie nicht ohne Hintergedanken: »Das ist eine Hybris der Medien, die Klicks erzielen wollen, weil die unter einem enormen Verkaufsdruck stehen«, meint Kurth.

Manch einer klagt, die Debattenkultur sei in Deutschland eingeschlafen. Man wolle sich einig sein, am besten noch vor Diskussionen. Einen Dissens dürfe es nicht geben. Kurth hört oft Leute fragen, weshalb sich Politiker nicht einig sind: »Es geht nicht darum, sich einig zu sein, sondern sich zu fetzen«, erwidert Kurth. »Die Leute verstehen nicht, dass die Aushandlung von Interessen per se nichts Schlechtes ist, sondern zum Wesen der Politik zählt«. Politik ist eben Vertretung von Interessen. Und Kurth ist »nicht in den Bundestag gegangen, um dort Freunde zu finden, sondern um meine Sachen durchzusetzen«. Die Streitkultur ist oft nervenzerreißend, anstrengend und kräftezehrend – aber sie ist ein notwendiger Bestandteil der Politik in einer funktionierenden Demokratie. Ein Berufstipp von Kurth: »Wer nur harmoniebedürftig ist, sollte nicht in die Politik gehen«.

»Manches ist öffentliches Geheimnis«

Politiker, die über ihre belastenden Erfahrungen sprechen, sind rar. Wer Schwäche zeigt, riskiert seinen Job. Einen psychologischen Beratungsdienst für Politiker gibt es nicht: »Aber er wäre nötig, damit Menschen darü-

ber reden können, ob sie es aushalten, oder nicht«, sagt Breitenbach.

»Wir reden untereinander – auch fraktionsübergreifend –, aber sicher nicht über die Phasen von Depressionen oder psychischen Erkrankungen. Manches ist öffentliches Geheimnis, aber »Wir würden nie in der Öffentlichkeit darüber reden, und das ist schade, weil Burnout und Ähnliches zunehmen«, berichtet sie. Schaffen Politiker den Druckausgleich nicht, geht es auf die Psyche: »Politik ist ein Bereich, in dem es viele Suchterkrankungen gibt, nur wird darüber nicht gesprochen. Im Bundestag hat man vor ein paar Jahren Koks gefunden«, erinnert Breitenbach. Das war 2000. Schnee von gestern würden manche sagen. Aber das war kein Einzelfall und es gibt wenig Anlass für die Annahme, dass sich diese Probleme in Rauch aufgelöst haben, denn »Politik ist auch immer ein Abklatsch der Gesellschaft. Früher war es mehr Alkohol, mehr Rauchen, heute Drogen. Bei Frauen sind es mehr Tabletten«, gibt Breitenbach zu bedenken.

Vielen Politikern ist klar, dass sie ihr Amt nicht ihr Leben lang behalten werden. Özdemir rät: »Du darfst niemals in die Situation kommen, wo du abhängig von Politik bist und wo du dich über so etwas definierst. Daran sind schon viele Politiker im Leben gescheitert«.

Viel Arbeit, wenig Personal

Das Abgeordnetenhaus bezahlt seine Mitglieder inzwischen nicht schlecht: 6.657 Euro gibt es monatlich als Diäten, als Pauschale für ein Wahlkreisbüro weitere 2.779 Euro. Büroausstattung bis zu 5.000 Euro pro Wahlperiode kann abgerechnet werden. Ferner gibt es pauschal insgesamt 6.930 Euro monatlich für bis zu drei Hilfskräfte. Den Abgeordneten selbst sind Nebentätigkeit (und Nebenverdienste) gestattet. »Ich verstehe nicht, wie man noch einen Job nebenbei machen könnte«, sagt Özdemir.

Er kritisiert viel mehr, dass er zu wenig Personal bekommt, um die Arbeit in Wahlkreis und Parlament im vollen Umfang zu erledigen. Er selbst fordert keine höheren Diäten: »Ich will, dass sie mir mehr Stellen geben!« Mails bearbeiten, Termine koordinieren, Inhalte vorbereiten, sich mit Wählern austauschen, Bürgerinitiativen prüfen, Gesetze einbringen: »Mit nur 1,5 Personalstellen sind wir schon so beansprucht, dass es der Demokratie gegenüber nicht fair ist«, meint Özdemir.



Orkan Özdemir wurde im Wahlkreis Friedenau direkt ins Abgeordnetenhaus gewählt. Der Sozialdemokrat ist Sprecher seiner Fraktion für Antidiskriminierung, Strategien gegen Rechts, Religion und Integration. Zuvor hat Özdemir bei H&M, Mexx, E-Plus gearbeitet. Es folgte das Studium am OSI, 2012 mit Diplom abgeschlossen. Bis 2017 war Özdemir in der Politikberatung BQN e.V. tätig und dann als Grundsatzreferent für interkulturelle Angelegenheiten in der Berliner Senatsverwaltung für Inneres und Sport.

Konfliktherd Familie

Die Stütze durch Familie und Freunde ist wackelig, denn Familie und Freunde kommen für viele Berufspolitiker zu kurz, erinnert sich Breitenbach: »In der Zeit als Senatorin sind viele Freundschaften gebrochen, weil ich keine Zeit mehr hatte. Wenn man Freundschaften nicht pflegt, sind sie nicht mehr da und man verliert sich aus den Augen. Auch meine Enkelkinder sind ohne mich groß geworden und haben mich nur ein oder zwei Mal im Jahr an Geburtstagen gesehen, das ist schon schade.« Ganz anders ist es, »wenn man in der Politik wieder in die zweite Reihe tritt, dann muss man es auch wieder lernen, einfache Dinge zu machen.«

Familie und Beruf sind für Politiker oft nicht vereinbar. Als Breitenbach ihren kranken Vater pflegen wollte, hat sie »öffentlich gesagt, dass bei mir die Batterien alle sind und ich auch eine Verantwortung für meinen Vater habe«.

Bei jüngeren Kollegen ergeben sich Konflikte zwischen Familiengründung und Beruf. Breitenbach hat da wenig Hoffnung: »Berufspolitik ist überhaupt nicht familienfreundlich – kann sie wahrscheinlich auch nie sein.« Das gilt erst recht für Bundestagsabgeordnete, weiß Kurth, »allein wegen des ständigen Pendelns zwischen dem Wahlkreis und Berlin«. Wo ist dann der Lebensmittelpunkt: Im Wahlkreis oder in Berlin? Bei der Familie oder bei der Arbeit? Viele Bundestagsabgeordnete verlagern ihren Fokus nach und nach auf die Hauptstadt und »niemand hängt das an die große Glocke, weil der Wahlkreis ja heilig ist, aber anders kann man ja nicht leben«, bestätigt Kurth. Ist man aber im Wahlkreis, heißt es nicht, dass das Zeit für die Familie bedeutet oder dass man da Freizeit hat. Viel mehr heißt es, herumfahren, mit Leuten sprechen und Unternehmen besichtigen. Besonders als Abgeordneter über die Landesliste müsse man Klinken putzen: »Wenn man wieder aufgestellt werden will, sollte man sich tunlichst bei den Parteiveranstaltungen sehen lassen.

Da ist teils berechtigter, teils überhöhter Druck, 'Aktivitätsnachweise' vorzuzeigen«, so Kurth.

Abends um elf nicht mehr die Welt retten

Dauerstress ist nichts, worüber man sich nur in der Politik beschweren kann. Daher sind viele Forderungen auch recht bescheiden: »Wir müssen nicht immer um elf Uhr abends jedes Telefonat entgegennehmen. Da gibt es zwar auch Ausnahmesituationen, aber ich rette abends um elf nicht mehr die Welt. Es muss eine Trennung geben zwischen Beruf und Freizeit. »Jeder muss das Recht haben, sich auch auszuschalten«, meint Breitenbach.

Vielleicht brauchen wir ein neues Berufsbild des Berufspolitikers. Kein vernünftiger Mensch erwartet, dass Volksvertreter 24/7 erreichbar sind. Aber mit Recht werden fachliche Kompetenz, Kommunikationsfähigkeit, vielleicht auch Empathie und in jedem Fall überdurchschnittliches Engagement erwartet. Das hieße im Alltag dann aber auch: Mehr Termine als zu schaffen sind. An dieser Stelle erinnert Breitenbach an das permanente Kalenderdilemma ihres Berufsstands: »Wir sagen nur Termine ab, weil wir andere Termine haben. Politiker sagen immer Termine aus terminlichen Gründen ab. Wir sind auch nur Menschen. »Es gehört Mut dazu zu sagen: Ich kann einfach nicht mehr.«

Manch ein Politiker ist mit Herz und Leidenschaft dabei; versucht sogar, 24/7 erreichbar zu sein. Fraglich ist nur, wie lange das gut geht, ehe es auf die Psyche schlägt.

»Wahrlich: Politik wird zwar mit dem Kopf, aber ganz gewiß nicht nur mit dem Kopf gemacht«, meinte Max Weber schon vor 100 Jahren.

Update: Eine Promenade für die Botschafterin

Vom Artikel in der OSI-ZEITUNG zur Bürgerinitiative.

VON CHRISTIAN WALTHER



Nora Schimmings in Berlin geborene Tochter Afra bei ihrem Besuch im OSI, wo...

Der Vorschlag in der letzten Ausgabe der OSI-ZEITUNG, die Iltisstraße in Dahlem umzubenennen nach der früheren FU-Studentin aus Südwest-Afrika und späteren ersten Botschafterin des unabhängigen Namibia, Nora Schimming, findet immer stärkere Unterstützung. Denn Iltis war ein Kanonenboot, das unter dem Kommando von Kapitän Lans im Juni 1900 das chinesische Fort Taku zusammengeschossen hat. Drei Straßen tragen diese Namen – zum Ruhm, zur Erinnerung an deutsche Kolonialabenteuer. Schon lange gibt es daran Kritik; jetzt könnte sich etwas ändern.

Erstmals haben sich die an der Lansstraße gelegenen Museen geäußert. Ihnen sei »die Problematik der jetzigen Benennung sehr bewusst und sie unterstützen die Initiative bezüglich einer Umbenennung sehr«, erklärten die Direktoren Elisabeth Tietmeyer und Alexis von Poser. Die Jugend- und Auszubildendenvertretung der FU nannte die Straßennamen »Relikte des frühen 20. Jahrhunderts zu



...ihre Mutter ab 1963 mit einem Stipendium des DAAD hatte studieren können.

Ehren der kolonialen Überlegenheit Deutschlands.« Marion Gardei, einst Pfarrerin in Dahlem, jetzt Beauftragte für Erinnerungskultur der Evangelischen Kirche, dankte für diese »schöne und sinnvolle Initiative«: Sie sei »ein wichtiges Zeichen gegen Rassismus in diesen Zeiten. Auch freut es mich natürlich, dass eine Kirchenfrau mit der Initiative geehrt werden soll.« Gemeint ist Nora Schimming. Sie hatte für den Kirchenrat von Namibia und für den Weltkirchenrat in Genf gearbeitet.

Die Unterstützung wächst

Ursula Eid, früher Afrikabeauftragte des Bundeskanzlers, schlug dann eine Unterschriftensammlung vor. Die Resonanz war groß: Eid sammelte vor allem im Kreis der deutschen Afrika-Politiker. Dann erweiterte sich der Kreis zügig: Vier Präsidenten der FU, die Ex-Ausländerbeauftragte des Bundes, Schmalz-Jacobsen (FDP), und der frühere Menschenrechtsbeauftragte, Löning (FDP), frühere Senatoren aus CDU, SPD und Linke,

zwei Ex-Botschafter Deutschlands in Namibia, Präsident und Generalsekretär des Deutschen Akademischen Austauschdienstes, Lehrende und Absolventen des OSI und viele andere.

Nachdem es schon zuvor einzelne Artikel zu der Initiative gab, berichteten jetzt weitere Medien: Bundesweite Resonanz hatte im Dezember ein Bericht der Nachrichtenagentur dpa, eher in Berlin wurde ein ausführlicher Artikel in der BZ gelesen: »Kanonenboot-Straße soll versenkt werden.« Das rbb-Inforadio führte im Januar in der Reihe Vis-à-vis ein Interview mit Marina Auder, der Architektin, die mit Nora Schimming befreundet war, seit sich beide im Studentenheim Siegmundshof kennengelernt hatten.

Kaum war die Unterschriftensammlung am 7. Dezember an den Bezirk übermittelt und tags darauf der erste Artikel erschienen, meldeten sich weitere Unterstützer: Mike Rockelmann aus der Schulleitung des Dahlemer Arndt-Gymnasiums signalisierte Unterstützung, ferner Prof. Beate Rudolf, Direktorin des Deutschen Instituts für Menschenrechte, Landessportbunddirektor Friedhard Teufel und der frühere Chef der Zehlendorfer CDU, Rechtsanwalt Michael Braun. Der OSI-Club-Vorstand gab Rückhalt wie auch Prof. Sabine Achour und Lutz Mez vom Otto-Suhr-Institut. Kristiane Klemm und Lisa Kiele ergänzten ihre Unterschrift mit dem Hinweis, dass sie Schimming persönlich kennengelernt hätten. Der frühere Tagesschau-Korrespondent Robin Lautenbach schrieb, dass Schimming eine Straße verdient habe.

Dreifach historisch

Es wäre das erste Mal, dass eine Straße in Dahlem nach einer ehemaligen Studentin, noch dazu aus Afrika, benannt würde. Es wäre auch das erste Mal, dass nach der Königin-Luise-Straße eine der 150 Straßen Dahlems nach einer Frau benannt würde. Die Initiatoren, darunter der Autor, haben darauf verzichtet, auch für die Taku- und



Afra Schimming vor dem Immatrikulationsbüro der FU in der Illtisstraße mit OSI-ZEITUNG-Herausgeber Christian Walther.

Lansstraße Vorschläge zu machen. Bei Lans, weil da schon lange der Vorschlag Ernst Franke (Gründungsleiter des an der Lansstraße gelegenen John-F.-Kennedy-Instituts) in der Diskussion ist, bei Taku, weil eine Umbenennung dem Auslöschen historischer Spuren dienen könnte.

Der Vorschlag liegt jetzt Bezirksverordnetenversammlung und Bezirksamt vor, doch wegen der Wiederholungswahlen ist die Politik derzeit im Wahlkampfmodus. Ein Stadtrat schreibt: »Ich gehe davon aus, dass zeitnah nach den Wahlen das Thema deutlich mehr an Schwung gewinnen wird.«

Die grüne Bezirksbürgermeisterin Maren Schellenberg schrieb schon im Dezember, dass sie das Begehren persönlich und politisch ausdrücklich unterstützt, wies aber darauf hin, dass sie als Bezirksbürgermeisterin lediglich »Verwaltung« sei, die dazu nicht Stellung nehmen könne. Mitte Januar sprach sich auch die örtliche SPD-Fraktion für eine Umbenennung der drei Straßen aus und nannte sie »zwingend erforderlich«.

Dokumentation der Unterschriftensammlung vom 8. Dezember 2022

Plädoyer für die Umbenennung der Iltisstraße nach Nora Schimming

Straßen sollten nicht leichtfertig umbenannt werden. Straßennamen sind Spuren unserer Geschichte, die nicht unbedacht verwischt werden sollten. Wenn aber eine Benennung offensichtlich den allgemeinen ethischen Standards widerspricht und dem Erinnern eines kriegerischen Angriffs auf ein Fort in China dient, sollte eine Umbenennung in Erwägung gezogen werden.

Deshalb plädieren wir für die Umbenennung der in Berlin-Dahlem gelegenen Iltisstraße.

Sie wurde vor rund 100 Jahren zu Ehren des Kanonenbootes der Kaiserlichen Marine ILTIS benannt. Die ILTIS hat im Juni 1900 unter dem Kommando von Kapitän Wilhelm LANS zur Niederschlagung des »Boxeraufstandes« das chinesische Fort TAKU zusammengeschossen. Nach LANS und TAKU sind Nachbarstraßen benannt.

Die Namen ILTIS, LANS und TAKU stehen für eines der dunkelsten Kapitel in der Geschichte des deutschen Kolonialismus. Zur Wahrung der historischen Erinnerung wäre es ausreichend,

den Namen TAKU zu belassen und zu erklären. Zugleich schlagen wir vor, die Iltisstraße nach NORA SCHIMMING zu benennen. SCHIMMING war ab 1963 Studentin der Freien Universität. Sie kam aus dem damaligen Südwesafrika und engagierte sich jahrzehntelang für die Unabhängigkeit ihrer Heimat und die Beseitigung des Apartheidregimes. Sie kehrte 1992 als erste Botschafterin des unabhängigen Namibia nach Deutschland zurück und wurde später mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. SCHIMMING war eine unermüdliche Streiterin für ihr Land, aber auch eine unerschrockene Kritikerin von Fehlern bei dessen Entwicklung. Sie zu ehren wäre zugleich Ehre für Berlin, für Dahlem und für die FU Berlin, deren Immatrulationsbüro für Studierende aus aller Welt in jener Iltisstraße liegt, die bislang die Taten des Kolonialismus ehrt, nicht aber die Welt-offenheit einer Universität.

Die Unterzeichner:

Prof. Dr. Peter-André Alt, ehem. Präsident der FU | Prof. Dr. Helmut Asche, Institut für Ethnologie und Afrikastudien, Universität Mainz | Dipl.-Ing. Marina Auder, Architektin | Eckhardt Barthel, ehem. Mitglied von Bundestag und Abgeordnetenhaus | Markus Beeko, Generalsekretär von Amnesty Deutschland | Klaus Böger, Senator a.D. / Ehrenpräsident Landessportbund Berlin | Olaf Böhnke, Berlin Direktor, Alliance of Democracies Foundation | Prof. Dr. Tanja A. Börzel, Otto-Suhr-Institut | Elke Breitenbach, MdA / Senatorin a.D. | Hans-Werner Bussmann | Selmin Çaliskan, ehem. Generalsekretärin von Amnesty Deutschland | Prof. Dr. Sven Chojnacki, Vizepräsident für Studium und Lehre FU Berlin | Peter Conze, ehem. Bereichsleiter der GIZ für Afrika | Dr. Karamba Diaby, MdB | Dr. Uschi Eid, ehem. Parl. Staatssekretärin | Prof. Dr. Hajo Funke, Politikwissenschaftler | Pfarrer Marion Gardei, Beauftragte für Erinnerungskultur, Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz | Prof. Dr. Johann W. Gerlach, ehem. Präsident der FU | Dr. Kambiz Ghawami, WUS Deutschland, Wiesbaden | Prof. Dr. Gerhard Göhler, Politikwissenschaftler, ehem. Vorsitzender der Ethik-Kommission der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft | Heiko Gothe, Geschäftsführer, Berufsverband Deutscher Markt- und Sozialforscher | Ulrich Grothus, ehem. Stv. Generalsekretär des DAAD | Silke Grundmann, Geschäftsführerin und Inhaberin,

Schleichers Buchhandlung | Thomas Härtel, Präsident des Landessportbunds Berlin | Dr. Volker Hassemer, ehem. Vorsitzender der Stiftung Zukunft Berlin und Senator | Rita Hermanns, Dipl.-Politologin (OSI) | Klaus A. Hess, Präsident der Deutsch-Namibischen Gesellschaft, Göttingen | Ottmar von Holtz, ehem. MdB | Roman Kaupert, Dipl. Politologe und Unternehmer | Egon Kochanke, ehem. deutscher Botschafter in Namibia | Matthias Köhler, Filmemacher und Dipl.-Politologe (OSI) | Dr. Christine Kolmar, Herausgeberin OSI-ZEITUNG | Dr. Rolf Kreibich, ehem. Präsident der FU | Prof. Dr. Bernd Ladwig, Politikwissenschaftler | Prof. Dr. Philipp Lepenies, Politikwissenschaftler | Markus Löning, ehem. Menschenrechtsbeauftragter der Bundesregierung | Elke Renate Löschnhorn | Prof. Dr. Peter Massing, Politikwissenschaftler | Colin Ivory Meyer, Redaktionsleiter OSI-ZEITUNG | Prof. Dr. Henning Melber, ehem. Forschungsdirektor des Nordic Africa Institute, Uppsala | Dr. Konrad Melchers, ehem. Chefredakteur der Zeitschrift ENTWICKLUNGSPOLITIK | Nina Melchers, Geschäftsführerin der »Gesellschaft zur Förderung von Museen in Äthiopien« | Dr. Peter Meyns, Prof. em. der Universität Duisburg-Essen, Köln | Prof. Dr. Joybrato Mukherjee, Präsident, Deutscher Akademischer Austauschdienst, Gießen | Dr. Barbara Munske-Creswell, Systemische Therapeutin/Politologin | Dr. Salua Nour, Privatdozentin Freie Universität | Sabine Odhiambo, Politikwissenschaftlerin |

Prof. Dr. Lena Partzsch, Otto-Suhr-Institut | Eva Quistorp, ehem. Mitglied des Europa-parlaments | Dr. med. Michael Rabbow, Kuratoriumsmitglied der Deutschen Afrika Stiftung, Seeheim-Jugendheim | Prof. Dr. Thomas Risse, Politikwissenschaftler | Sven Scharioth, Mitglied der Geschäftsleitung im vzbv | David Schelp, Chefredakteur LEIBNIZ-MAGAZIN | Dr. Thomas M. Schimmel, Hochschullehrer | Cornelia Schmalz-Jacobsen | Nathalie Schlenzka, Dipl.-Politologin (OSI) | Swen Schulz, ehem. Mitglied des Bundestags | Kordula Schulz-Asche, MdB | Hanns Schumacher, ehem. deutscher Botschafter in Namibia | Dr. Kai Sicks, Generalsekretär, Deutscher Akademischer Austauschdienst | Prof. Gereon Sievernich | Dr. Peter Spary, politischer Berater, Berlin und Bonn | Prof. Dr. Christoph Stölzl | Matthias Tang, Dipl.-Politologe (OSI) | Hermann-Josef Tenhagen, Journalist und Politologe (OSI) | Prof. Dr. Johannes Tuchel, Politikwissenschaftler | PD Dr. Lena Ulbricht, Forschungsgruppenleiterin am Weizenbaum-Institut für die Vernetzte Gesellschaft | Dr. Wedigo de Vivanco | Dr. Christian Walther, Herausgeber OSI-ZEITUNG | Werner Weillhard, OStR a.D., Chefredakteur DAHLEMER BLÄTTER | Dr. Almuth Wietholtz, Referentin Internationales, Leibniz-Gemeinschaft | Harald Wolf, Senator a.D. | Prof. Dr. Günter M. Ziegler, Präsident, Freie Universität Berlin | Prof. Dr. Jürgen Zöllner | Prof. Dr. Michael Zürn, Direktor am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung



FABIAN & ANDRÉS

Haben wir Macht?

Die meisten Studierenden interessieren sich nicht für Hochschulpolitik. Sie wirkt intransparent, kompliziert und nutzlos. Zwei Mitglieder einer Hochschulgruppe über Partizipationschancen und warum man sie nutzen sollte.

VON ANTON BRÄUNING UND STELLA KIRSCH

AStA, StuPa, FSI, StudVV – unnötig kompliziert klingende und ehrlicherweise abtörende Begriffe. Fragt man Studierende, ob sie wissen, wie Hochschulpolitik funktioniert, erntet man uninteressierte Verwirrung oder blankes Unverständnis. Kein Wunder, dass die Wahlbeteiligung der letzten Wahlen zum Studierendenparlament nicht mal an 5% herankam. Deswegen wollen wir hier Licht ins Dunkel der studentischen Hochschulpolitik bringen.

Zuerst ein kurzer Crashkurs studentische Hochschulpolitik. Das Wichtigste: Alle Studierenden zahlen pro Semester 10€ für hochschulpolitische Strukturen, und wir sollten alle darauf aufpassen, an wen unser Geld geht. Wie sehen diese Strukturen aus? Alles fängt an in den Fachschaftsinitiativen und fächerübergreifenden Hochschulgruppen. Hier wird diskutiert, pleniert und vernetzt. Sie sind die erste Anlaufstelle, wenn Du Dich einbringen willst. Hier werden auch die Listen zur Wahl des Studierendenparlaments aufgestellt. Dieses kann von (theoretisch) allen Studierenden gewählt werden. Es wählt und legitimiert den Allgemeinen Studierendenausschuss und beschließt dessen Haushalt. Der Allgemeine Studierendenausschuss (almighty AStA) ist das Exekutivorgan der Studierenden. Er verwaltet und verteilt Gelder zur studentischen Selbstorganisation und an Studierendeninitiativen. Also merken: Beim AStA kannst Du Gelder für Deine Projekte beantragen!

Daneben und darüber und sowieso gibt es noch die Studentische Vollversammlung, die von AStA, StuPa oder 5% der Studierenden einberufen werden kann, das höchste Gremium der studentischen Selbstverwaltung darstellt und sich oft an die Politik außerhalb der Hochschule richtet. OK: Voll war diese Vollversammlung noch nie – wäre auch schwierig bei derzeit 33.500 Immatrikulierten. Geschafft!

*Um das Ganze nun endlich einmal greifbar zu machen, möchten wir Euch an dieser Stelle die PoWi-Studenten Andrés Garcés und Fabian Hirschfeld vorstellen. Die beiden traten mit ihrer Hochschulgruppe bei den Wahlen im Januar an. Als Teil von »Klasse Gegen Klasse« (KGK), einer internationalen sozialistischen Online-Zeitung, sind sie unter anderem an der FU politisch aktiv. Andrés saß bereits im Vorjahr im StuPa und wird es auch dieses Jahr wieder tun, da Klasse gegen Klasse 124 Stimmen und vier Sitze erlangte. Zum Vergleich: Der Union-nahe Studentenverband RCDS kam auf 105 Stimmen und drei Sitze, die Juso-Hochschulgruppe auf 95 – ebenfalls drei Sitze, die FSI*OSI auf 61 – zwei Sitze. Mit 207 Stimmen und sieben Sitzen ist die grüne Hochschulgruppe Campusgrün die größte Fraktion im neuen StuPa.*

OSI-Zeitung: Welche politischen Ziele verfolgt Ihr mit Eurer Hochschulgruppe, vor allem an der FU?

Andrés: Wir wollen eine Studierenden-Bewegung aufbauen, die in der Tradition der 68er-Bewegung gemeinsam mit Arbeiter:innen und unterdrückten Gruppen gegen das System und für tiefgehende Veränderungen kämpft, für eine sozialistische Gesellschaft.

Wieso habt Ihr Euch dazu entschieden, vor allem im Rahmen der Uni politisch aktiv zu werden?

Fabian: Ich denke, dass die Uni ein Raum ist, wo viele Studierende zum ersten Mal in ihrem Leben mit Politik und politischen Prozessen in Kontakt kommen. Gerade die Uni sollte deshalb ein Raum sein, wo man diese politische Partizipation ausleben kann.

Andrés: Ja, und dass diese Möglichkeit zur politischen Partizipation oftmals fehlt. Die Uni hat irgendwie so eine widersprüchliche Rolle, weil sich hier einerseits viele Leute politisieren, aber sie gleichzeitig auch ein Ort ist, der auf eine gewisse Art den Zweck hat, das System auch ideologisch zu festigen.

Genau mit diesen Widersprüchen sehen sich viele Studis konfrontiert und wir denken, dass es da wichtig ist, in Diskussion zu kommen.

Wie kann ich mir die Organisation innerhalb Eurer Hochschulgruppe vorstellen? Wie sieht die Zusammenarbeit aus?

Fabian: Wir machen zum Anfang des Semesters meistens verschiedene Workshops zu unterschiedlichen Themen sowie offene Plena, Kneipenabende oder Stadtführungen. Damit bieten wir dann auch Raum für neue Menschen, die wir versuchen, für unsere Ziele zu gewinnen. Und mit diesen Menschen treten wir dann bei der StuPa-Wahl an, greifen aktuelle Themen auf, diskutieren mit

diesen Menschen und versuchen uns auch mit Lesekreisen gegenseitig weiterzubilden und weiterzuentwickeln.

Wie verläuft bei der StuPa-Wahl dieser ganze Prozess – vom Aufstellen der Liste bis hin zur Wahl?

Andrés: Das wird vom studentischen Wahlvorstand ausgeschrieben und eigentlich immer auf deren Website erklärt. Dann musst du dich erstmal mit Leuten zusammen finden. Du brauchst Kandidaturen innerhalb deiner Gruppe und Unterstützer:innen für deine Liste. Das bedeutet erstmal nicht, die Liste auch politisch zu unterstützen oder sie später zu wählen, sondern nur, deine Stimme dafür zu geben, dass die Liste überhaupt zur Wahl antreten kann. Die fertigen Dokumente gibt man dann ab und das war's dann eigentlich auch schon mit dem konkreten Prozess der Kandidatur. Meistens gibt es noch eine Wahlzeitung, die um den Januar herum herauskommt, wo die einzelnen Gruppen sich vorstellen.

Beim Aufstellen der Listen erhalten alle Kandidierenden ja einen bestimmten Listenplatz. Je höher der Listenplatz, desto wahrscheinlicher ist es, dass die Person ins StuPa gewählt wird. Wie entscheidet Ihr, wer von Euch Teil der Liste wird und wer welchen Listenplatz bekommt?

Andrés: Es gibt zwar keine Regelung für Quotierung, aber wir versuchen das immer abwechselnd zu machen, also dass immer abwechselnd eine cis-männliche Person und nicht cis-männliche Person auf der Liste ist. Außerdem gehen wir da auch ein bisschen nach Erfahrung. Aber wir versuchen auch immer, eine Erneuerung zu haben. Also, dass ein paar Leute dabei sind, die schon ein bisschen Erfahrung im StuPa haben, aber auch neue Leute dazu eingeführt werden.

Wie sieht's aus, wenn Ihr dann ins StuPa gewählt werdet: Was erhofft Ihr Euch von der Mitarbeit? Was kann man mit dem StuPa erreichen?

Andrés: Also in erster Linie ist die Wahlbeteiligung immer sehr niedrig, aber dennoch ist es ein Zeitpunkt, wo die Leute so ein bisschen über Politik an der Hochschule reden. Also hilft gerade der Wahlkampf selbst zur Politisierung. Und dann ist das StuPa selbst ein Ort, um die anderen Gruppen der Hochschulpolitik besser kennenzulernen, Resolutionen einzubringen und politische Debatten zu führen, was leider oft zu kurz kommt. Oft wird es nur als ein Ort angesehen, wo man den AStA wählt und das war's dann. Wir versuchen schon, eine inhaltliche Debatte in das StuPa zu bringen und diese aber auch nach außen zu tragen.

Wie sehen solche Resolutionen konkret aus? Haben sie eine politische Wirkkraft?

Andrés: Also manchmal hat es schon konkrete Auswirkungen. Wir kritisieren z.B., wie das StuPa abläuft, weil es oft sehr losgelöst von den Belangen der großen Studierendenschaft ist und unserer Meinung nach muss sich das ändern. Die Studierendenschaft braucht mehr Mitbestimmung. Und das StuPa hat die Möglichkeit zu Vollversammlungen aufzurufen, die das höchste demokratische Organ in der Uni sind oder sein sollten. Deswegen versuchen wir öfter Resolutionen für eine Vollversammlung einzubringen und wenn die durchgehen, muss auch eine Vollversammlung organisiert werden. Das ist eine Möglichkeit. Aber es gibt auch Möglichkeiten der symbolischen Solidarität, die wichtig sind. Wir solidarisieren uns häufig mit gewissen Arbeitskämpfen oder internationalen Kämpfen, und das kommt teilweise sehr gut an, wenn man z.B. zu den Beschäftigten hinget und sagt: »Hey, wir wissen, dass eure Arbeitsbedingungen scheiße sind und wir setzen uns dafür ein«.

Aber gibt es dann auch Gremien, die diese Resolutionen tatsächlich umsetzen müssen? Oder haben Resolutionen nur diese symbolische Kraft?

Andrés: Also wenn so etwas wie eine Vollversammlung oder andere praktische Sachen umgesetzt werden sollen, dann liegt das eigentlich am AStA, diese Resolutionen durchzusetzen.

Was habt Ihr im letzten Jahr mit dem StuPa konkret erreicht?

Andrés: In der letzten Periode haben wir es beispielsweise geschafft, dass das StuPa sich mit »Genug Ist Genug!« solidarisiert — der Kampagne, die für soziale Antworten auf die Krise kämpft. Und dass der AStA seine Ressourcen dazu bereitstellt. Zuvor haben wir z.B. versucht einzubringen, dass in der Studierendenschaft mehr über die Frage

Campusgrün / Grüne Hochschulgruppe	207	7
FSI Jura Café Talort	166	5
Klasse gegen Klasse	124	4
Die Linke.SDS	113	4
FSI Geschichte	111	4
RCDS Demokratisch. Praktisch. Gut.	105	3
Linke Liste	101	3
JUSO-HSG	95	3
LISTig gegen das Patriarchat	90	3
laiz-Liste	88	3
Für ein günstiges Semesterticket für alle!	82	3
Café Schwarzer Freitag	73	2
Kritische Jurist*innen	68	2
Tarzan FSI BIO	63	2
FSI Chemie	63	2
FSI*OSI	61	2
KÖrFU-Liste der krit. Orientierungswoche	61	2
Grüne Alternative Liste (GAL)	49	2
FSI Physik	45	1
Mad Students Union	44	1
Anwesenheitspflicht? Nein danke!	42	1
Café Tricky / FSI PuK	39	1

Wahlergebnisse der diesjährigen Wahl zum Studierendenparlament.

der Aufrüstung der Bundeswehr und über die Zivilklausel an der Uni geredet wird. Leider ist diese Resolution nicht durchgegangen und es ist zu keiner Vollversammlung gekommen. Aber wir versuchen eben immer, diese Debatten anzustoßen. Zuvor hatten wir Aktionen zum Corona-Missmanagement des Präsidiums gemacht. Da haben wir tatsächlich auch eine Vollversammlung hinbekommen.

Wie viele Stimmen muss eine Resolution haben, damit sie durchkommt?

Andrés: Normalerweise ist es ein einfacher Mehrheitsentscheid. Aber die Sitzung muss beschlussfähig sein. Dafür müssen mehr als die Hälfte der StuPa-Mitglieder anwesend sein. Es gibt insgesamt 60 Sitze im StuPa, wenn davon 30 anwesend sind, dann ist man beschlussfähig.

Ihr habt ja schon angesprochen, dass die Wahlbeteiligung in den letzten Jahren stets sehr niedrig war. Warum glaubt Ihr, ist es wichtig, dass mehr Studierende wählen gehen? Welchen Einfluss können Studierende mit ihrer Stimme nehmen?

Fabian: Prinzipiell gilt: Je mehr Studierende das StuPa wählen, desto mehr politische Wirkkraft hat dieses StuPa dann auch, weil es mehr Menschen vertritt. Also realpolitisch ist es egal, wie viele Studierende wählen, das StuPa hat immer die gleiche »Macht«, aber es hat natürlich eine ganz andere Bedeutung, wenn größere Teile der Studierendenschaft sich an dieser Wahl beteiligen.

Andrés: Ich glaube auch, gerade jetzt gibt es ja genug Probleme mit denen Studierende konfrontiert sind und die meisten sind irgendwie sehr pessimistisch und sehen keine Möglichkeit, dagegen anzukämpfen. Natürlich wird die Wahl vom StuPa das nicht verändern, aber es ist auch eine Möglichkeit, tatsächlich darüber zu diskutieren: Wie stellen wir uns die Uni vor? Wie stellen wir uns

studentische Mitbestimmung vor? Und dass man über diese Art dann auch versucht, Leute zu aktivieren, zum Denken und auch zum Kämpfen anzuregen.

Welche anderen Partizipationsmöglichkeiten haben Studierende denn, außer das StuPa zu wählen?

Fabian: Naja, sie können selbst innerhalb der verschiedenen Hochschulgruppen aktiv werden, Politik betreiben und durch die gewählten Vertreter:innen der Gruppen ihre erarbeiteten Anträge oder Inhalte auch ins StuPa tragen.

Andrés: Sie müssen aber auch nicht gewählt sein, um an den StuPa-Sitzungen teilzunehmen. Leute können auch einfach hingehen, wenn sie unzufrieden sind, und das dort kund tun. Es ist irgendwie schwierig so zu entscheiden zwischen nur wählen oder irgendwas anderes machen. Ich glaube, man muss beides machen. Und sich vor allem organisieren. Und wir wollen diese Sachen miteinander verbinden, also die großen gesellschaftlichen Fragen mit den Fragen hier an der Uni. Und deswegen gibt es, glaube ich, keine so allgemeine Lösung.

Habt Ihr generelle Kritik am StuPa oder an Hochschulpolitik?

Andrés: Vor einigen Jahren war das beispielsweise so, dass die Liste für die Campus-Bar die meisten Stimmen hatte und zwar mit Abstand. Die haben nur Werbung gemacht mit: »Ja, wir wollen eine Bar für den Campus«. Es hat sich dann herausgestellt, dass es konservative Leute waren, die diese Liste gemacht, aber keine politischen Inhalte hatten. Und das Jahr darauf gab's dann die Liste »Campus-Bar 2.0«, aber das waren dann keine konservativen, sondern linke Leute. Sie haben dann auch viele Stimmen bekommen. Aber ich glaube nicht, dass das als Linke die Antwort auf konservative Manöver sein sollte, einfach

die gleichen Manöver selbst zu machen, sondern man muss halt mit Inhalten an die Leute gehen. Das ist ein generelles Problem, dass lauter Leute die absurdesten Listen aufstellen. Und wir sind halt an einer der bekanntesten Unis Deutschlands. Hier studieren ca. 35.000 Menschen und ich finde, das nimmt dem so ein bisschen die Relevanz weg. Fabian: »Gerade diese Uni hat ja eine Historie, mit den 68ern und Rudi Dutschke, was politische Partizipation anbelangt. Und auch eine Reichweite. Es ist schade, dass wir sie kaum nutzen.«

Werden diese sogenannten »Spaß-Listen« dann tatsächlich nur für diesen Zweck wie beispielsweise die Campus-Bar gebildet oder beteiligen sie sich danach auch weiter?

Andrés: Meistens sind das Stimmen für Leute, mit denen sie sympathisieren, die für den AStA kandidieren. Also eigentlich ist der Hauptzweck solcher Listen, bestimmte sympathisierende Leute in den AStA zu wählen und dann hat sich der Zweck aufgelöst. Und natürlich, ab und zu beteiligt man sich dann noch, aber das macht die ganze Sache halt auch super intransparent.

Hat der AStA so viel mehr »Macht«, dass Leute unbedingt über das StuPa in den AStA wollen?

Andrés: Ich glaube, da ist was dran. Die Sache ist ja, der AStA hat irgendwie eine politische Autorität und hat auch materielle Ressourcen. Und das Argument, auf so eine Art in den AStA zu kommen, ist halt: Die Uni ist eh depolitisiert, wenn wir das nicht machen, dann kommen halt irgendwelche Rechten rein oder Konservative – das war z.B. an der TU so. Das heißt, das ist halt irgendwie auch so eine Antwort: »Besser der AStA ist in linker Hand«.

Das Problem ist aber, dass das eine sehr unpolitische Art ist, den AStA zu behalten und

es dann quasi so eine selbsterfüllende Prophezeiung ist: Die Studierenden sind unpolitisch – aber man sorgt auch selbst dafür. Deswegen hat diese Strategie die Studierendenschaft und linke Studierendenorganisationen über die Jahre, meiner Meinung nach, sehr geschwächt.

Fabian Hirschfeld studiert Politikwissenschaft und Deutsch auf Lehramt. Aktuell ist er in seinem ersten Mastersemester. Seit 2019 ist er neben dem Studium bei »Klasse gegen Klasse« (KGK) aktiv und engagiert sich hauptsächlich in deren Hochschulgruppe an der FU.

Andrés Garcés (es handelt sich hierbei um ein Pseudonym, das er für sein politisches Engagement nutzt, nicht seinen echten Namen) studiert im Master Politikwissenschaft am OSI. Zuvor hatte er schon den Bachelor absolviert. Seit 5 Jahren ist Andrés bei KGK aktiv: Er engagiert sich einerseits in der Hochschulgruppe und ist darüber hinaus als Redakteur bei der Online-Zeitung von KGK tätig. In seinen Artikeln beschäftigt er sich hauptsächlich mit internationalen Kämpfen, insbesondere in Lateinamerika.



VERENA PAETOW

Zwischen Büchern zuhause

Die neue Leiterin der OSI-Bibliothek, Verena Paetow, über ihren Werdegang, die Rolle von Bibliotheken heutzutage und ihre Pläne für die Zukunft.

VON ANJA MIELKE

Als ich am verabredeten Termin zum Büro komme, steht die Tür bereits offen. Es ist einladend eingerichtet; zur Begrüßung bietet Verena Paetow einen Kräutertee an. Die neue Chefin der »Bibliothek für Sozialwissenschaften und Osteuropastudien« ist freundlich und offen; gleichzeitig legt sie Wert auf die Trennung von Berufs- und Privatleben. Als ich sie nach einem Foto frage, schlägt sie zuerst vor, lieber eines von der Bibliothek zu verwenden, auch wenn sie später in ein Bild von sich einwilligt – sie ist keine Person, die sich in den Vordergrund stellen muss.

Im Gespräch kommt sie immer wieder auf die Bibliothek und ihre Pläne zurück. Die Passion für ihre Tätigkeit ist unübersehbar. Dabei hat sie ihr Studium der Geschichte, Politik und Soziologie an FU und HU nicht mit dem Ziel begonnen, später in Bibliotheken zu arbeiten. Stattdessen entwickelte sich während ihres Studiums der Schwerpunkt Nationalsozialismus: Zunächst wollte sie in der Gedenkstätten- und Museumsarbeit tätig sein. Zwischenzeitlich war sie dies auch und arbeitete nach ihrem Studium als wissenschaftliche Volontärin an der Gedenkstätte Ravensbrück. Zum Bibliothekswesen kam sie durch eine Tätigkeit am Ibero-Amerikanischen Institut, bei der sie Bibliotheken »neu entdeckt« hat. Was hat sie zwischen den Bücherregalen neu entdeckt? Was macht Bibliotheken eigentlich aus? Paetow formuliert es so: »Natürlich stellen Bibliotheken Wissen bereit, gleichzeitig haben sie auch die Funktion, die Kompetenz im Umgang mit dem Wissen zu fördern.

Was mich aber besonders an Bibliotheken fasziniert, ist, dass sie auch Orte der Begegnung und des Dialogs sein können.«

Mit dieser Vielfalt der Funktionen spielen Bibliotheken auch eine Rolle für ihr vorheriges Arbeitsfeld, die Erinnerungskultur. Denn aufgrund ihrer Funktion der Wissens- und Kompetenzvermittlung legen sie die Grundlage für eine informierte Debatte. Außerdem sind Bibliotheken eben auch Diskursräume, in denen auf der Grundlage von Wissen Gespräche stattfinden können. Wenn Verena Paetow dies alles über Bibliotheken erzählt, versteht man, warum sie sie so schätzt.

Seit sie im Oktober die Leitung der OSI-Bibliothek übernahm, ist sie nun hier – neben allgemeinen leitenden Tätigkeiten – für die Literaturlauswahl zuständig. Dabei ist es ihr wichtig, sich mit Lehrenden, Forschenden und Studierenden auszutauschen – schließlich seien diese die »allererste Zielgruppe« der Bibliothek.

In der nächsten Zeit möchte sie die Bibliothek noch stärker auf die Bedürfnisse der Studierenden ausrichten. Vor allem im Lesesaal der Ihnstraße 21 sieht sie viel Potenzial: Die Nutzungsmöglichkeiten sollen flexibler werden, es sollen mehr Möglichkeiten für Gruppenarbeiten geschaffen werden und die Ausstattung soll modernisiert werden.

Zu unserem Gespräch hat sie noch ein Buch mitgebracht: »Die Kunst, Bilder zum Sprechen zu bringen.« von Ernst H. Gombrich.

Darin spricht er mit dem Soziologen Didier Eribon über sein eigenes Leben. Für Verena Paetow verkörpert das Buch die Vielfalt der Bibliothek: Es gebe eben nicht nur die aktuelle und die klassische Literatur, sondern auch sehr reiche Magazinbestände für die Zeit dazwischen. Ein Blick in diese kann sehr inspirieren.

Dr. Verena Paetow leitet seit Oktober 2022 die Bibliothek für Sozialwissenschaften und Osteuropastudien, die Teil der Universitätsbibliothek der FU ist. Sie studierte Geschichte, Politik und Soziologie an der FU und der HU. Sie promovierte am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU. Ihr Bibliotheksreferendariat absolvierte sie an der Zentral- und Landesbibliothek Berlin. Danach arbeitete sie für gut zweieinhalb Jahre als Leiterin der Stadtbibliothek Lichtenberg.

OSI-ZEITUNG

DAS MAGAZIN AM OTTO SUHR INSTITUT

WIR SIND

das unabhängige und meinungsoffene Magazin am Otto-Suhr-Institut für an Politik, Politikwissenschaften und am OSI Interessierte.

WIR WOLLEN

ein Forum sein, in dem ehemalige und aktuelle OSler und OSlerinnen sich äußern, vernetzen und publizistisch ausleben können.

WIR BIETEN

Studierenden, Beschäftigten sowie Alumni des OSIs die Möglichkeit zu ehrenamtlicher Mitarbeit.

WIR SUCHEN

Verstärkung in allen Arbeitsbereichen der OSI-Zeitung von der Redaktion über Gestaltung bis zum Vertrieb.

ESTEBAN ENGEL



Die Kraft der Musik erkennen

Kulturjournalist Esteban Engel über Friedenskonzerte und die politische Entwicklung klassischer Musik.

VON DENIZE STUTINS

Liepaja, Lettland – Mai 2022: Die lettische Mezzosopranistin Elina Garanca steht mit den Berliner Philharmonikern auf der Bühne der Great Amber Konzerthalle. Das Europakonzert dieses Tages steht im Zeichen des Ukraine-Krieges. Eigentlich sollte es in Odesa stattfinden. Garancas Kleid bricht mit den Creme- und Brauntönen des Interieurs im Saal – es ist knallgelb und hellblau wie die Nationalfarben der Ukraine. Eine deutliche politische Positionierung im Gewand klassischer Musik.

Sollte Musik nicht eigentlich unpolitisch sein? Hat klassische Musik heute im Vergleich zu früher noch politische und gesellschaftliche Relevanz? Das sind Fragen, die man sich angesichts einer neu erwachsenden Begeisterung für Friedenskonzerte zum Ukraine-Krieg stellt. Um einen genaueren Blick darauf zu werfen, was hinter der Politisierung von klassischer Musik steckt, habe ich mich mit dem ehemaligen Kulturredakteur der dpa, dem OSI-Absolventen Esteban Engel, unterhalten.

Er erklärt, dass Deutschland weltweit die meisten professionellen Orchester hat – nämlich 129 – und durch öffentlich wie auch privat geförderte Institutionen eine der reichsten Klassikkulturen darstellt. »Deswegen ist es ein sehr deutsches Phänomen, dass Klassik ein großes Publikum ansprechen muss«, so Engel.

Beim Blick in die Vergangenheit stelle ich nun fest, dass klassische Werke durchaus politische Prägungen aufzeigen konnten. Engel erinnert an Beethoven und Napoleon.

»Man weiß, die 3. Sinfonie ist aus einer Bewunderung für Napoleon entstanden.« Allerdings ist ein politischer Bezug längst nicht bei allen Werken feststellbar. Engel beschreibt, wie sich Kunst immer auch auf einer Abstraktionsebene abspielt, die sich einer unmittelbaren politischen Deutung entziehen kann. Somit kann man ein Werk auf zwei Ebenen wahrnehmen: Einerseits unbewusstes, reines Zuhören. Andererseits das genauere Hinschauen, Interpretieren, ja, vielleicht auch Politisieren.

Die Erwartungshaltung des modernen Publikums habe sich verändert, sagt Engel. Es wolle einen Nutzen für sich aus der Kunst ziehen. »Kunst – was sagt das zu mir? Was hat das mit mir zu tun?« Letzten Endes gibt es viele Arten, ein klassisches Werk für sich aufzunehmen. Zum Beispiel radikale Dekontextualisierung, um eine Message für heute abzuleiten oder unreflektiertes Genießen des Ästhetischen. Am Ende des Tages müsse klassische Musik ihr Publikum aber bedienen. »Gerade im öffentlich geförderten Kontext darf man nicht vergessen, dass es letztlich auch Steuermittel sind«, so Engel.

Es ergibt sich aber auch das Risiko, Musik oberflächlich zu instrumentalisieren, wie durch Hitler. Oder auch Stalin als oberster Musikkritiker der Sowjetunion: »Genau darum geht es, dass die Musik eine Kraft hat, die einem die Möglichkeiten eröffnet zur Politisierung oder auch zur Entpolitisierung.« Ein gutes Beispiel hierfür ist eine Protestaktion von Mitgliedern der Letzten Generation, die sich am 23. November in der

Elbphilharmonie am Dirigentenpult festklebten. »Diese Kraft der Musik haben sie erkannt«, findet Engel. Nur nicht, dass man das komplette Pult einfach hinaus tragen konnte. Zurück zum Europakonzert und Elina Garanças Kleid. »Das ist Symbolpolitik«, meint Engel. Hier erfülle ein Musikevent die Funktion eines Verstärkers. So könne man den Menschen eine Botschaft besser verkaufen – mit Musik verpackt. »Das ist nichts Falsches oder Richtiges, sondern es ist ein Mittel zum Zweck«.

Esteban Engel wurde 1955 in Buenos Aires geboren. Mit 22 siedelte er nach Deutschland über, von 1980 bis 1985 studierte er am OSI. Danach war er freier Mitarbeiter beim Schwäbischen Tagblatt und begann dann ein Volontariat bei der Deutschen Presse-Agentur. Er wurde später Redakteur der Lateinamerika-Redaktion der dpa, erst Korrespondent in Caracas, dann in Rio de Janeiro. Ab 2002 war er Redakteur der dpa in Berlin, ab 2004 Korrespondent für Kultur und Medien.



FACEBOOK:
@osi-zeitung

Hinter der Leinwand

Ein Besuch im Alliierten-Museum.

VON JULIA WITZKU



Alliierten-Museum an der Clayallee

Beginnt man den Spaziergang am OSI, steht man nach ungefähr 15 Minuten vor einem alten Kino. »Alliierten-Museum« steht in roten Buchstaben dort, wo einmal das Kinoprogramm angekündigt wurde. Und in großen Neonbuchstaben: »OUTPOST« – so hieß das Kino früher. Zur Zeit der alliierten Sektoren in der Viermächtestadt Berlin zeigte das Kino Filme für US-Soldaten. Heute zeigt es in einer kostenlosen Ausstellung das Leben der westlichen Alliierten in Berlin – Amerikaner, Briten, Franzosen und ihren Einfluss auf die Stadt. Die sowjetischen Truppen kommen im Museum eher weniger vor. Hinter der Eingangstür, vorbei an der alten Kinokasse, geht es ins Foyer, das dem Ende des 2. Weltkriegs gewidmet ist. Gemälde, Zeichnungen und Zeitungsausschnitte zeigen, wie Menschen auf der ganzen Welt auf den Sieg der Alliierten reagierten. An der Wand hängt ein altes Schild

mit der Aufschrift »stand up during national anthem« – eine Anweisung an die Kinobesucher, sich beim Erklängen der regelmäßig vor Filmbeginn abgespielten Nationalhymne der USA von den Plätzen zu erheben.

Der größte Teil der Ausstellung aber findet sich im früheren Kinosaal, der einst bis zu 900 Personen Platz bot und am 6. Februar 1953 eröffnet wurde. Statt Sitzreihen stehen hier heute Vitrinen und Infotafeln. Ganz still ist es im großen Saal, das Licht ist gedimmt. Auf der Leinwand laufen Aufnahmen aus der Zeit der Luftbrücke 1948/49, als jedes Stück Kohle, jeder Sack Mehl, jede Rolle Zeitungspapier nach West-Berlin eingeflogen werden musste. An diesem Mittwochnachmittag ist niemand außer dem Museumswärter da. Texte erläutern den wirtschaftlichen Wiederaufbau, die Entnazifizierung, den Rundfunk



Die letzte Wachbaracke vom Checkpoint Charlie

in den Berliner Sektoren oder das Leben der Soldaten. In einer Vitrine hängen verschiedene Uniformen der Besatzer, ihre Waffen, aber auch Pflaster, Rasiersets oder Schuhcreme – ihre Standardausrüstung. An einem Pult gibt es verschiedene Tonaufnahmen aus jener Zeit: Funksprüche der Piloten oder Moderatoren von Radio RIAS. Da fällt es nicht schwer, sich ein Berlin unter Besatzung vorzustellen. Über eine kleine Brücke geht es hinter die Leinwand. Auf deren Geländer ist ein Zeitstrahl der Berlin-Blockade. Denn die Ausstellung hinter der Leinwand ist speziell der Luftbrücke gewidmet, über die die Stadt während der Blockade versorgt wurde. Kleine Modellflugzeuge, Fallschirme und Fotos zeigen den Alltag der Truppen in dieser Zeit, in der die West-Alliierten für die Berliner Bevölkerung immer mehr von Besatzern zu Beschützern wurden. Eine Wand ist gefallenen Soldaten, den »Helden der Luftbrücke«, gewidmet. Sogar eine Nachbildung des Luftbrückendenkmals aus amerikanischem Würfelzucker steht hier.

Besonders spannend ist der Außenbereich des Museums. Hier steht die letzte Wachbaracke vom Checkpoint Charlie, ein Stück der Berliner Mauer und ein Rosinenbomber der Luftbrücke. Im Sommer ist der sogar von innen zu besichtigen.



Der alte Kinosaal im Alliierten-Museum

In einigen Jahren soll das Museum an den Hangar 4 des Flughafens Tempelhofs umziehen. Diesem Umzug ist eine eigene Ausstellung gleich neben dem Kino in den Räumen der Nicholson-Gedenkbibliothek gewidmet. Statt Büchern finden sich dort jede Menge weitere Exponate. Auf Post-Its sollen eigene Ideen für das neue Museum festgehalten werden oder das notiert, was man selbst mit dem Tempelhofer-Feld verbindet.

Solange das Museum aber in Dahlem ist, ist ein Besuch in einer Freistunde sicher eine gute Idee.

Die Redaktion

Clara Baldus (23),

im Anschluss an den PoWi Bachelor nun im ersten Mastersemester. Dieses Semester jedoch für ein Praktikum im EU-Parlament in Brüssel. Mich interessiert und bewegt, wie die internationale und europäische Politik gedenkt, die großen Herausforderungen unserer Zeit anzugehen. Zum zweiten Mal Autorin für die OSI-Zeitung, zuvor auch für FURIOS und politikorange.

Leo Brandt (22),

studiert den deutsch-französischen Doppelmaster. Hatte so große Probleme, diese Zeilen zu füllen, dass er ursprünglich seine Bumble-Bio kopieren wollte. Liebe zum Schreiben und nerdiges Interesse für politische und gesellschaftliche Entwicklungen (im In- und Ausland) haben ihn zur OSI-Zeitung geführt.

Amelie Dietrich (19),

erstes Semester AVL und PoWi. Bücherwurm und begeistert vom kulturellen Angebot Berlins. Die Teilnahme an der OSI-Zeitung stellt die erste journalistische Erfahrung dar. Interessensgebiete sind Politische Theorie und Fragen nach globalem Regieren.

Sofie Eifertinger (26),

genug Semester progressiver Machtstrukturanalysen. Beschäftigt sich mit Emotionen, der Kraft des Vorbewussten und Standpunkttheoretischer Forschung. Mit der Süddeutschen aufgewachsen; später der TAZ und heute dem Missy Magazin und Cicero treu.

Till Henniges (24),

drittes Semester PoWi; ausgebildeter Schauspieler und Hockeyspieler; neugierig und abenteuerlustig. Sammelte meine ersten journalistischen Erfahrungen als Werkstudent bei The Pioneer. Meine vorrangigen Interessensgebiete sind Politik, Gesellschaft, Kultur und Sport.

Saskia Kabelitz (21),

drittes Semester PoWi und zum dritten Mal bei der OSI-Zeitung am Start. Wenn ich mich nicht gerade mit Hofmanns IB-Texten rum-schlage, lese ich gerne den Spiegel, mache Yoga oder treibe mich im Prenzlauer Berg oder Wedding herum. Außerdem arbeite ich als »Sendungsassi« beim rbb.

Carlotta Kessemeier (20),

im vierten Semester Grafikdesign am Lette Verein und zum zweiten mal bei der Gestaltung der OSI-Zeitung dabei. Zählt die Tage, bis der Winter endlich vorbei ist und die Sonne erst nach neun untergeht.

Stella Kirsch (22),

fünftes Semester PuK und Powi. Erste journalistische Erfahrungen als Werkstudentin beim rbb gesammelt, aktuell beim Tagesspiegel tätig und versuche mich jetzt zum ersten Mal auch in der OSI-Zeitung. Politisches Interesse ist ziemlich breit gefächert, besonders spannend finde ich lokale und internationale Proteste sowie politische und gesellschaftliche Entwicklungen in Osteuropa.

Dr. Christine Kolmar,

in den 80er Jahren bei den Publizisten und am OSI studiert und promoviert. Über 25 Jahre Journalistin bei ARD (Tagesschau) und n-tv (Chefredaktion/ Ltg. Politik) im politischen Nachrichtengeschäft, dann u.a. Geschäftsleitung WWF, Dozentin UMC, Senior Vice President Nachhaltigkeit EnBW, Kommunikationsleitung BDL. Heute selbstständige Kommunikationsberaterin, Autorin und nun auch mit Christian Walther, Mentorin/ Herausgeberin der OSI-Zeitung.

Teres Köhler (24),

lernt Grafikdesign im vierten Semester, hat eine Passion für Sport und Reisen, macht gerade ihren Motorrad-Führerschein und war am Layout dieser OSI-Zeitung beteiligt.

Colin Ivory Meyer (20),

drittes Semester PoWi. Volleyballer und Liebhaber von Kontroverse und Ästhetik, außerdem Redaktionsleiter der OSI-Zeitung. Erste journalistische Erfahrungen beim US-Sender CNN. Interessengebiete sind vor allem politische Philosophie und amerikanische Politik.

Anja Mielke (18),

erstes Semester PoWi, habe keine erwähnenswerten journalistischen Vorkenntnisse. Ich interessiere mich besonders für Kultur und soziale Themen. Lerne zur Zeit Russisch.

Lean Müller (19),

erstes Semester PoWi. Durch Abneigung zu Bayern und Vorliebe für Techno in Berlin gelandet. Momentan politisch im Klima-Aktivismus tätig. Ansonsten auf etwaigen linken Demos zu finden.

Lulu Reckers (20),

drittes Semester PoWi. Ich bin zum zweiten Mal beim OSI-Magazin dabei und bis auf unsere SchülerInnenzeitung canis* wars das auch schon mit meinen journalistischen Vorerfahrungen. Vorzeige-PoWi-Studentin inklusive Abwesenheit in Vorlesungen, Zweifeln und großer Leidenschaft für Politik und Philosophie.

Aljosha Saribaf (23),

fünftes Semester PoWi, ein wenig geschrieben für die OSI-Zeitung, ansonsten auf der Suche nach Möglichkeiten mich auszuprobieren. Ich bin ein Musikenthusiast und großer Freund von Totes-Meer Gesichtsmasken. Menschen, die Dinge wissen, die ich nicht weiß, sind mir sehr willkommen.

Finja Schürmann (20),

drittes Semester PoWi. Konservativ von der norddeutschen Küste; Enthusiastin für Philosophie und Literatur. Außerdem parteipolitisch engagiert und Redaktionsleiterin der OSI-Zeitung. Erster gewichtiger Zusammenstoß mit Journalismus durch einen Workshop bei »The Pioneer« in 2021. Interessenschwerpunkt bei allem, »was die Welt im Innersten zusammenhält.«

Denize Stutins (18),

erstes Semester PoWi; Interesse an Kultur und Internationalem wie Sozialem; zuvor beim Radio gearbeitet; Für alles an Kultur und Events zu haben.

Laura Vossen (21),

studiert Politik- und Islamwissenschaften und lebt gerade in Kairo.

Dr. Christian Walther (66),

OSI-Diplom 82, PuK-Diss 2015. Zumeist freier, gelegentlich angestellter TV-Reporter (rbb-Abendschau), Zeitungsmacher, Pressechef bei FU, Wissenschaftsverwaltung und Leibniz-Gemeinschaft, Kommunikationsberater und Buchautor (»Des Kaisers Nachmieter«). 2001 Mitbegründer und lange Vorsitzender des OSI-Clubs, 2016-20 Vorsitzender Journalistenverband Berlin-Brandenburg. Mehrfach Lehrbeauftragter, zuletzt im Sommer '20 mit der Wiederbelebung der OSI-Zeitung. Jetzt mit Christine Kolmar Herausgeber und Mentor der OSI-Zeitung.

Bildquellenverzeichnis

- Seite.1: © Thomas Mann Haus
- S.5: Foto: Valerie Schmidt
- S.11: Foto: Harun Tan
- S.13: © Christian Lammert
- S.14: © Roland Nelles
- S.15: Foto: Colin Ivory Meyer
- S.16: Foto: Finja Schürmann
- S.17: Foto: Kay Otto
- S.18: Foto: Fionn Gosse
- S.20: Foto: Chudowski
- S.21: © Hildegard Bentele
- S.22: Foto: Christine Kolmar
- S.27: © Anja Osei
- S.29: © DLEDA
- S.30: © Parliament of Uganda
- S.31: © Bernd Ladwig
- S.33: Foto: Jimmy Liao
- S.35: Foto: Colin Ivory Meyer
- S.37: Graphik: Colin Ivory Meyer
- S.38: Beide Fotos: Colin Ivory Meyer
- S.40: Foto: Sharon Adler
- S.42: Foto: Naomi Landau
- S.45: Foto: Sofie Eifertinger
- S.47: © Sofie Eifertinger
- S.48: © German Embassy Cairo
Foto: Michael Asaad
- S.50: © Laura Vossen
- S.51: © Peter Steudtner
- S.56: © Philipp Lepenies
- S.62: Foto: Finja Schürmann
- S.63: Foto: Finja Schürmann
- S.65: © Orkan Özdemir
- S.67: Foto links: Christian Walther,
Foto rechts: Standbild aus
»Afrikaner in Berlin«, Sender
Freies Berlin, 1964
- S.68: Foto: Christine Kolmar
- S.70: © Fabian Hirschfeld
- S.73: Graphik: Carlotta Kessemeier
- S.76: Foto: Anja Mielke
- S.80: © Esteban Engel
- S.83: © AlliiertenMuseum/Chodan
- S.84: © AlliiertenMuseum/Chodan

OSI-ZEITUNG

DAS MAGAZIN AM OTTO SUHR INSTITUT

Herausgeber (verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes):

Dr. Christine Kolmar und Dr. Christian Walther

Redaktionsleitung:

Colin Ivory Meyer und Finja Schürmann

Redaktion:

**Clara Baldus, Leo Brandt, Anton Bräuning, Amelie Dietrich, Sofie Eifertinger,
Till Henniges, Saskia Kabelitz, Stella Kirsch, Anja Mielke, Lean Müller, Lulu Reckers,
Aljoshia Saribaf, Denize Stutins, Laura Vossen und Julia Witzku**

Autor:

Prof. Dr. Bernd Ladwig

Gestaltung:

Carlotta Pauline Kessemeier und Teres Köhler

Kontakt:

OSI-Zeitung@osi-club.de